

Heft 181

Ausgabe 6 | 2010

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spow

?

!



Bildungsrepublik Deutschland?

**Hochschulen zwischen Exzellenz,
Reformbaustelle und Unterfinanzierung**

Andrea Lange-Vester
Alte und neue Selektionsmechanismen
an den Hochschulen

Peer Pasternack
Die neue Differenzierung

Andreas Keller
Nicht dereguliert und unternehmerisch,
sondern demokratisch und sozial

Christina Ujma
30 Jahre Herforder Thesen

Kurzum | von Felix Welti

„Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes“, sagt Art. 125 der Bayerischen Verfassung. Auch wenn es andere anders ausdrücken würden: Kinder und Familien zu unterstützen ist eine konsentrierte Kernaufgabe des sozialen Rechtsstaats. Nicht so einig ist man über Warum und Wie. Die Hauptwege sind Transfers in Geld und die Unterstützung sozialer Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen und Vereine.

Kindergeld ist der Sockel eines Steuerfreibetrags. Heute beträgt es 184 € monatlich pro Kind. Wer Grundsicherung bekommt, dem wird es angerechnet auf den Regelsatz, das sozialrechtliche Existenzminimum, von 215 € (bis 5), 251 € (bis 13) oder 287 € (bis 17). Verdient ein Elternpaar mehr als 63.500 € im Jahr, spart es durch den Kinderfreibetrag mehr Steuern als 184 €. Dieser Freibetrag beruht auf einem steuerrechtlichen Existenzminimum von 584 €. Genauso verhalten sich später Ausbildungsförderung und Ausbildungsfreibetrag zueinander.

Kurzum: Der Staat erkennt für ein Banker-, Abgeordneten- oder Professorenkind ein doppelt so hohes Existenzminimum an wie für jene Million Kinder, die von Sozialgeld leben. Dieser „Familienleistungsausgleich“ folgt der Gerechtigkeit des Besitzstands, nicht der Chancen. Wer mehr hat, dem wird mehr gegeben.

Elterngeld soll Einkommensausfall ersetzen, es wächst mit dem vorherigen Einkommen. Wer kein Einkommen hatte, braucht keinen Ersatz. Elterngeld für Grundsicherungsempfänger ist darum nun gestrichen. Auch das Elterngeld folgt der Gerechtigkeit des Besitzstands.

Was ärmere Eltern wirklich entlastet, sind die beitragsfreie Mitversicherung gegen Krankheitskosten und die für alle gleichen Erziehungsjahre in der Rentenversicherung. Die angeblich besitzstandsorientierte Sozialversicherung verteilt nicht nur von Kinderlosen



☞ Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Fachbereich Sozialwesen und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

zu Eltern, sondern auch von den Reichen zu den Ärmern.

Kurzum: Wer die Wirkungen des Sozialstaats erkennen will, muss genauer hinsehen. Nicht jedes Etikett stimmt.

Kindergarten, Grundschule und Sportverein sind wichtig für soziale Integration und Bildung. Doch sie sind unterfinanziert. Eltern bezahlen hohe Gebühren und Beiträge, Unterrichtsmaterial und Nachhilfe. Die können mit dem Kinderfreibetrag wieder abgesetzt werden – aber nur, wenn man genug versteuert. Ländern und Kommunen können nicht gegensteuern.

Ab Klasse 5 oder 7 werden die Kinder aufgeteilt. Fürs Gymnasium gibt der Staat dann mehr aus, für Hauptschulen weniger. Auch das geht nicht nach Bedarf, sondern das Sozialkapital wird veredelt.

Das ist alles weit weg vom Bildungs-, Chancen- und Leistungsgerede. Wer zwischen Seeheim und Kreuzberg Sozialdemokratie programmatisch ernst nimmt, merkt das irgendwann. Doch der angebliche Mut zum Unpopulären ist eher da, wo nach unten getreten wird. Einen Mechanismus, der die Kinder der Politiker, Professoren und Publizisten privilegiert, mögen viele nicht in Frage stellen.

Kurzum: Den gewachsenen Sozialstaat zu verteidigen, ist oft richtig. Ausreichend ist es nicht. ■

■ Meinung

Ein Virus namens Angst Rosemarie Will	4
Neue Strategie – alte Hausaufgaben Otfried Nassauer	5
Eine Chance für ein neues sozialdemokratisches Fortschrittsmodell Oliver Kaczmarek	7
Die europäische Hochschule als Leitidee der SPD – ein Zwischenruf! Ernst Dieter Rossmann	8

Debatte:

Afghanistanmandat verlängern? Ute Finckh	9
Ob mit oder ohne ISAF Mandat: Unsere Verantwortung für die Menschen bleibt. Dietmar Nietan	10

■ ■ Im Fokus: Bildungsrepublik Deutschland? Hochschulen zwischen Exzellenz, Reformbaustelle und Unterfinanzierung

Einleitung zum Schwerpunkt Holger Schoneville, Mathias Lomb, Michael Reschke und Werner Thole	11
Alte Forderungen im neuen Gewand? Erkan Ertan	15
Die neue Differenzierung Peer Pasternack	19
Nicht dereguliert und unternehmerisch, sondern demokratisch und sozial Andreas Keller	23
Alte und neue Selektionsmechanismen an den Hochschulen Andrea Lange-Vester	30
Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft Ulrich Brand	36
Das nationale Stipendiengesetz verschärft die soziale Benachteiligung Interview mit Edelgard Bulmahn	44

■ ■ ■ Magazin

Mein Wikileaks Tom Strohshneider	48
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Irland-Krise und Gläubigerhaftung Arne Heise	49
3 mal 30 plus X oder: Macht endlich Politik! Sascha Vogt	51
EU-Projekt Altersrisikoindividualisierung Björn Hacker	54
Internationalistischer, pluralistischer und sozialdemokratischer Marxismus – 30 Jahre Herforder Thesen Christina Ujma	58
100 Jahre danach: Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“ wieder gelesen Michael R. Krätke	63

Sammelrezension:

Linkssozialismus im 20. Jahrhundert Thilo Scholle	65
---	----

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:

Thilo Scholle als Vorsitzender des IDA e. V. bestätigt, Reader der PL: Die Chancen des demografischen Wandels nutzen	69
Fünf Fragen an...Horst Peter	70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-X 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

www. Fotolia.com © Fotolia IV

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Dezember 2010

Ein Virus namens Angst

von Rosemarie Will

Die Inszenierung war an Dramatik kaum zu überbieten: Als der Bundesinnenminister am 17. November vor die Presse trat und verkündete, dass es Hinweise auf einen geplanten Terroranschlag in Deutschland gebe, stockte der Republik für einen Moment der Atem. Ausgerechnet jener Minister, der sich bisher durch maßvolle Zurückhaltung von seinen Vorgängern im Amt abzusetzen wusste, der den Dialog mit den Kritikern des Sicherheitsdenkens im eigenen Haus etablierte, wandte sich jetzt – offenbar notgedrungen – an die Öffentlichkeit. Die Lage musste ernst sein, daran konnte kaum ein Zweifel bestehen.

Die Ankündigung setzte die bekannten Reflexe in Gang: Noch am gleichen Tag traten die ersten innenpolitischen Hardliner auf den Plan. Der eine wollte die Gefährder präventiv wegsperren, der andere ihnen Fußfesseln anlegen, ihnen Handys und Computer wegnehmen. Ein dritter warnte vor arabisch sprechenden Nachbarn, auf die die Bevölkerung achten solle. Und unisono wurde die Forderung nach einem neuen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung der Kommunikationsdaten erhoben. Das in Umlauf gebrachte Virus befiel jedoch nicht nur Politiker, auch die Medien ließen sich anstecken. Wenige Tage nach der Warnung enthüllte Spiegel Online den vermeintlichen Plan der Terroristen: die gewaltsame Stürmung des Reichstagsgebäudes. Vor den Augen der Leser wurde eine Blutspur ausgemalt, die bis ins „Zentrum der Demokratie“ führte. Für den ministeriellen Aufruf zur Besonnenheit, es gebe „Grund zur Sorge, aber keinen Grund zu Hysterie“, war es da schon zu spät.

Die Aufregung hat sich mittlerweile etwas gelegt. Der zunächst prophezeite Anschlagstermin verstrich ohne Zwischenfälle,



➞ Rosemarie Will ist Professorin für öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin und Vorsitzende der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union.

Foto: privat

die Bundespolizisten in Kampfmontur rücken langsam wieder ab. Und der Bundesinnenminister konnte gegen die hysterischen Stimmen in Politik und Medien locker sein Image des Besonnenen verteidigen. Alles noch mal gut gegangen!

Eine Frage bleibt: Wofür war die Warnung eigentlich gut? Die geschilderten Reaktionen waren wenig überraschend, sie waren vorhersehbar. Glaubte der Minister wirklich, terroristischen Anschlägen ließe sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung vorbeugen, die Terroristen sich von Polizisten mit verstärkten Schusswesten abschrecken? Wohl kaum! Alle Erfahrungen mit den bisherigen Anschlägen zeigen doch, dass sich solche Fanatiker weder von Kameras (wie in London), noch von intensivster Überwachung (wie im Sauerland) von ihrem Ziel abbringen lassen. Weder Polizisten, die nicht einmal wissen, wonach sie eigentlich Ausschau halten sollen, noch nervöse Bürger können solche Täter stoppen. Am Ende überwiegen bei dieser Art von Sicherheitspolitik immer noch die bürgerrechtlichen Kollateralschäden: der weitere Abbau rechtsstaatlicher Standards (wie der Unschuldsvermutung), die Einschränkungen demokratischer Prinzipien (wie der Pressefreiheit) und nicht zuletzt die Kultur der gegenseitigen Verdächtigungen. ■

Neue Strategie – alte Hausaufgaben

von Otfried Nassauer

Nach zehn Jahren ist es den 28 NATO-Mitgliedern gelungen, sich auf eine neue Strategie zu einigen. Für diese Aufgabe hatte die Allianz einen starken Generalsekretär gesucht und in Anders Fogh Rasmussen gefunden. Das zeigte sich bei der Erarbeitung der Strategie. Rasmussen organisierte Prozess, der zu Beginn von ungewöhnlich breiter öffentlicher Partizipation gekennzeichnet war und in dem Bericht einer Expertengruppe gipfelte, die unter Führung von Madeleine Albright Empfehlungen für die neue Strategie erarbeitete. Diese waren eng mit den Vorstellungen der US-Administration abgestimmt. So offen die erste Phase verlief, so sehr fand die zweite unter größter Geheimhaltung statt. Rasmussen zog die Formulierung der Strategie ganz an sich und verfasste den Entwurf persönlich in seinem Feriendomizil. In den Konsultationen mit den Nationen ließ er nur noch Diskussionen über wichtige Meinungsverschiedenheiten zu. Es entstand ein lesbares und kurzes Dokument aus einer Feder, das aber selbst den Obleuten der Bundestagsfraktionen nur nach Protesten zugänglich gemacht wurde, weil die Entwürfe als „geheim“ eingestuft wurden – ein vordemokratisches Vorgehen der Exekutive, das nach dem Ende des Kalten Krieges seines gleichen sucht.

Das Ergebnis, die Rasmussen-Strategie, ist ein gelungener Versuch, die allianzinternen Widerspruchslinien zu verdecken, Widersprüchliches durch geschickte Formeln zu vereinen und ungelöste Fragen als Zukunftsperspektive erscheinen zu lassen. Unter der Überschrift „Aktives Engagement, moderne Verteidigung“ betont die NATO ihre Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung des Bündnisgebietes und erweitert diese nicht nur um Aufgaben des Krisenmanagements, sondern auch um die Verteidigung der „Si-



➡ Otfried Nassauer ist freier Journalist und ist Direktor des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS).

Foto: privat

cherheit unser Bürger“ gegen neuartige Bedrohungen. Dabei bleibt unklar, ob es um die Bürger innerhalb oder auch außerhalb des Bündnisgebietes geht. Die NATO-Staaten verpflichten sich auf das Ziel einer atomwaffenfreien Welt und bestätigen zugleich „dass solange es Atomwaffen auf der Welt gibt, die NATO eine nukleare Allianz bleibt.“ Es bleibt bei der Forderung, die NATO müsse „die breitestmögliche Teilnahme der Alliierten“ im Bereich der nuklearen Teilhabe sicherstellen. Hinzu kommt aber die Aufgabe, „eine Fähigkeit zu entwickeln, um unsere Bevölkerungen und Territorien gegen Angriffe mit ballistischen Raketen zu verteidigen.“ In Zukunft besteht also die Abschreckung des Bündnisses aus Raketenabwehr und Nuklearwaffen. Ob – so die Hoffnung des Auswärtigen Amtes – erstere die letztere auf Dauer substituieren werde, darf trotz der Vereinbarung weiterer Gespräche über die künftige Nuklearpolitik der Allianz bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass die NATO angesichts der Notwendigkeit, über eine Modernisierung ihrer substrategischen Nuklearwaffen zu entscheiden, auf ein Modell aus dem Kalten Krieg zurückgreift: Sie könnte erneut einen Doppelbeschluss fassen. Er würde besagen, dass die NATO ihre substrategischen Nuklearwaffen nur dann modernisiert und behält, wenn auch Russland seine taktischen Nuklearwaffen beibehält. ►

Eine deutsche Besonderheit darf nicht unerwähnt bleiben. Christop Heusgens, der Sicherheitsberater Angela Merkels, grätschte bereits im November 2009 im Gespräch mit US-Diplomaten, so eine der Depeschen, die durch Wikileaks öffentlich wurden, gegen den Koalitionsvertrag und Außenminister Westerwelle: Die Forderung nach einem Abzug der nuklearen Waffen aus Deutschland sei nur auf Drängen der FDP aufgenommen worden – die Bundesregierung aber Sorge sich weiterhin im Blick auf die „Tausenden“ russischen taktischen Atomwaffen.

Auch 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges zeigt sich die NATO tief gespalten zwischen jenen Mitgliedern, die vor allem Sicherheit vor Russland organisieren wollen und jenen, die europäische Sicherheit mit Russland ausgestalten wollen. Die NATO glaubt, aus diesem Widerspruch eine Tugend machen zu können, indem sie sowohl heimlich Schritte zur Stärkung der Verteidigung gegen Russland einleitet als auch öffentlich die Partnerschaft und Kooperation mit Russland propagiert. Ein Beispiel: Die neue Strategie betont die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Russland, bietet Russland die Mitarbeit bei der Raketenabwehr an und verspricht eine Stärkung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Das ist nur die halbe Wahrheit.

Als Russland im Dezember 2009 im NATO-Russland-Rat einen detaillierten Vorschlag vorlegte, wie die Zusammenarbeit verbessert werden könnte, leakte ein NATO-Land das Papier, damit es auf öffentliche Ablehnung stoßen konnte. Zeitgleich diskutierte die NATO über eine Ausweitung ihrer militärischen Eventualfallplanung zur Verteidigung Polens auf die baltischen Republiken. Durch Wikileaks wurde bekannt, dass die Ausweitung Anfang 2010 beschlossen wurde. Der Beschluss wurde zudem geheim gehalten. Angesichts solcher Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten zwischen der öffentlichen Rhetorik

und der faktischen Politik der NATO kann es kaum verwundern, dass das ungeklärte Verhältnis zu Russland Fortschritte bei der NATO-Russland-Zusammenarbeit blockieren wird. Beispiel sind die Zukunft der konventionellen und nuklearen Abrüstung in Europa und die Zukunft der NATO-Erweiterung. Wahrscheinlich gilt dies auch für das Angebot, bei der Raketenabwehr zusammenzuarbeiten.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass die NATO erneut ihre Zuständigkeiten erweitert. Dies wird nicht nur durch die Einrichtung einer zivil-militärischen Koordinationsstelle deutlich, sondern vor allem bei dem Thema „Cyber-Angriffe“. Zwar verzichtet die neue NATO-Strategie auf die Aussage, dass auch solche Angriffe den Bündnisfall auslösen können, hält es aber auf dem Umweg über Konsultationen nach Art. 4, die zur Auslösung des Bündnisfalls führen können, offen. Anders Fogh Rasmussen gab die Sphinx: „Ich denke, dass weder ein Cyberangriff noch irgendein anderer Angriff im Voraus als klarer Fall für den Artikel 5 beschrieben werden kann. Da hängt sehr viel von den konkreten Umständen ab. (...) Ich würde das eine konstruktive Uneindeutigkeit im Blick auf die Anwendung des Artikels 5 nennen. Und exakt das ist die Stärke des Artikels 5, dass ein potenzieller Aggressor nie weiß, wann die Allianz den Bündnisfall ausruft.“ Aus konstruktiver Uneindeutigkeit kann jedoch schnell eine flexible Legitimation für neue Kriege entstehen. ■

Eine Chance für ein neues sozialdemokratisches Fortschrittsmodell

von Oliver Kaczmarek

„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ist der recht sperrige Titel einer neuen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags, die aus einer gemeinsamen Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hervorging. Knapp 40 Jahre nachdem der Club of Rome die Grenzen des Wachstums propagiert hat, soll die Kommission grundlegend über „gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung“ debattieren und Handlungsempfehlungen entwickeln. Dabei stehen vor allem die Fragen im Vordergrund, wie ökonomische Entwicklung und Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden und welche anerkannten Indikatoren, anstelle der bisherigen Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt, Transparenz über Wohlstand und Fortschritt schaffen können. Ebenso bedeutsam ist der Zusammenhang von Arbeitswelt, nachhaltigem Wirtschaften und Lebensqualität unter der Bedingung flexibler Erwerbsbiografien.

Für die SPD beschreibt der Parteitagebschluss „Deutschland besser regieren! Neuer Fortschritt – Unser Projekt für ein faires Deutschland“ den Rahmen. Vollbeschäftigung, ein hohes öffentliches Investitionsniveau, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie eine gerechte Verteilung der Arbeit sind dabei genauso sozialdemokratische Kernpunkte wie eine neue Form des Miteinanders auf allen Ebenen der Arbeitswelt und die Gleichstellung der Geschlechter. Nachhaltigkeit ist in diesem Zusammenhang auch für eine Industriegesellschaft selbstverständlich, denn die absehbare Belastungsgrenze des gesamten Ökosystems kann von keiner politischen Kraft ernsthaft bestritten werden.



⇒ Oliver Kaczmarek, MdB, ist Mitglied der neuen Enquete-Kommission und lebt in Kamen.

Foto: privat

Dieses werden auch für die Arbeit der Enquete-Kommission besonders markante Punkte sein, an denen es gelingen muss, das Profil gegen die politischen Mitbewerber zu schärfen.

Bereits die Einsetzungsdebatte hat im Bundestag auch Grenzen der Enquete-Kommission angedeutet. Union und FDP versuchen, den Kommissionsauftrag herunterzureden. Zu offensichtlich ist die Gefahr, dass ihr diffuses Wertekonzept vor dem Hintergrund ihrer realen und interessengeleiteten Politik nicht stand hält. Das zeigt, dass die SPD gut daran tut, neben die eigentliche Kommissionsarbeit einen eigenen Diskussionsstrang zu stellen, in dem auf breitem gesellschaftlichen Fundament und vor der Folie unserer Grundüberzeugungen geklärt wird, was das sozialdemokratische Verständnis eines gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritts in den nächsten Jahrzehnten ist. So gesehen, kann die Kommission beispielsweise bei der Entwicklung des Wohlstandsindikators wichtige Grundlagenarbeit leisten. Diese wird jedoch in enger Verzahnung zu den Diskussionen in der SPD über den Fortschrittsbegriff und die Fortschrittspolitik stehen - zu denen sicher auch Beiträge aus der spw gehören - und sie ergänzen. So kann es in Zukunft wieder heißen: Fortschritt – nur mit der SPD! ■

Die europäische Hochschule als Leitidee der SPD – ein Zwischenruf!

von Ernst Dieter Rossmann



☞ Ernst Dieter Rossmann, MdB (SPD), ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist spw-Miterausgeber und lebt in Elmshorn.

Foto: privat

Das Diktum von Peter Glotz, einem der großen intellektuellen Vordenker der SPD, steht aktueller denn je im Raum: Die Bildung der Zukunft muss humanistisch, ökologisch und europäisch sein. Was Peter Glotz als Leitidee für die Bildung der Zukunft gesetzt hat, gilt doch erst recht für die Sozialdemokratie der Zukunft und ihre größte Partei in Europa, die SPD. Auch diese muss selbstbewusst und kämpferisch humanistisch, ökologisch und europäisch sein.

Für die Hochschulpolitik der SPD und ihrer Schwesterparteien in der europäischen Sozialdemokratie stellen sich deshalb in diesem Sinne einige Fragen: Werden wir dem Anspruch europäischer Bildung für die Hochschulen jetzt schon wirklich gerecht? Haben wir hinreichend registriert, welches gesellschaftliche, politische und nicht zuletzt auch ökonomische Potential im Europäischen Hochschulraum mit 40 Staaten, über 5000 Hochschulen und mehr als 10 Millionen Studierenden liegt? Können wir es zulassen, dass wir in Europa womöglich eher eine europäische Armee bekommen als eine „europäische Hochschule“ und eine gemeinsam abgestimmte und vertiefte Hochschulkultur? Wie laden wir hierzu den Bologna-Prozess inhaltlich neu auf, der ja nicht zufällig nach der ältesten „europäischen“ Universität aus dem Jahr 1119 benannt worden ist? Wie viele Studierende und

Hochschulangehörige verbinden mit dem Stichwort „Bologna“ eigentlich mehr als den technokratischen Rahmen von Bachelor – Master, ECTS und Workload?

Wo Fragen gestellt werden, müssen auch Antworten gegeben werden. Deshalb hier 3 Kernpunkte:

1. Wir brauchen ein europäisches Kerncurriculum für die Hochschulen als Teil eines kontextbezogenen interkulturellen Studiums. Dies ist in einem Verbund der europäischen Staaten und Hochschulen zu entwickeln und wird als europäisches Studium Generale in die Hochschulen implementiert. „Europa-Hochschule“ wird damit zu einem Qualitätssiegel über den Bologna-Prozess hinaus.
2. Die europäische Hochschule der Zukunft muss für jeden Studierenden persönlich erfahrbar sein – durch Mobilität und das Studium an einer Hochschule in einem anderen europäischen Land. Was der französische Sozialist Lionel Jospin zur Jahrhundertwende für die Schulzeit einforderte, wonach jeder junge Europäer mindestens 4 Wochen in einer anderen europäischen Familie leben sollte, gilt erst recht für die Studienzeit. Ein europäisches Pflichtsemester für jeden und Erasmus für alle ist hier das Ziel.
3. Die Identität von Institutionen wächst mit der Identität der sie tragenden Personen. Dazu tragen die wechselseitige Anerkennung von Qualifikationen und der unkomplizierte und gesicherte Austausch von Arbeitszeiten bei. So wie wir Europa-Lehrer brauchen, deren Arbeitsmöglichkeiten nicht an absurde Kleinstaaterei gebunden sind, brauchen wir auch den europäischen Hochschullehrer, der in die globale Wissens- und Forschungswelt der Zukunft Forschung und Lehre an mehreren europäischen Hochschulen einbringen kann. Mit dem europäischen Kosmopoliten Albert Einstein steht ein Namensgeber für eine solche „Europa-Professur“ bereit. ■

Debatte: Afghanistanmandat verlängern?

von Ute Finckh

Wo stehen wir neun Jahre nach den ersten beiden Afghanistan-Mandaten der Bundeswehr? Niemand zweifelt mehr daran, dass die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA bzw. der NATO gravierende Fehler gemacht hat. Insbesondere hat der Versuch, Drogenanbau und potenzielle oder tatsächliche Terroristen mit militärischen statt mit zivilen Mitteln zu bekämpfen, gravierende Folgen gehabt. Wirtschaftspolitische Vorgaben, die durch eine radikale Marktöffnung die bürgerkriegsgeschädigte Wirtschaft hilflos dem globalisierten Weltmarkt aussetzen, haben die Konflikte im Land zusätzlich eskaliert.

In Deutschland herrscht inzwischen Einigkeit darüber, dass der Konflikt in Afghanistan nicht durch einen militärischen Sieg beendet werden kann. Daraus ergibt sich, dass mit den Aufständischen verhandelt werden muss. Das von den USA praktizierte gezielte Töten von vermeintlichen oder tatsächlichen Führungspersonen der Aufständischen mitsamt denjenigen, die sich zufällig in ihrer Nähe befinden, widerspricht nicht nur völkerrechtlichen Grundsätzen, sondern verbaut den Weg zu Verhandlungen immer weiter.

Während in den ersten Jahren des deutschen Engagements in Afghanistan fast alle politisch Verantwortlichen der Ansicht waren, dass das Militär in Afghanistan die wichtigste Rolle spielt, wird inzwischen bis weit in die CDU und die Bundeswehr hinein betont, dass der weit überwiegende Teil der Aufgaben, die mit dem Eingreifen in einen Bürgerkrieg verbunden sind, von zivilen staatlichen Stellen oder Nichtregierungsorganisationen geleistet werden müssten. Daher werden erstma-



☞ Dr. Ute Finckh ist Mathematikerin und Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung.

Foto: privat

lig all diejenigen, die in Deutschland über Afghanistan-Expertise verfügen, in die Debatte einbezogen. Das Problem, dass sich die Ziele und Strategien von Deutschland und den USA teilweise diametral unterscheiden (von den vielen anderen direkt oder indirekt beteiligten Staaten ganz abgesehen), wird dadurch allerdings nicht gelöst. Nach wie vor existiert auch keine zivile Strategie, die diesen Namen verdient, also erreichbare Ziele definiert, Mittel und Wege zu ihrer Umsetzung aufzeigt und festlegt, was bei Zielkonflikten geschehen soll.

Was bedeutet das für die Mandatsverlängerung, über die am 28.1. im Bundestag entschieden werden soll? Als Oppositionspartei hat die SPD das Recht und die Pflicht, den vom Kabinett vorgelegten Antrag daraufhin zu überprüfen, ob er der Situation vor Ort gerecht wird, so wie sie das in Bezug auf die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Operation Active Endeavour (OAE) im November gemacht hat. Wenn der Antrag der Regierung

- Direkt oder indirekt die von den USA verfolgte völkerrechtswidrige Strategie des gezielten Tötens von Aufständischen durch Drohnen unterstützt
- Kein Konzept zu erkennen ist, mit dem zumindest im Verantwortungsbereich der Bundeswehr der Weg für Verhandlungen über lokale Waffenstillstände frei gemacht wird, können und sollen die SPD-Abgeordneten dem Antrag der Bundesregierung ihre Zustimmung verweigern. ■

Debatte: Ob mit oder ohne ISAF Mandat: Unsere Verantwortung für die Menschen bleibt.

von Dietmar Nietan

Den Fehlern, die das Bündnis im Rahmen seines Einsatzes in Afghanistan gemacht hat, darf es jetzt nicht noch den einen ganz großen Fehler hinzufügen, sich überstürzt und kopflos aus diesem Land zurückzuziehen. Wir dürfen die Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen. Es bedarf deshalb jetzt der Überprüfung, ob der notwendige Strategiewechsel in Afghanistan auch tatsächlich erfolgt. Genau diesen Strategiewechsel hatte die SPD im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 in London gefordert. In der Weiterentwicklung seines 10-Punkte-Plans haben damals Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ein Positionspapier mit klaren Aussagen und Forderungen zum deutschen Engagement in Afghanistan vorgelegt. Erst als wichtige Teile dieser SPD-Forderungen von der Bundesregierung aufgenommen wurden, habe ich – wie die meisten SPD-Bundestagsabgeordneten – der Verlängerung des Mandats für den Militäreinsatz in Afghanistan am 26. Februar 2010 im Deutschen Bundestag zugestimmt.

Die wichtigsten Punkten, die die SPD damals durchsetzen konnte, waren:

- Keine zusätzlichen deutschen Kampftruppen.
- Eine deutliche Aufstockung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau.
- Einen Strategiewechsel weg von einer rein militärischen Ausrichtung der Bundeswehr hin zu mehr Ausbildung für afghanische Sicherheitskräfte.
- Beginn des Abzugs der deutschen Truppen ab 2011.
- Benennung eines Zeitkorridors für das Ende unserer militärischen Kampfhandlungen



□ Dietmar Nietan ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und war bereits von 1998-2005 MdB. Er ist stellv. Sprecher der SPD im Europa-Ausschuss sowie Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.

Foto: privat

im Einklang mit den Plänen der afghanischen Regierung für die Jahre 2013 – 2015.

Dabei sind für mich folgende Punkte besonders wichtig:

- Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Afghanistans und die Versöhnung seiner Bürgerinnen und Bürger kann nur Aufgabe der Menschen Afghanistans sein. Absolut existentiell ist es Job-Perspektiven für junge Menschen unter 25 Jahren zu schaffen, um ihnen eine Alternative zu den Angeboten der aufständischen Kräfte zu bieten.
- Die SPD muss sich auch weiterhin verstärkt als natürlicher Ansprechpartner für Konzepte des zivilen Wiederaufbaus verstehen. Eine Evaluation der bisherigen Förderprojekte ist seit langem überfällig. Wir haben die Bundesregierung deshalb erneut zu einer unabhängigen Evaluierung aufgefordert.

Und zuletzt: Es geht nicht in erster Linie um mehr Geld. Eine reine Erhöhung des Mitteleinsatzes kann auch gravierende Fehlanreize für Korruption und Misswirtschaft zur Folge haben. Jetzt ist es Zeit Bilanz zu ziehen und ehrlich zu bewerten, welche unserer Forderungen tatsächlich umgesetzt wurden. Von dieser Bestandsaufnahme werde ich mein Votum für eine Verlängerung des Bundeswehrmandates im Januar 2011 abhängig machen. Egal, wie wir uns am Ende entscheiden: Die Entscheidung für ISAF war die der ersten rot-grünen Bundesregierung. Aus diesem Grund haben SPD und Grüne eine besondere Verpflichtung auch in Zukunft ihrer Verantwortung für die Menschen in Afghanistan gerecht zu werden – ob mit oder ohne ISAF Mandat!

Bildungsrepublik Deutschland? Hochschulen zwischen Exzellenz, Reformbaustelle und Unterfinanzierung

Einleitung zum Schwerpunkt

von Holger Schoneville, Mathias Lomb, Michael Reschke und Werner Thole



Foto: www.fotolia.com, © Fotolia IV

Werden die Wortmeldungen der politischen Parteien und der Regierungen auf den unterschiedlichen Ebenen ernst genommen, dann kommt der Bildung im Allgemeinen und die der Hochschulen im Speziellen, sowohl in Bezug auf die dort stattfindende Lehre als auch hinsichtlich der Forschung, eine kaum noch zu übertreffende Bedeutung zu. Über alle Parteien hinweg sind Stimmen zu hören, die sich in den diversen Chören einreihen, welche die zentrale Bedeutung von Bildung beschwören und hier stets auch die Forschung und Lehre an den deutschen anwendungsorientierten Hochschulen und Universitäten hervorheben. An der Spitze dieser „Huldigungschöre“ der Bildung platziert sich die Bundeskanzlerin. Sie war es, die vor zwei Jahren die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausrief.

Zur Lage der Hochschulen

Eigentümlicher Weise stehen diesem überparteilichen Singsang harte Fakten

gegenüber, die an der politischen Realisierung der an Bildung gekoppelten Zukunftshoffnung deutliche Zweifel aufkommen lassen. Kein Geheimnis ist beispielsweise, dass die Bildungsausgaben pro TeilnehmerIn am Bildungssystem in Deutschland absolut gemessen zwar höher liegen als im OECD-Durchschnitt, im relationalen Vergleich schneidet Deutschland aber deutlich unterdurchschnittlich ab. So hält unter anderem der Bildungsbericht 2010 fest, dass Investitionen für Bildungseinrichtungen in Deutschland im Jahr 2006 lediglich 4,8% des Bruttoinlandproduktes betrug, während der OECD-Durchschnitt bei 5,7% liegt (vgl. Bildungsbericht 2010, S. 33). Was sich hier im Allgemeinen zeigt, findet seinen Widerhall auch hinsichtlich der Finanzierung der Hochschulen. Sowohl die Hochschulrektorenkonferenz als auch die Kultusministerkonferenz konstatieren seit Jahren eine Unterfinanzierung der Einrichtungen des Bildungssystems. Wissenschaftliche Studien und Exper-

tisen weisen dabei sogar auf schrumpfende Ressourcen für die Hochschulen hin: „Während [...] der Trend der Hochschulausgaben zu jeweiligen Preisen einen kontinuierlichen Anstieg suggeriert, zeigt die preisbereinigte Entwicklung ab 1993 einen stetigen Rückgang der Ressourcenausstattung des Hochschulsystems an“ (Timmermann 2010, S. 9). Die Feststellung, dass in Deutschland im prozentualen Vergleich deutlich weniger als in anderen Ländern in Bildung investiert wird, ist also keineswegs neu. Dennoch ist sie bemerkenswert und vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels und einer weiterhin steigenden Bedeutung von qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung durchaus auch erstaunlich.

Für die Hochschulen sind deren Bedeutungsgewinn in den politischen Diskursen einerseits und deren realpolitische Berücksichtigung in den zur Verfügung gestellten Etats, insbesondere auf Länderebene, jedoch dramatisch und verbunden mit erheblichen Belastungen. Das derzeitige System wird insbesondere durch die Finanzierung durch Studiengebühren sowie „Ersatzmittel“ zusammengehalten. Jedoch stellen die Studiengebühren sowie entsprechende Ersatzmittel keine verlässliche Finanzierungsgrundlage dar, die in den Aufbau von festen Strukturen fließen könnten. Vielerorts hat dies dazu geführt, dass kleinere, wenig abgestimmte Projekte an den Hochschulen initiiert wurden, die dann mehr oder weniger Studierenden zu gute kommen sollen.

Die vermeintliche Rettung der Hochschulhaushalte durch Studiengebühren – und das ist das wesentliche Argument – wird jedoch auf dem Rücken der derzeitigen und zukünftigen Studierendengenerationen ausgetragen und stellt ein höchst unsoziales Instrument dar. Zentrale Probleme der Lehre an den deutschen Hochschulen, wie beispielsweise das quantitative Betreuungsverhältnis von Lehrenden zu Studierenden, werden mit diesen Instrumenten nur unzureichend angegangen.

Die Hochschullandschaft in Deutschland ist nicht nur genauso reformerfahren wie reformierungsbedürftig, sondern auch reformmüde und zuweilen sogar reformresistent. Die Veränderungen betreffen dabei alle zentralen Bereiche der Hochschulen. Wie steht es also bei all dem Reform-Singsang um die Choreographie des Hochschulsystems in Deutschland? Diese Frage durchzieht und verbindet die Beiträge des Heftschwerpunkts. Die Artikel können dabei lediglich eine Auswahl der aktuellen Themen im Hochschulbereich abdecken, wollen zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit führen und zur Diskussion über die Gestaltung des Hochschulsystems anregen.

Eine zentrale politische Reformierung in jüngerer Zeit ist sicherlich der so genannte Bologna-Prozess. Er zielt im Kern auf eine Anpassung und Angleichung des europäischen Hochschulraums und geht mit der Einführung von modularisierten Bachelor- und Masterstudiengängen einher. Der deutsche Weg dieser Reformierung stößt dabei nicht nur auf Jubel und Beifall, sondern auch auf heftige Kritik: Verregelt und verkürzt, nach ökonomischen Interessen ausgerichtet und deprofessionalisierend seien die neuen Studiengänge, zudem würde die internationale Mobilität nicht gestärkt, sondern eher gehemmt und die im Ausland zuvor geschätzten Abschlüsse würden durch die Angleichung abgewertet.

Zu den Beiträgen

Während das Hochschulsystem in den vergangenen zehn Jahren umfassenden Veränderungen unterworfen wurde, bleiben die Anforderungen, die aus studentischer Perspektive an die Hochschulen gestellt werden müssen, so *Erkan Ertan* in seinem Beitrag, im Kern seit Jahrzehnten die gleichen: Es geht darum, dass das Lernen und Lehren im hochschulischen Kontext mehr Aufmerksamkeit benötigt und sich Lehrende und Studierende als Gemeinschaft von Lernenden, Forschenden und Lehrenden begreifen können, dass die Studi-

enfinanzierung durch das BAföG zeitgerecht gestaltet wird und dass Studierende an der Gestaltung der Hochschulen im Sinne einer demokratischen Hochschule umfassend mitwirken können müssen.

Die zweite wichtige Reform in Bezug auf die Hochschullandschaft betrifft weniger die Lehre, als die Forschung. Obwohl im ursprünglichen Konzept auch die Lehre eine Rolle spielen sollte, ist diese zumindest in der medialen Darstellung kaum thematisiert worden. Die so genannte Exzellenzinitiative, also die Suche nach „Deutschlands Superuni“, ist zwar auf Deutschland beschränkt, findet seinen Ausgangspunkt jedoch auch im Kontext eines internationalen Argumentes. Die zentrale Motivation bestand darin, dass in Deutschland Hochschulen entstehen, die im internationalen Vergleich Stand halten können.

Der umfassenden Reformierung des Hochschulsystems in Deutschland unterliegt, so argumentiert *Peer Pasternack* in seinem Beitrag, seit einigen Jahren der Soundtrack der Exzellenz. Die durch die Hochschulen schallenden Beats haben in den vergangenen Jahren nicht nur für ordentlich Stimmung in und unter den Hochschulen, sondern auch für eine Differenzierung der bundesrepublikanischen Hochschullandschaft gesorgt. Der Beitrag zeichnet dabei nicht nur die Entwicklungslinien der – von Rot-Grün angestoßenen – Exzellenzinitiative nach, sondern weist auch kritisch auf die Folgen für das deutsche Wissenschaftssystem hin.

Die Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland sind nicht nur einer der zentralen formalen Bildungsorte, sondern auch ein Arbeitsplatz für mehr als 500.000 Beschäftigte. Vor dem Hintergrund der Frage „Welche Hochschule wollen wir?“ bezieht *Andreas Keller* in seinem Beitrag Stellung und benennt – Bezug nehmend auf die anstehende Debatte innerhalb des DGB – zentrale Eckpunkte eines innovativen und kritischen hochschulpolitischen Programms. Dieses habe sich im

Kern am Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule zu orientieren. *Andreas Keller* argumentiert dabei, dass Lehre und Forschung sowie die Arbeitsbedingungen von WissenschaftlerInnen zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Exzellente Lehre und Forschung müsse aus diesem Grund mit guten Arbeitsbedingungen und sicheren Zukunftsperspektiven einhergehen.

Dass die meritokratische Versprechung des Bildungssystems, das Selektion ausschließlich hinsichtlich von Leistung vollzogen wird, eine Illusion darstellt, gehört in Bezug auf schulische Bildung, spätestens seit der öffentlichen Diskussion der PISA-Ergebnisse zum Allgemeinwissen bildungspolitischer Debatten. Der Eintritt in das Hochschulsystem für Studierende aus nicht-akademischen Herkunftsfamilien kann vor diesem Hintergrund als ein äußerst gelungener Bildungsverlauf bezeichnet werden. *Andrea Lange-Vester* weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass sich auch innerhalb hochschulischer Bildung Selektionsprozesse vollziehen.

Ulrich Brand regt mit seinem Beitrag einen Diskussionsprozess zu den Inhalten und zur Funktion von Wissenschaft an, welche sich in Lehre und Forschung als kritische Wissenschaft versteht. Er legt dabei einen Definitionsversuch vor, in dem er davon ausgeht, dass Reflexion und Kritik zu den zentralen Bedingungen moderner Gesellschaften gehören. Darüber hinaus nimmt er bilanzierend zu den Entwicklungen und zum derzeitigen Stand kritischer Wissenschaft Stellung. Dabei zeichnet er nach, dass unter den Bedingungen der letzten Jahre – finanzielle Einsparungen, gestiegener Konkurrenzdruck – die kritische Wissenschaft an vielen Stellen aus den Hochschulen gedrängt wurde.

Im Interview nimmt *Edelgard Bulmahn* als ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung und Vorsitzende des Kuratoriums

des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie Stellung und reflektiert dabei auch die durch sie mit angestoßenen Initiativen im hochschulpolitischen Kontext.

Ausblick

Nicht wenige gehen von einer Verschiebung der gesellschaftlichen Strukturierung in den kommenden Jahren aus und prognostizieren eine noch radikaleren Umbruch als schon gegenwärtig, weg von der reichumsproduzierenden, den kapitalistischen Marktgesetzen gehorchenden Risiko- zu einer kaum weniger Ungleichheit dokumentierenden, wissensbasierten Bildungsgesellschaft. Auch wenn den damit verbundenen Diagnosen nicht vollends gefolgt wird, scheint sicher, dass die individuelle Verfügbarkeit über Bildung zukünftig noch ausgeprägter über die Platzierung in der und die jeweils gegebenen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilnahme an der Gesellschaft entscheiden. Bildung wird auf allen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Mit dieser Entwicklung sind für die Hochschulen enorme Veränderungen verbunden. Absehbar ist, dass die immer noch existierenden Unterschiede zwischen anwendungsorientierten Hochschulen – Fachhochschulen – und forschungsbezogenen Universitäten sukzessive verschwinden. Die ehemaligen Fachhochschulen werden sich über kurz oder lang in das universitäre Bildungssystem integrieren oder, wo möglich, mit den ebenfalls am Ort existierenden Universitäten fusionieren. Gesteuert über diesen Prozess werden sich die jetzt schon bestehenden Statusunterschiede der Hochschulen und Universitäten verschieben. Die alte Differenz wird abgelöst durch die Differenz zwischen einerseits forschungsorientierten und andererseits lehrbezogenen Universitäten.

Doch auch unabhängig von dieser kaum noch aufzuhaltenden Verschiebung und Neugliederung der bundesrepublikanischen

Hochschullandschaft haben alle Hochschulen die Aufgabe zu bewältigen, sich neben einer deutlich stärkeren internationalen Präsentation und Vernetzung noch stärker in die regionalen und lokalen Bildungslandschaften einzubringen. Das an den Hochschulen produzierte und hier versammelte Wissen wird die regionalen Bedarfe an Wissen zu befriedigen haben, über neue Formen des Transfers von Informationen, über neue Kooperationen, aber auch durch für alle BürgerInnen zugängliche „Wissenschaftsläden“. Hochschulen haben sich deutlicher als bislang in die regionalen und lokalen Bildungslandschaften zu integrieren. Wenn die Gesellschaft dies wünscht, muss sie jedoch den Hochschulen auch die dafür notwendigen Ressourcen bereit stellen. ■

☞ Holger Schoneville ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung an der Universität Kassel.

☞ Mathias Lomb ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Sozialrecht der Rehabilitation und Recht der behinderten Menschen an der Universität Kassel und Sprecher der jungen GEW Hessen.

☞ Michael Reschke studiert Politikwissenschaften, Geschichte und Soziologie an der Universität Kassel und ist Mitglied des Juso-Bundesvorstandes.

☞ Werner Thole ist Hochschullehrer am Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung an der Universität Kassel sowie Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE).

Literatur

■ Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (2010). Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an dem Sekundarbereich. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

■ Timmermann, D. (2010). Alternativen der Hochschulfinanzierung. Demokratische und Soziale Hochschule. Arbeitspapier 211. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Alte Forderungen im neuen Gewand?

Studentische Ansichten und Anforderungen an das Hochschulsystem

von Erkan Ertan

*„Der kapitalistische Supermarkt, auf den sich die Bildung hin entwickelt, braucht keine Diener des Geistes, sondern Leute, die die Kasse reparieren können.“
(Heinz-Joachim Heydorn, 1972)*

Die deutsche Bildungspolitik hat eine Besonderheit, die sie in hohem Maße von anderen Politikfeldern unterscheidet. Betrachtet man allein die Arbeit studentischer Hochschulpolitik der letzten 37 Jahre – so lange existieren beispielsweise bereits die Juso-Hochschulgruppen – so stellt man erschreckend fest, dass zahlreiche Forderungen früherer Zeiten bis heute ihre Berechtigung finden und erneut artikuliert werden müssen. Gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, fehlende Durchlässigkeit und die Frage der Studienfinanzierung sind nur einige Auszüge daraus und beschäftigen studentische VertreterInnen seit Jahrzehnten stets aufs Neue. Liegt die fehlende Weiterentwicklung an der Unfähigkeit der Studierenden, dem Unwillen der sogenannten Politik, auf Forderungen einzugehen oder gibt es eine andere Erklärung für diese Erfahrung?

Stagnation im Bildungssystem

Einerseits stimmt es natürlich, dass studentische VertreterInnen in Verhandlungen gegenüber den entscheidenden Akteuren stets in einem strukturellen Nachteil gefangen sind: Sie engagieren sich ehrenamtlich, müssen oftmals neben dem Studium arbeiten und ihr Zeit- und Aktionsfenster beschränkt sich in der Regel auf weniger als zwei Jahre. Demgegenüber verfügt die gegenüberliegende Seite über jahrzehntelange Erfahrung, einen organisatorischen Apparat und kann in Entscheidungsfragen oftmals auf die berühmte Portion „Sitzfleisch“ vertrauen.

Das ist aber nur eine Seite der Erklärung. In der „Bildungsrepublik Deutschland“ herrscht auf Grund des föderalen Systems und dem beschränkten Handlungsrahmen auch ein Protektionsüberschuss, der Veränderungen im Bildungssystem mit Argusaugen beobachtet und nötigenfalls verhindert. Zudem ist Bildungspolitik eine Hauptkompetenz der Bundesländer und dementsprechend konkurrieren Parteien mit diametralen Positionen in diesem Politikfeld. Dies hat zwei Entwicklungen zur Folge. Entweder werden Reformen im Bildungssystem durch politischen Streit und überlappende Kompetenzbereiche blockiert. Oder der Reformstau erreicht ein so hohes Ausmaß, dass mit der Überwindung der Stagnation Reformen radikale Ausmaße nehmen. Dies hat nicht immer nur positive Folgen und die Leidtragenden sind stets dieselben, im Falle der Hochschulpolitik die Studierenden.

Dabei hat sich im letzten Jahrzehnt in der Hochschulpolitik viel getan. Mit neuen Instrumenten wie dem Bologna-Prozess, der Exzellenzinitiative oder der Einrichtung von Stipendienprogrammen wurden neue, im Vergleich zum bis dahin bestehenden deutschen Hochschulsystem, radikale Schritte durch die Politik forciert. Bei näherer Betrachtung und Analyse stellt man jedoch fest, dass entweder Problembereiche auch in neuen Systemen weiter bestehen, oder in neuer Form verschärft wirken. Die Protestbewegungen der Studierenden unter dem Banner des Bildungsstreiks waren demnach berechtigt und dennoch wurde mehrheitlich erkannt, dass „früher“ nicht alles besser war.

Dieser Artikel soll die Problembereiche des heutigen Hochschulsystems aus studentischer Perspektive beleuchten. Hierfür werden die

kommenden Abschnitte die Bestandsaufnahme und Anforderungen zum Bologna-Prozess, zur Situation der Lehre, der Studienfinanzierung und der Frage der Mitbestimmung umfassen. Anschließend sollen in einem Ausblick die zu vorigen Erkenntnissen zusammengeführt und weiterer Handlungsbedarf ermittelt werden.

Unausgegangene Reformen namens Bologna

Ein populäres Beispiel für aggressive Reformpolitik ist der Bologna-Prozess. Sein moderner Ursprung ist der Europäische Einigungsprozess und kann als die größte Reform im Hochschulsystem seit den sogenannten „68ern“ und der Wendung hin zu Massenuniversitäten betrachtet werden.

Die Ziele des Bologna-Prozesses wie die Flexibilisierung des Studiums, Förderung der Mobilität und die Vergleichbarkeit eines Studiums sind aus studentischer Sicht durchaus begrüßenswert. Zudem haben auch linke studentische Kräfte seit den 1980ern eine praxisnähere Ausrichtung gefordert, um bisherigen bildungsfernen Schichten die Demotivation vor einem Studium zu nehmen und so eine soziale Öffnung der Hochschulen zu fördern.

Die deutsche Umsetzung sieht jedoch anders aus. Die Mobilität wurde durch starre Studienpläne erschwert, der berühmte „alte Wein in neuen Schläuchen“ war mehr Regel als Ausnahme und es musste das Wort „Studierbarkeit“ erfunden werden, um erklären zu können, wie inkompatibel sich teilweise neu konzipierte Studiengänge im Alltagstest zeigten.

Zudem wurden durch die nationalen Bologna-Mütter und -väter politische sowie wirtschaftliche Ideologien in die deutsche Umsetzung implementiert, die im eigentlichen Bologna-Prozess so nicht vorgesehen waren. So wird die in den offiziellen Dokumenten genannte „Employability“ auf die Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt und Studienzeitver-

kürzung reduziert, der emanzipatorische bildungspolitische Aspekt aber geht verloren.

Bologna kann mehr

Zahlreiche Probleme mit den neuen gestuften Studiengängen bestehen in verschärfter Form fort. Die neuen Studiengänge wirken unausgegoren, die Studierenden fühlen sich durch starken Leistungsdruck eingeengt und die Zukunftsaussichten werden mit Verunglimpfungen des Bachelor-Abschlusses für den Berufsweg und der gleichzeitigen Verknappung der Master-Studienplätze verbaut. Die Hochschulpolitik steht dem bislang ohne Konzepte und Lösungen gegenüber.

Daran hat auch die Nationale Bologna-Konferenz vom 17. Mai 2010 mangels Ergebnissen nichts ändern können. Es bedarf weiterer Flexibilisierung des Studiums, eine wirkliche Entscheidungsfreiheit dank sinnvoll modularisierter Studienangebote und nicht zuletzt eine qualitative Studienreform, die Studieninhalte von Grund auf neu konzipiert und als ein Projekt „Bologna 2020“ zu tatsächlichen Reformen im Sinne der Studierenden führt.

Der Übergang zum Master muss frei sein

Die steigenden Studierendenzahlen – die durch die Abschaffung der Wehrpflicht im nächsten Jahr zusätzlich verstärkt werden – haben Hochschulen in den vergangenen Jahren dazu veranlasst, vornehmlich Bachelor-Studienplätze zu schaffen. Für eine ausreichende Anzahl an Master-Studienplätzen fehlten anschließend entweder die Mittel, die Kapazitäten oder der politische Wille.

Die Studierenden brauchen aber im Gegensatz dazu nach dem Bachelor-Abschluss Entscheidungsfreiheit und Rechtssicherheit. Ein Zwei-Klassenstudium mit einem Master als Elitensystem hilft niemandem weiter und ist mit der Vorstellung, dass jeder Mensch ein Recht auf Bildung hat, nicht vereinbar. Nur mit

einem Rechtsanspruch auf ein Master-Studium ist zu gewährleisten, dass Studierende nach den eigenen Stärken und Neigungen ihre Auswahl zwischen Berufseinstieg und weiterem wissenschaftlichem Studium treffen.

Veraltete Lehre

In jeder Schulpolitikdebatte besteht nahezu Konsens, dass Frontalunterricht überholt ist, Debatten über die Hochschullehre verlaufen jedoch oftmals im Sand. Der Ordinarius, der weise Professor scheint als Bild selbst 40 Jahre nach den 68er Revolten und dem berühmten Transparent „Unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren“ noch immer im praktischen Verständnis von Hochschullehre in der Bildungspolitik verhaftet zu sein. Dabei gibt es zahlreiche Beispiele von kritischen Dozierenden, die Lehre als Forschungsgemeinschaft von Lehrenden und Lernenden auf Augenhöhe betrachten. Das bestehende Hochschulsystem gibt aber veröffentlichten Publikationen und der Drittmittelinwerbung Vorrang. Lehre wird so systembedingt oftmals als Pflichterfüllung betrachtet, die Forderung nach Lehrdeputaten zementiert diesen Trend.

Alternative Lehr- und Lernformen sind der Schlüssel

Dabei sind Forschung und Lehre eine Einheit und gleichwertig. Das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden muss daher generalüberholt werden. Lehre, die eng an der Forschung orientiert stattfindet, hat Vorteile für beide Seiten. Für die Lernenden, die mit aktuellen Forschungsgegenständen arbeiten und sich direkt an der Forschung beteiligen können. Für die Lehrenden, die direkte Rückmeldung zu Ihrer Arbeit erhalten und so Rückschlüsse ziehen oder neue Erkenntnisse gewinnen. Alternative Lehr- und Lernkonzepte können so helfen, Seminare interessant und für alle Seiten gewinnbringend zu gestalten. Der Informationsaustausch, Kompetenzerwerb und die

Erkenntnisse sind gegenüber einem frontalen Unterricht in jedem Maße überlegen.

Die Rolle der Lehre muss daher dringend gestärkt werden. Die neu einzurichtenden hochschuldidaktischen Zentren für gute Lehre sind hier ein Weg in die richtige Richtung. Lehrpersonal sollte jedoch verpflichtet werden, sich in Hochschuldidaktik und neuen Lehrformen weiter zu qualifizieren. Lehrqualifikationen müssen zudem bei Berufungsverfahren stärker Beachtung finden. Auch die Betreuungsrelation ist dabei nicht zu missachten. Es bedarf eines massiven Ausbaus der ProfessorInnenstellen mit den dazugehörigen MitarbeiterInnen, um dem höheren Beratungsbedarf durch Bachelor und Master sowie den vorgestellten Lehr- und Lernkonzepten Genüge zu tun.

Studienfinanzierung

Die Finanzierung eines Studiums ist dabei – wie auch in den Jahrzehnten zuvor – wichtigster Faktor für eine mögliche Aufnahme eines Studiums und dessen Abschluss. Ohne eine ausreichende finanzielle Grundlage ist es schwer, das eigene Existenzminimum zu sichern und in notwendiger Weise gute Leistungen im Studium zu erbringen.

Die Forderung nach einer eltern- und altersunabhängigen, bedarfsdeckenden und flexiblen Studienfinanzierung hat deshalb nicht nur bei den Juso-Hochschulgruppen lange Bestand und ist bis heute berechtigt. Noch immer fallen Studierende, mit Familienhintergrund aus dem unteren Mittelstand aus der staatlichen Förderung heraus, die Rückzahlung des Teilbetrags des BAföG schreckt Studieninteressierte ab.

Kurzfristig müssen die Bedarfssätze des BAföG deshalb regelmäßig an die Preisentwicklungen gekoppelt und die Freibeträge deutlich erhöht werden, um mehr Studierende zu fördern. Langfristig führt an der alten und dennoch aktuellen Forderung eines umfas-

senden Finanzierungsmodells kein Weg vorbei, möchte man tatsächlich Chancengleichheit erreichen und finanzielle Voraussetzungen als Entscheidungsgrund zum Studium ein für alle mal beerdigen.

Mitbestimmung ausbauen

Die fehlende Teilhabe und Mitbestimmung von Studierenden an Entscheidungen der Hochschule ist bis heute ein Makel der Hochschullandschaft. In anderen Bereichen als der Forschung, in dem ProfessorInnen berechtigterweise über eine absolute Stimmenmehrheit verfügen können, ist eine Ausweitung hin zu einer Drittel- oder Viertel-parität durchaus möglich. Gleichzeitig kämpfen seit Jahrzehnten Studierende in Baden-Württemberg und Bayern für eine Verfasste Studierendenschaft. Bis heute ohne Erfolg.

Diese Benachteiligung fesselt Studierenden die Hände und verhindert eine effektive Vertretung. Studierende sind jedoch gleichberechtigte Mitglieder der Hochschule und haben durch ihren Studienalltag die besten Kompetenzen in Bezug auf die Organisation eines Studiums sowie bezüglich der Beurteilung von Qualität der Lehre. Die vorhandene studentische Mitbestimmung muss deshalb ausgebaut und gleichberechtigt in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung verwirklicht werden. Dies gilt ebenso für die Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft in Bayern und Baden-Württemberg. Nur wer Studierende ernst nimmt und mitentscheiden lässt, kann gute Entwicklungen für den gesamten Hochschulraum erwarten.

Ausblick

Auch wenn dies nur eine Auswahl ist: Die in den vorigen Abschnitten genannten Probleme machen deutlich, dass studentische Partizipation und politische Beteiligung an Entscheidungsprozessen im hochschulpolitischen Bereich mehr als notwendig ist. Sie sind durch die

Auswirkungen von Reformen im Hochschulsystem am stärksten betroffen und besitzen die Kompetenz, Problemfelder zu benennen und Lösungsvorschläge aktiv mitzugestalten. Die Berücksichtigung von studentischen Stimmen ist für das Gelingen von progressiven Reformanstrengungen zwingend notwendig.

Andernfalls bleiben systemimmanente Fehler und Ungerechtigkeiten weiterhin im System, belasten Studium wie Lehre und treiben so die Studierenden erneut auf die Straßen. Die Ökonomisierung der Hochschulen hat dabei erheblich zur Verschärfung dieser Probleme beigetragen. Eine Hochschule ist aber kein Wirtschaftsunternehmen und hat andere Aufgaben und Verantwortung für Lehre, Forschung und Gesellschaft.

Das Zitat von Heinz-Joachim Heydorn von 1972 soll auch ein Hinweis darauf sein. Es bezieht sich auf die Reformen im Bildungssystem, Ende der 1960er Jahre. Zahlreiche Probleme haben wohlmöglich seitdem andere Namen erhalten, der Kern ihrer Fatalität besteht aber fort. Förderung von Selbstbestimmung, Kritikfähigkeit und Mündigkeit wird deshalb auch in Zukunft die gewichtigste Forderung der Studierenden sein. ■

☞ Erkan Ertan studiert Politikwissenschaften sowie Öffentliches Recht und Turkologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und war bis November 2010 Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen und im Juso-Bundesvorstand.

Die neue Differenzierung

Exzellenz als Soundtrack der Hochschulreform

von Peer Pasternack



Foto: www.fotolia.com, ©

Am Anfang der Exzellenzinitiative stand nicht ‚Exzellenz‘, sondern ‚Elite‘. Die Sache war zunächst in eine deutlich andere Richtung abgeschossen worden, als sie am Ende einschlug. Zeichnen wir daher zunächst die ballistische Kurve der Exzellenzinitiative nach.

Im Januar 2004 hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ihre „Weimarer Leitlinien ‚Innovation‘“ verabschiedet: „Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können“, hieß es da.¹ Der ursprüngliche Impuls war vom damaligen SPD-Generalsekretär und seinem Parteivorsitzenden-Bundeskanzler ausgegangen. Der fachlich zuständigen Bundesministerin gelang es allerdings recht schnell, die Sache in ihr Haus zu ziehen.

Die Instrumente waren zweierlei: zum einen eine PR-Gegenoffensive mit dem etwas putzigen Namen „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“² (eine Anleihe bei einem RTL-Krawallcasting); zum anderen die geschickte Aufnahme von Vorschlägen aus der Wissenschaft. Letztere hatte nachdrücklich auf ein Problem hingewiesen, das in der Politik offenbar weniger bekannt war: Herausgehobene Qualität lasse sich nicht für komplette Universitäten, sondern allein auf Ebene der Fächer feststellen.³ Diese Feststellung wiederum könne kompetent nur aus der Wissenschaft selbst erfolgen.

2 Vorgestellt am 23.1.2004, vgl. BMBF: Bulmahn will Forschungssystem umfassend modernisieren. Wettbewerb um Spitzenuniversitäten startet in diesem Sommer, Pressemitteilung 09/04, 26.11.2004, URL <http://www.bmbf.de/press/1053.php> (Zugriff 30.11.2004). Eine exemplarische Reaktion auf den Titel der Aktion: Hans-Manfred Niedetzky, Vorsitzender des Vereins für Sprachpflege: „Ein Blick ins Oxford Dictionary zeigt, daß es ‚brain‘ auch als Verb gibt: *I'll brain you*. D iese umgangssprachliche Redewendung bedeutet: *Du kriegst gleich eins über die Rübe!*“ (in: Deutsche Sprachwelt, o.D., URL <http://www.deutsche-sprachwelt.de/forum/brain-up.shtml>, Zugriff 13.2.2004).

3 „In diesem Wettbewerb müssen die wissenschaftlichen Leistungen von Fächern und individuellen Wissenschaftlern ausschlaggebend sein, nicht jedoch Qualitätsurteile über ganze Hochschulen.“ (Hochschulrektorenkonferenz: Zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion. Erklärung des 98. Senats der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn 2004)

1 SPD-Parteivorstand: Unser Land gerecht erneuern. Weimarer Leitlinien „Innovation“, Berlin, 6.1.2004, S. 5f.

Dann setzte ein Prozess der sukzessiven Pragmatisierung ein. Da föderale Sensibilitäten zu berücksichtigen waren, mussten Bund-Länder-Kommission (BLK), Kultusministerkonferenz (KMK) und Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) eingebunden werden. Gemessen an sonstigen politischen Abstimmungsprozessen zwischen Bund und Ländern verlief die Klärung der Exzellenz-Initiative-Modalitäten vergleichsweise rasch. Dass der Bund 75 % der Kosten übernehmen wollte, beflügelte den Einigungswillen auf Länderseite. Die DFG und der Wissenschaftsrat erhielten prominente Rollen als durchführende Akteure. Damit fand sich im Grundsatz die wissenschaftliche Leistungs- und Bewertungslogik in ihr Recht gesetzt. Ebenso wurden die inhaltlichen Schwerpunkte umgedreht: In den „Weimarer Leitlinien“ des SPD-Vorstands war es um Elite-Ausbildung und um marktfähige Innovationen gegangen. Nun ging es um Forschung, und zwar vorrangig um Grundlagenforschung, also die arbeitsreiche Muße, sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Insgesamt waren dann 37 Universitäten im Rahmen des Wettbewerbs erfolgreich. Das sind 45 % aller deutschen Universitäten. Man wird dies als Indiz für eine statistische Normalverteilung der Leistungspotenziale auch im deutschen Universitätssystem notieren dürfen. Die 37 begünstigten Universitäten umfassen die Wettbewerbserfolge in allen drei Förderlinien: Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte. Die öffentliche Wahrnehmung konzentriert sich allerdings auf die Gewinner in der Förderlinie „Zukunftskonzepte“. Das waren neun. Diese gelten seither als „Spitzenuniversitäten“ oder „Exzellenzhochschulen“. Dabei gibt es regionale Auffälligkeiten: Die Gewinner konzentrieren sich in Südwestdeutschland. Vier der neun Universitäten liegen in Baden-Württemberg, zwei in Bayern. Norddeutschland blieb schwach, aber immerhin vertreten. Ostdeutschland versank in nahezu vollständiger Nichtwahrnehmbarkeit.

Damit sei, so hieß es dann, einer Dichotomisierung innerhalb des deutschen Universitätssystems Vorschub geleistet worden: „Das ‚nicht exzellente‘ zweitklassig heißt und Zweitklassigkeit kein Geld verdient, ist die falscheste und gefährlichste Folgerung, die der Wettbewerb aber indirekt befördert.“⁴ Allerdings könnte die Zweiteilung auch in die andere Richtung verschärft werden, wie eine Kritik zeigte, die eher elitistisch bestimmt war: DFG-Präsident Winnacker meinte, es seien „viel zu viele ausgezeichnet worden ... Ich glaube nicht, dass wir mit unserem Volkseinkommen neun Universitäten an die Spitze bringen können. Das kommt zu teuer.“⁵ Dem wiederum steht die Prognose zur Seite, dass langfristig eine Mauer durch die deutsche Hochschullandschaft gehen werde: „Auf der einen Seite glänzen einige wenige, international anerkannte Unis, die sich ganz auf die Forschung konzentrieren. In ihrem Schatten steht der große Rest an Hochschulen, die zu reinen Ausbildungsstätten degradiert worden sind.“⁶

Nun sind Hochschulen typischerweise in einer von drei Ligen angesiedelt: regional orientiert, auf gesamtstaatlicher Ebene bedeutsam oder international ausstrahlend (wobei einzelne Fachbereiche oder Wissenschaftler/innen aus dieser Gesamteingruppierung ihrer Hochschule ausscheren können). Insofern wurde eine bekannte Differenzierung zwischen den deutschen Universitäten, die es schon gab, bestätigt: Den DFG-Förderrankings ließ sich bereits seit längerem entnehmen, dass die Streuung bei den Drittmittel-Einwerbungserfolgen und der Forschungsintensität beträchtlich ist.⁷

Solche ohnehin gegebenen Unterschiede durch einen Wettbewerb zu bestätigen, muss kein Problem sein. Die Probleme liegen denn

4 Christian Schwägerl: Die neue Forschungslandschaft. Wie der Exzellenzwettbewerb den Akademikeralltag verändert, in: F.A.Z., 19.10.2006, S. 34.

5 Ernst-Ludwig Winnacker (Interview): „Bund muss Spitzenunis fördern“, in: Süddeutsche Zeitung, 7.1.2008, S. 16.

6 Tilman Warnecke: Angst vor der proletarischen Uni. Experten warnen vor reinen Ausbildungsanstalten, in: Der Tagesspiegel, 27.11.2006.

7 erstmals: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Förder-Ranking 2003. Institutionen – Regionen – Netzwerke. DFG-Bewilligungen und weitere Basisdaten öffentlich geförderter Forschung, Bonn 2003.

auch andernorts: Hochschulpolitisch wurde eine Verabschiedung von der (produktiven) Fiktion eines qualitativ homogenen Hochschulwesens in Deutschland eingeleitet. Bis zur Exzellenzinitiative galten in der Bundesrepublik alle Hochschulen als prinzipiell gleichwertig. Das war zwar eine Fiktion, aber eine für die Absolventen produktive: Jeder Studienabschluss eröffnete auf dem Arbeitsmarkt prinzipiell die gleichen Einstiegschancen. Unterschiede gab es lediglich zwischen FH- und Universitätsabsolventen, insofern deren Eingangsgehälter im Öffentlichen Dienst auseinanderklaffen. Die Fiktion der Gleichwertigkeit hatte jedoch auch einen realen Hintergrund: In Deutschland wurden (und werden) nahezu überall durchschnittlich gute Studierende ausgebildet, und dieser Durchschnitt ist im internationalen Vergleich ziemlich respektabel.⁸ Absolventen und Absolventinnen deutscher Hochschulen sind zwar vergleichsweise nicht die jüngsten, gelten aber als selbständig.

Diese Gleichwertigkeitsunterstellung wurde aufgegeben zu Gunsten einer dichotomen Wahrnehmung des deutschen Universitätsystems: Es gibt nun Exzellenzuniversitäten und andere, die es ‚nicht geschafft‘ haben, also irgendwie ‚nicht gut‘ sind. Der Exzellenzbegriff wurde im öffentlichen Raum verankert und zum nunmehr weithin akzeptierten politischen Marketingbegriff erhoben: Während die Politik mit dem komplexeren Qualitätskonzept wenig anfangen kann, erwies sich Exzellenz als anschlussfähig an das politische Marketing. Zugleich wurde damit die Kommunikationspolitik der Hochschulen selbst verändert. In einem fort ist nun von den „besten Köpfen“, „Eliten“ und „Exzellenz“ zu hören. Noch aus der schlechtestausgestatteten Universität ist unablässig zu

⁸ Außerhalb der Betrachtung bleiben hier die Studienabbrecher, im Durchschnitt 24 %, in einigen (geisteswissenschaftlichen) Fächern bis zu 46 %. Diese stellen ein Problem dar – nicht jeder Einzelfall, aber die über große Menge –, sowohl im Blick auf die unzulängliche Ressourcennutzung, wenn sich aus den individuell mehr oder weniger genossenen Bildungserlebnissen kein Studienabschluss mit den daran geknüpften Berechtigungen, Berufs- und Einkommenschancen ergibt, als ich im Blick auf die gescheiterten biografischen Hoffnungen, die zahlreiche Studienabbrüche für die jeweils Einzelnen darstellen.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

*Die Banken unterstützen,
den Reichen Steuern ersparen,
Arme belasten!*



2010 - 261 S. - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-785-0

Elmar Altvater entschlüsselt in bekannt souveräner Weise die Ursache dieser „Finanzmarktkrise“. Diese umfasst sehr viel mehr als nur den Finanzsektor oder die Finanzspekulationen, sie betrifft in ihren Auswirkungen Arbeit und Geld, Energie, Klima und Ernährung und kommt letztlich aus dem Zentrum heutiger Gesellschaften.

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

vernehmen: ‚Wir wollen nur die besten Köpfe, bei uns entstehen die Eliten von morgen, und Exzellenz ist bei uns kein Schlagwort, sondern Realität.‘ Der Interessenvertreter auch der abge-schiedensten Fachhochschule muss behaupten, dass man auch dort nur die besten Studierenden und die klügsten Lehrenden haben wolle – eine wagemutige Behauptung, die, ernst ge-nommen, zur sofortigen Schließung dutzender Hochschulen wegen des Ausbleibens der Bes-ten führen müsste.

Es ist durchaus eine merkwürdige Situation, wenn allzu viele Hochschulen davon ausgehen, erstens exzellent zu sein und zweitens exzel-lent zu bleiben. In der Regel stimmen beide dieser Voraussetzungen der Debatte nicht bzw. nicht vollständig. Keineswegs sind alle Hoch-schulen exzellent. Die tatsächlich exzellenten Hochschulen wiederum sind es nicht in jeder Hinsicht – nicht zwingend *zugleich* in der For-schung und in der Lehre, nicht in *allen* Fachbe-reichen und Disziplinen und schon gar nicht in der Ausstattung. Und schließlich werden auch nicht sämtliche Hochschulen, die womöglich exzellent sind, dies auf alle Zeiten bleiben. Ex-zellenz wird nicht erworben, um sie fortan zu besitzen, sondern allenfalls um sie immer wie-der neu zu erwerben.

Im Kern der Sache handeln die gesamten Dis-kussionen aber von etwas anderem, nämlich: Qualität. Exzellenz ist dabei dann eine Bezeich-nung des Außergewöhnlichen, des grandios Überdurchschnittlichen, des von allem anderen positiv Abweichenden. Sie kann nur dort indi-ziert werden, wo die Mehrheit der ‚üblichen‘ Qualitätssymptome in deutlich überdurch-schnittlicher Ausprägung gegeben ist. Insofern lässt sich „Exzellenz“, soll sie kein (oder nicht nur) Element eines hochschulpolitischen Verblen-dungszusammenhangs sein, allenfalls als Code verwenden: Gemeint ist überdurchschnittliche, höchste Qualität. In dieser Perspektive lässt sich Exzellenz als herausragende wissenschaftliche Güte, also Spitzenqualität charakterisieren. Ent-gegen der unterdessen verbreiteten Wahrneh-

mung geht es an Hochschulen jedoch nicht nur um Höchstleistungen und Spitzenqualität, son-dern auch – und mehrheitlich – um die Qualität des Normalbetriebs.

Gleichwohl ist „Exzellenz“ weithin der grund-legende Ansatz, wenn Hochschulen versuchen, für ihre Anliegen Legitimität in der Öffentlich-keit und bei politischen Entscheidungsträgern zu gewinnen. Auch wenn der Marketinganteil dabei in Rechnung gestellt, also abgezogen wird, lässt sich das durchaus merkwürdig fin-den. Denn die Hochschulen vergeben sich der-art die Chance, überwiegend erfolgreich zu sein: Wenn nahezu alle exzellent sein wollen, müssen die meisten an ihren eigenen Ansprü-chen scheitern. Schließlich können ja nicht alle grandios überdurchschnittlich sein – und sei es nur deshalb, weil die Feststellung der Über-durchschnittlichkeit den Durchschnitt als Be-zugsgröße benötigt. Der aber berechnet sich aus der Streuung zwischen sehr gut und sehr schlecht, geteilt durch die Anzahl der einbezo-genen Fälle.

Vor allem aber war und ist die Exzellenzini-tiative wissenschaftspolitisch eine Zuspitzung eines Vorgangs, der bereits seit Mitte der 60er Jahre läuft: Die Programm- und Projektförde-rung nimmt generell zu, und dementsprechend nimmt der Anteil der Grundförderung an der Hochschulfinanzierung ab. Den paradigma-tischen Wechsel hat nicht die Exzellenzinitiative gebracht, sondern die eher schleichende Ent-wicklung hin zu immer mehr Programm- und Projektförderung – die erst dadurch wirklich problematisch wird, dass sie mit flächendecken-ten Real- und punktuellen Nominalkürzungen der Hochschulfinanzierung verbunden ist. Wurde traditionell in der Wissenschaft um Geltungsansprüche für Deutungen und Erklä-rungen konkurriert, so konkurrieren nun Orga-nisationen um Gelder und Images. ■

☞ Prof. Dr. Peer Pasternack, Staatssekretär a.D., ist Direktor des Insti-tuts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Witten-berg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pas-ternack.de>

Nicht dereguliert und unternehmerisch, sondern demokratisch und sozial

Anforderungen an die Hochschulpolitik des 21. Jahrhunderts

von Andreas Keller



Foto: www.fotolia.com, ©

Hochschulen sind im Umbruch. Wurde die Debatte in den neunziger Jahren von Protagonisten einer neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen wie dem Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bestimmt, gewinnen inzwischen alternative Reformkonzepte an Bedeutung. Auch die Gewerkschaften mischen sich stärker in die hochschulpolitische Reformdebatte ein; der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) möchte sich ein neues hochschulpolitisches Programm geben. Das ist gut so. Denn wenn es zutrifft, dass die Expansion der Hochschulbildung ein weltweiter Trend ist, dann sind auch Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften gut beraten, sich dafür zu rüsten, dass künftig immer mehr wissenschaftlich qualifizierte Fachkräfte in den Betrieben arbeiten werden. In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts bekommen darüber hinaus wissenschaftliche Erkenntnisse eine immer größere Bedeutung für den ökonomischen, sozialen und kulturellen

Fortschritt. Gewerkschaften müssen daher auf die Hochschulentwicklung auch deshalb Einfluss nehmen, um dafür zu sorgen, dass auch Beschäftigte und Erwerbslose, Renterinnen und Rentner, Studierenden und Auszubildende am Fortschritt teilhaben.

Unbestreitbar ist aber auch: Eine gewerkschaftliche Debatte um Hochschulpolitik wäre unvollständig, wenn sie ausschließlich aus der Perspektive der „Abnehmer“ der von Hochschulen produzierten Absolventinnen und Absolventen und Forschungsergebnisse geführt würde die Perspektive der an den Hochschulen Beschäftigten ausblendete. Am Arbeitsplatz Hochschule sind mehr als 500.000 Kolleginnen und Kollegen tätig – in Forschung und Lehre, Verwaltung, Technik und Management. Eine gute Ausgestaltung der Bedingungen am Arbeitsplatz Hochschule ist wiederum nicht allein im Interesse der Hochschulbeschäftigten – denn die Qualität von Forschung und Lehre

sowie die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Hochschulpersonals sind zwei Seiten einer Medaille.

Insofern ist es gut, dass die bevorstehende Diskussion des hochschulpolitischen Programms auf zwei Referenzdokumente zurückgreifen kann. Zum einen auf das „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“, das die Hans-Böckler-Stiftung 2010 als Ergebnis der Arbeit einer Projektgruppe vorgelegt hat, der Vertreterinnen und Vertreter mehrerer DGB-Gewerkschaften angehören¹. Zum anderen auf das wissenschaftspolitische Programm der Gewerkschaft, die Beschäftigte in Erziehung und Wissenschaft als Mitglieder organisiert und vertritt – der Bildungsgewerkschaft GEW. Der Gewerkschaftstag der GEW hat das wissenschaftspolitische Programm der GEW 2009 unter dem Motto „Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern“ verabschiedet.²

Ausgangspunkt für eine an einer demokratischen und sozialen Hochschule orientierten Reformdebatte muss ein Bildungsverständnis sein, das Bildung nicht auf eine abhängige Variable der ökonomischen Entwicklung reduziert. Zweifellos ist Bildung ein entscheidender Faktor für die Gestaltung der Arbeits-, Produktions- und Innovationsprozesse. Aber: Bildung bestimmt darüber hinaus die Arbeits- und Lebenschancen der Individuen maßgeblich. Bildung prägt die demokratische Gesellschaft, indem sie Gestaltungskompetenzen, Urteils- und Kritikfähigkeit ausbildet. Damit wird der Erwerb von Bildung, wissenschaftlichen Kompetenzen und kritischer Urteilsfähigkeit ein

entscheidendes Kriterium für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bildung und Wissenschaft haben die Aufgabe, ihren Beitrag zum Abbau von Ungleichheit und zur sozialen, kulturellen und demokratischen Integration der Gesellschaft zu leisten.

Dem verkürzten neoliberalen Bildungsbe-griff ist daher eine klare Absage zu erteilen. Die „unternehmerische“ (Centrum für Hochschulentwicklung) oder „deregulierte“ (Stifterverband für die deutsche Wissenschaft) Hochschule können keine Leitbilder sein, die den bildungs- und wissenschaftspolitischen Herausforderungen der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Eine Bildungspolitik, die auf eine Zementierung sozialer Selektion, auf administrativ verfügte Begrenzung von Bildungszeiten, auf die Errichtung zusätzlicher finanzieller Hürden und auf Elitenförderung statt auf die Verbesserung des Qualifikationsniveaus in der Breite ausgerichtet ist, führt in die Sackgasse. Eine Wissenschaftspolitik, die Hochschulen nach dem Vorbild gewerblicher Unternehmen und betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle umbaut, die Mitbestimmung von Beschäftigten und Studierenden abbaut, den Hochschulzugang durch Hochschulauswahlverfahren und Studiengebühren beschränkt und die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Hochschulbeschäftigten dereguliert und prekariert, ist ein Irrweg.

Die Gewerkschaften treten stattdessen für eine demokratische Hochschule ein. Wir sehen Hochschulen als Orte mitbestimmter und öffentlich verantworteter Wissenschaft an, an denen Forschung, Lehre und Studium in gesellschaftlicher Verantwortung praktiziert werden. Wir begreifen das Studium als eine wissenschaftliche Ausbildung, die seine Gegenstände und Methoden kritisch reflektiert und sich mit der Anwendung der erworbenen Kompetenzen in der beruflichen und gesellschaftlichen Praxis kritisch auseinandersetzt. Und die Gewerkschaften treten für eine sozi-

1 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Düsseldorf 2010. Siehe http://www.boeckler.de/455_91456.html.

2 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Wir können auch anders! Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern. Das wissenschaftspolitische Programm der GEW. Frankfurt am Main 2009. Siehe http://www.gew.de/Alternatives_Leitbild_zur_unternehmerischen_Hochschule.html.

ale Hochschule ein. Wir fordern gute Bildung für alle, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, zwischen unterschiedlichen Bildungseinrichtungen und Bildungswegen. Wir fordern eine soziale Öffnung der Hochschulen, den Abbau sozialer und ethnischer Benachteiligungen und die Gleichstellung der Geschlechter durch gleiche Bildungschancen für alle.

Soziale Öffnung der Hochschulen

Dreh- und Angelpunkt einer demokratischen und sozialen Hochschule muss eine befriedigende Antwort auf die Frage sein, wie wir die soziale Öffnung der Hochschulen erreichen können. Deutschlands Hochschulen bilden zu wenig Akademikerinnen und Akademiker aus, zu wenig junge Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf. Nichtakademikerkinder und vor allem Arbeiterkinder haben deutlich schlechtere Chancen, an die Hochschule zu kommen. Während von 100 Kindern aus Akademikerfamilien 81 Kinder in die Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen eintreten, an der in der Regel die Hochschulzugangsberechtigung erworben wird, und 71 Kinder ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es bei Kindern aus Nichtakademikerfamilien nur 45 Kinder, die in die Sekundarstufe II eintreten und 24 Kinder, die ein Studium aufnehmen.³ Höhere Bildung wird in Deutschland vererbt – ein bildungs- und gesellschaftspolitischer Skandal.

Es ist höchste Zeit, dicke Bretter zu bohren. Wer die Hochschulen sozial öffnen möchte, muss auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen. Wir müssten erstens dafür sorgen, dass Bund und Länder den durch die geburtenstarken Jahrgänge der neunziger Jahre, die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht erwarteten „Studierendenberg“

nicht untertunneln, sondern erklimmen. Und sich nicht auf eine anschließende Talfahrt vorbereiten, sondern für eine Wanderung durch anhaltendes Hochplateau rüsten. Insofern ist das Studierendenhoch eine Chance, die Hochschulen so auszubauen, dass in Deutschland nicht 40, sondern wie in fast allen Industrieländern 50 oder 60 Prozent eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen.

Solange Studienplätze knapp sind, brauchen wir zweitens ein Hochschulzulassungsverfahren, das sicherstellt, dass die verfügbaren Studienkapazitäten tatsächlich ausgeschöpft werden. Die Hochschulen haben über Jahre eine Deregulierung der Hochschulzulassung gefordert. Sie haben sich teilweise durchgesetzt und scheitern nun kläglich mit der Aufgabe, den jungen Menschen eine faire Ausbildungschance zu geben. Wir erwarten, dass der Bund sich jetzt seiner Verantwortung stellt und seine Gesetzgebungskompetenz für die Regelung der Hochschulzulassung nutzt.

Wir müssen uns drittens den Angriffen auf die Kapazitätsverordnung entgegenstellen. Das Bundesverfassungsgericht hat 1973 entschieden, dass das Grundrecht der Berufswahlfreiheit ein Recht auf Hochschulzulassung einschließt. Wir stehen zum Recht auf Hochschulzulassung als Ausdruck eines sozialstaatlichen Grundrechtsverständnisses und dürfen nicht zulassen, dass die Rektoren und Präsidenten von gekürten oder selbst ernannten Exzellenzuniversitäten die – notwendige – Diskussion um eine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses zwischen Lehrenden und Studierenden dafür instrumentalisieren, ihre Pforten für Studienbewerberinnen und Studienbewerber zu schließen.

Wenn wir wirklich wie im OECD-Durchschnitt 55 Prozent eines Altersjahrgangs an die Hochschulen führen wollen, brauchen wir viertens eine Diskussion über die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Hochschulzulassung über den traditionellen bildungsbürgerlichen

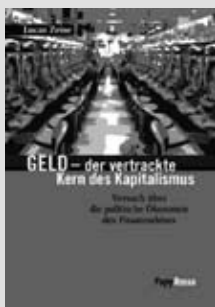
³ Wolfgang Isserstedt u. a.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009, 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn und Berlin 2010, S. 103 ff. Siehe http://www.sozialerhebung.de/soz_19.html.

PapyRossa Verlag



Andreas Wehr: Griechenland, die Krise und der Euro; 179 Seiten; EUR 12,90

Wie nicht zuletzt durch Deutschland die wirtschaftlichen und finanziellen Ungleichgewichte in der Eurozone verschärft wurden, deren erstes Opfer Griechenland ist. Wie geht es weiter mit dem Euro und der EU?



Lucas Zeise: Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus | Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors; 192 Seiten; EUR 12,90

Sorgfältig handelt Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab und diskutiert die wichtigsten Theorien über das Geld. Resümierend zeigt er, wie das Monster Finanzsektor politisch gebändigt werden könnte.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Königsweg der gymnasialen Oberstufe hinaus. Der so genannte dritte Bildungsweg zeichnet sich heute durch einen föderalen Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen für den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter aus.

Noch so viele Studienplätze reichen nicht aus, wenn sich die Studienberechtigten das Studieren nicht mehr leisten können. Wir müssen daher fünftens die im Jahr 2000 durch ein „Machtwort“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder abgebrochene Diskussion um eine Strukturreform der Ausbildungsförderung wieder aufnehmen. In ihrem wissenschaftspolitischen Programm schlägt die GEW vor „den Darlehensanteil im BAföG zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zurückzuführen, damit junge Menschen vom ‚Studentenberg‘ aus nicht mit einem ‚Schuldenberg‘ ins Berufsleben starten müssen. Perspektivisch ist das BAföG auf diese Weise zu einem elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiterzuentwickeln. Im Gegenzug sollten die ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienleistungsausgleichs (Kindergeld, Steuerfreibeträge usw.), die heute Eltern von Studierenden zu gute kommen, in die Ausbildungsförderung integriert und damit direkt allen Studierenden ausgezahlt werden.“⁴

Warum eigentlich sollen Studentinnen und Studenten, die nicht nur Entbehrungen auf sich nehmen, sondern auch eine für Wirtschaft und Gesellschaft nützliche und für die Weiterentwicklung der Wissenschaft konstitutive Arbeit leisten, dafür nicht bezahlt werden, sondern selbst bezahlen? Ebenso wie Auszubildende in der dualen beruflichen Bildung kein Lehrgeld mehr bezahlen müssen, sondern eine Ausbildungsvergütung beziehen, könnte eines Tages auch das Studienhonorar selbstverständlich sein. Das ist kein utopisches Luftschloss, sondern dann machbar, wenn die richtigen Kerngedanken der Reformdiskussion der neunziger Jahre wieder belebt werden: die Integration

4 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.) 2009, a. a. O., S. 14.

der ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienlastenausgleichs, der heute nichts anderes als ein „Besserverdienenden-BAföG“ ist, in die Ausbildungsförderung.

Um ein Studium nicht noch weiter zu verteuern und mögliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung nicht zu konterkarieren, brauchen wir sechstens die Abschaffung aller Studiengebühren in den vier Bundesländern, die immer noch an ihnen festhalten: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen. Die Beispiele Hessen, Saarland und Nordrhein-Westfalen zeigen: Fehler lassen sich korrigieren, Widerstand gegen Bildungs- und Sozialabbau zahlt sich aus, auch hochschulpolitische Themen sind kampagnen- und wahlkampffähig.

Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium

Bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland werden viele gute Zielsetzungen des Europäischen Hochschulraums in ihr Gegenteil verkehrt. Statt Mobilität zu fördern und das Studium studierbarer zu machen, erschweren die neuen Studienstrukturen vielfach den Studienortwechsel und steigern Abbrecherquoten. Statt die Betreuung der Studierenden zu verbessern, führt die Studienreform bei gleichbleibender oder sinkender Ausstattung der Hochschulen zu einer höheren Arbeitsbelastung sowohl für das in Lehre und Verwaltung tätige Personal als auch für die Studierenden selbst.

Die Gewerkschaften müssen sich daher an die Spitze der mit der Studienstrukturenreform Unzufriedenen stellen und diskutieren, wie der überfällige Kurswechsel bei der Umsetzung der Bologna-Reformen aussehen sollte. Wie schaffen wir es, dass Mobilität nicht länger bestraft, sondern tatsächlich gefördert wird? Wie können wir die soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums mit Leben erfüllen? Wie können Studierbarkeit und Studierfreiheit auch im Bologna-Zeitalter gesichert werden?

Wie kann der freie Zugang zum Masterstudium als eine der zentralen Forderungen der Bildungsproteste 2009 durchgesetzt werden? Wie schaffen wir es, dass Absolventinnen und Absolventen nicht nur „employable“ werden, sondern im umfassenden Sinne Berufsbefähigung erlangen?

Hier liegt auch der Schlüssel für die dringend notwendige Zusammenarbeit von Hochschulbeschäftigten und Studierenden, Gewerkschaften und Studierendenvertretungen: Ein Übermaß an „workload“ für die Studierenden und die Verdichtung der Arbeitsprozesse in Lehre und Verwaltung sind zwei Probleme, die eine gemeinsame Wurzel haben: eine falsch verstandene, bürokratische Exekution der Studienstrukturenreform und die Illusion, eine kapitale Studienstrukturenreform wie der Bologna-Prozess ließe sich mit stagnierenden oder gar schrumpfenden finanziellen Ressourcen erfolgreich umsetzen.

Richtig ist aber auch: Erst Bologna hat die Hochschulen dazu gebracht, bei der Reform ihrer Studiengänge die Qualität von Studium und Lehre stärker in den Blick zu nehmen und dabei die Studierenden, die von ihnen zu erwerbenden Kompetenzen und damit ihre beruflichen Perspektiven als wissenschaftlich ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum zu rücken. Die Gewerkschaften sollten dies als Chance begreifen, ihre Vorstellungen, „Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung [zu] gestalten“, zu formulieren und in die Reformdebatte einzubringen.⁵

„Was Qualität ist, lässt sich weder akademisch messen noch exekutiv dekretieren. [...] Qualität ist ein politischer Begriff, dem Diskussions- und Aushandlungsprozesse zugrunde liegen“, heißt es im wissenschaftspolitischen Programm der GEW.⁶ „Ein System der Qualitätsentwicklung muss daher einerseits ergeb-

⁵ Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) 2010, a. a. O., S. 23.

⁶ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.) 2009, a. a. O., S. 27.

nisoffen, dynamisch und korrekturfähig sein und andererseits die Partizipation der an Lehre und Studium eines Studiengangs beteiligten Gruppen sowie der beruflichen und gesellschaftlichen Praxisfelder, auf die das Studium zielt, ermöglichen.“ Die Gewerkschaften fordern daher, dass bei der Akkreditierung von Studiengängen neben Lehrenden und Studierenden auch Vertreterinnen und Vertreter der beruflichen Praxis, zu denen neben den Arbeitgebern auch die Gewerkschaften gehören, substantiell beteiligt werden. Wir müssen uns aber gleichzeitig der Diskussion stellen, wie wir das Akkreditierungsverfahren transparenter gestaltet und entbürokratisiert werden kann.

Innovation durch Partizipation

Die Reform der Hochschulen und ihre effektive und effiziente Steuerung einerseits und die Partizipation der am Wissenschaftsprozess Beteiligten stehen nicht im Widerspruch, im Gegenteil: Sie bedingen sich gegenseitig. Niemand konnte bislang belegen, dass die Leitung einer Einrichtung dann besonders effizient verläuft, wenn die Entscheidungskompetenzen an der Spitze konzentriert werden. Gleichwohl verläuft der derzeitige Umbau der Hochschulverfassungen nach genau diesem Schema. Und die Idee der Autonomie der Hochschule hat als Leitidee ihren Ursprung nicht in der Betriebswirtschaftslehre, und der Hochschulglobalhaushalt wurde auch nicht in Gütersloh erfunden. Ihr Ursprung liegt vielmehr in der Vorstellung von der Autonomie der Wissenschaft als gesellschaftlichem Teilsystem gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Herrschaft und ihren Ideologien.

Bei Arbeit an einem neuen hochschulpolitischen Programm des DGB müssen die Gewerkschaften daher beide Fragen im Kontext beantworten: Wie autonom soll die Hochschule sein und wie ist das Verhältnis von Hochschule, Staat und Gesellschaft zu bestimmen? Und: Wie demokratisch muss eine Hochschule verfasst sein, welche alten und neuen Formen

der Partizipation und Mitbestimmung halten wir für geeignet?

Neue Formen der Partizipation wie die direkte Partizipation am Arbeitsplatz oder Strategien eines partizipativen Managements können mit dazu beitragen, eine mehrdimensionale Partizipationsstruktur an Hochschulen zu etablieren. Ohne eine wirksame Mitbestimmung der Hochschulmitglieder in den Kollegialorganen der akademischen Selbstverwaltung, in den Personalvertretungen der Beschäftigten und in den Organen der verfassten Studierendenschaft laufen die neuen Partizipationsmodelle aber Gefahr, zum zahnlosen Tiger zu werden. Nicht die Gruppenhochschule ist gescheitert, die niemals Realität werden durfte, sondern die „staatliche regulierte und professorendominierte Hochschule des Hochschulrahmengesetzes“⁷. In ihr galt der eherne Grundsatz, dass in allen Hochschulgremien eine Gruppe alle anderen überstimmen konnte – und sich am Ende doch den Vorgaben staatlicher Detailsteuerung beugen musste. Das Hochschulrahmengesetz ist Geschichte – wir brauchen jetzt einen Wettbewerb der 16 Länder um das mitbestimmungsfreundlichste Landeshochschulgesetz.

Gute Wissenschaft – gute Arbeit

Überfällig ist nicht nur ein Wettbewerb um die mitbestimmungsfreundlichste Hochschulverfassung, sondern auch um die attraktivsten Bedingungen am Arbeitsplatz Hochschule. Der Fachkräftemangel in vielen Branchen wird die Hochschulen möglicherweise schon in Kürze zwingen, attraktivere Karrierewege anzubieten, wenn sie qualifizierte Nachwuchskräfte gewinnen möchten. Doch von dieser Einsicht sind sie derzeit noch weit entfernt, was ein wachsendes Unbehagen bei der „Generation Exzellenz“ auslöst. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden

⁷ Vgl. Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Marburg 2000, S. 155 ff.

mit dem wohlklingenden Versprechen auf exzellente Forschung in die Wissenschaft gelockt und kommen dort beispielsweise in neuen Forschungsstrukturen wie Exzellenzcluster oder Graduiertenschulen. Die Hochschulen erwarten von ihnen auch exzellente Leistungen in Forschung und Lehre, aber exzellente Rahmenbedingungen – verlässliche berufliche Perspektiven und faire Beschäftigungsbedingungen – enthalten sie ihnen vor.

Befristete Arbeitsverträge sind in Hochschule und Forschung längst zur Regel geworden: Bei den wissenschaftlichen Angestellten kommen auf ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis 6,7 befristete Verträge. Ein wachsender Anteil der Lehre wird von Lehrbeauftragten erbracht, die als akademische Tagelöhner stundenweise bezahlt werden – ohne Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsanspruch. Die Karrierewege in der Wissenschaft sind lang und steinig: Selbst erfahrene, promovierte Fachkräfte gelten als „wissenschaftlicher Nachwuchs“, dem sowohl selbstständige Forschung und Lehre als auch berechenbare berufliche Perspektiven verwehrt werden. Nach wie vor steigen überdurchschnittlich viele Frauen aus der wissenschaftlichen Laufbahn aus statt in ihr auf.

Den Widerspruch zwischen immer höheren Anforderungen an wissenschaftliche Arbeit und immer schlechteren Rahmenbedingungen möchten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht länger hinnehmen. Gute Wissenschaft und gute Arbeit sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille – so lautet die zentrale Botschaft des Templiner Manifests der GEW, welches innerhalb von zehn Wochen von 4.000 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet wurde.⁸ Kernpunkte des Templiner Manifestes sind eine bessere Absicherung und Strukturierung der Promotion und berechenbare Perspektiven für Postdocs. Zentral

ist die Forderung nach einem „Tenure Track“, der promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den dauerhaften Verbleib in der Wissenschaft ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Daueraufgaben in Hochschule und Forschung sollten auf Dauerstellen erledigt werden. Nur so lassen sich Kontinuität und Qualität der Arbeit in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sichern. Und nur so eröffnen sich mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch neben der Professur die Perspektive, „Wissenschaft als Beruf zu betreiben“.⁹

Wir brauchen eine Bewegung für eine demokratische und soziale Hochschule, die den Beschäftigten an den Hochschulen bessere Perspektiven und mehr Rechte geben, zugleich aber die Hochschulen selbst in die Lage versetzt, ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Auftrag besser zu erfüllen – im Interesse der abhängig Beschäftigten in Industrie und Dienstleistung. Das ist die Herausforderung für die Diskussion um die Umrisse einer demokratischen und sozialen Hochschule, zu der Gewerkschaften als Vertretungen der Beschäftigten außerhalb der Hochschulen und in den Hochschulen einen wichtigen Beitrag leisten können und sollten. ■

☞ Dr. Andreas Keller ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und leitet dort den Bereich Hochschule und Forschung.

⁸ Unter der Adresse www.templiner-manifest.de ist das Manifest abrufbar und kann online unterzeichnet werden.

⁹ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.) 2009, a. a. O., S. 23 ff.

Alte und neue Selektionsmechanismen an den Hochschulen

von Andrea Lange-Vester

Foto: www.fotolia.com, ©



Soziale Selektion findet vor allem vor dem Übertritt in die Hochschule statt. Wer es bis zum Studium schafft, kann deshalb zu den GewinnerInnen des Bildungssystems gezählt werden. Aber auch innerhalb der Hochschulen wird nach der sozialen Herkunft sortiert und aussortiert. Wer es bis zum Studium schafft, gehört also noch lange nicht dazu. Zugehörigkeit setzt einen bestimmten, sicheren Umgang mit der Kultur und den Konventionen der Hochschule voraus, und dieser sichere Umgang stellt sich erst dann wirklich ein, wenn über mehrere Generationen einer Familie eine Bildungstradition ausgeprägt werden konnte.

Insofern haben die zahlreichen BildungsaufsteigerInnen an den Hochschulen eine wichtige Hürde genommen, sind aber überwiegend noch nicht vollständig in der höheren Bildung angekommen und integriert. Das gilt auch für diejenigen, die den Bildungsaufstieg ihrer Eltern fortsetzen. Ungleich schwieriger ist die Situation für

Studierende, die bislang noch über keinerlei Erfahrung mit akademischer Bildung in ihrer Herkunftsfamilie verfügen. Gleichzeitig sind während der vergangenen Jahrzehnte die Kompetenz und das Selbstbewusstsein insbesondere in den Milieus der gesellschaftlichen Mitte gestiegen. Wir haben es längst nicht mehr mit einer Polarisierung zwischen bildungsnahen Gruppen in den oberen Milieus und bildungsfernen Milieus unterhalb dieser Grenze zu tun. Bestimmte Teilgruppen der Mitte, die historisch an ein ausgeprägtes Leistungs- und Kompetenzethos ihrer Vorfahren anschließen, erwerben inzwischen höhere Bildungsabschlüsse in einer Größenordnung, die dem Bildungserwerb einiger Fraktionen der oberen Milieus in nichts nachsteht (vgl. Vester 2004).

Das aber gilt eben nur für bestimmte Gruppen. Es sind nach wie vor insbesondere die oberen Milieus, die an den Hochschulen deutlich überrepräsentiert sind. „Die grundlegenden sozialen Disparitäten erweisen sich

als relativ stabil. Die Gruppen mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang – Kinder aus Selbständigen- und Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat – weist auch 2007 noch eine etwa fünf Mal so hohe Studierchance auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Beteiligungsquote, den Kindern aus Arbeiterfamilien“ (BMBF 2010, S.9).

Angesichts dieser Befunde der 19. Sozialerhebung sieht der Präsident des Deutschen Studentenwerks unser Bildungssystem „weit entfernt von sozial offenen Hochschulen“ (Dobischat 2010). Im Blick auf den steigenden Bedarf an AkademikerInnen und mit dem Ziel, eine gleichberechtigte Teilhabe an der Hochschulausbildung zu ermöglichen, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Länder und alle Interessenträger im Jahr 2008 einen so genannten nationalen Aktionsplan „Soziale Dimension“ entwickelt. Er sieht unter anderem ein nationales Stipendienprogramm vor, damit das Studium nicht am Geldbeutel scheitert.

Zusätzliche finanzielle Mittel für die Hochschulen sind erforderlich...

Der Einsatz zusätzlicher materieller Ressourcen ist notwendig, um auch künftig wenigstens den Status quo im Studienbetrieb noch gewährleisten zu können. Vor allem bis zum Jahr 2013 wird eine steigende Zahl bei den StudienanfängerInnen erwartet. Eine besondere Rolle spielt hier auch die Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr, durch die 2011 zwei Jahrgänge die Allgemeine Hochschulreife erwerben. Vorausberechnungen gehen davon aus, dass die Zahl der StudienanfängerInnen bis 2025 keinesfalls unter dem Niveau der vergangenen zehn Jahre liegen wird (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Maßnahmen wie Studienplatzbeschränkungen und Numerus Clausus, die hier naheliegen, damit einer Überlastung der Studiengänge begegnet werden kann,

verstärken die Selektion. Dies gilt ebenfalls bei einer Ausweitung der Studiengebühren.

Die 19. Sozialerhebung macht darüber hinaus deutlich, dass die Studierenden der verschiedenen Herkunftsgruppen unterschiedlich stark damit belastet sind, ihren Lebensunterhalt sicher zu stellen. Hier gibt es einen Bedarf, die finanzielle Unterstützung gezielt für die Angehörigen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen auszubauen, deren Ressourcen begrenzt sind. Dies ist auch wichtig, um ein Studium für neue Gruppen attraktiv zu machen.

Die Einnahmen der Studierenden unterscheiden sich nach der Höhe und der Zusammensetzung (für die nachfolgenden Zahlen vgl. Isserstedt u.a. 2010, S.13ff). Während die monatlichen Einnahmen im Jahr 2009 im Durchschnitt bei 812 Euro lagen, mussten 20% der Studierenden mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen, 17% standen mehr als 1000 Euro zur Verfügung. Die meisten Studierenden (87%) werden von ihren Eltern finanziell unterstützt. Bemerkenswert ist, dass diese Unterstützung, die seit den 1990er Jahren bis 2006 kontinuierlich gestiegen war, im Jahr 2009 erstmals gesunken ist. Dies trifft für alle Gruppen zu, allerdings fällt der Rückgang in der Herkunftsgruppe „hoch“ geringer aus als in den anderen Herkunftsgruppen.¹

An zweiter Stelle der Einnahmequellen steht bei den Studierenden der eigene Verdienst. Studierende der Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ finanzieren sich zu 30% aus eigenem Erwerb, in der Herkunftsgruppe „hoch“ liegt dieser Anteil bei einem Fünftel der Einnahmen (21%). In ihrer Untersuchung über die Motive für den Studienabbruch stellen Heublein u.a. (2009) heraus,

¹ Die Sozialerhebungen arbeiten seit 1982 mit einem Indikator, der die Studierenden auf der Grundlage der Bildung und beruflichen Stellung/ökonomischen Situation der Eltern in vier Herkunftsgruppen bündelt (hoch, gehoben, mittel, niedrig).

dass eine Studienfinanzierung, die vor allem auf Erwerbstätigkeit beruht, sich fördernd auf den Studienabbruch auswirkt. Dabei ist der Umfang der Erwerbstätigkeit entscheidend, der in der Gruppe der Bildungsaufsteiger besonders hoch ist.

BAföG macht etwa ein Drittel der Einnahmen (32%) in der unteren, gut ein Fünftel (22%) in der mittleren und 6% in der oberen Herkunftsgruppe der Studierenden aus (dazu und für die folgenden Zahlen vgl. Isserstedt u.a. 2010, S.13ff.). Der Beitrag, den BAföG-Empfänger im Jahr 2009 erhielten, lag mit 430 Euro zwar erheblich über dem Satz von 376 Euro im Jahr 2006. Der Anteil der Geförderten in der Bezugsgruppe Normalstudent² lag allerdings unverändert bei 29%. Nur wenig Zuwachs erhielt im Zeitraum von 2006 bis 2009 auch die Gruppe der Stipendiaten; ihr Anteil an den Studierenden stieg geringfügig, von 2% auf 3%. Der Anteil derjenigen schließlich, die einen Kredit aufgenommen haben, um ihr Studium zu finanzieren, ist zwar klein, hat sich im selben Zeitraum allerdings verdoppelt und lag 2009 bei 5%.

Diese Zahlen belegen den ungleichen materiellen Rahmen, in dem sich die Studierenden bewegen und zeigen Bedarf an, die finanzielle Förderung für die Studierenden aus niedrigen und aus mittleren Herkunftsgruppen zu verstärken. Dafür sprechen auch die Unterschiede im Gesamteindruck der Studierenden: 75% derjenigen, die der Herkunftsgruppe „hoch“ angehören, sehen ihr Studium finanziell gesichert. Diese Sicherheit empfindet in der niedrigen Herkunftsgruppe weniger als die Hälfte der Studierenden (47%). Der Wert steigt auf 55% in der mittleren und auf 62% in der gehobenen Herkunftsgruppe.

... aber Geld allein genügt nicht

Ausreichende finanzielle Mittel gehören zu den entscheidenden Voraussetzungen für ein gelingendes Studium. Dennoch: Geld allein genügt nicht. Ein gut funktionierender Studienbetrieb wird nicht schon dadurch gewährleistet, dass die Universitäten finanziell besser gestellt werden. Wofür werden die Mittel eingesetzt? Sollen sie helfen, so genannte Leuchttürme der Forschung zu errichten und Exzellenz zu steigern? Oder sollen sie eingesetzt werden, um ein breites Spektrum unterschiedlicher Studierender für eine anspruchsvolle Berufstätigkeit außerhalb der Wissenschaft zu qualifizieren? Personelle Verstärkung, die ProfessorInnen entlastet und ihnen die Möglichkeit zu intensiverer Betreuung ihrer StudentInnen gibt, heißt nicht automatisch, dass dies auch geschieht. Gute Lehre und Betreuung von Studierenden und auch des wissenschaftlichen Nachwuchses werden in der herrschenden Logik des Wissenschaftsbetriebs noch wie vor vergleichsweise gering geschätzt.

Dass Studierende an den Hochschulen ausreichend und kompetent betreut werden, versteht sich nicht von selbst. Betreuung und Anleitung sind für viele aber eine ebenso wichtige Voraussetzung für ihren Studienerfolg wie es die Sicherung der Finanzierung ist. Das Stipendium schafft noch keinen Studenten, der sich im Hochschulbetrieb auch zurecht findet, der wissenschaftlich zu arbeiten und einen Vortrag zu halten versteht. An den Hochschulen werden entsprechende Kompetenzen häufig noch immer vorausgesetzt und nicht ausreichend vermittelt.

Verborgene Selektionsmechanismen und Akkulturationsleistungen

Es sind nicht nur die finanziellen Ressourcen einer Familie und auch nicht nur die Noten, Prüfungen oder Zulassungsbarrieren, an denen die höhere Bildung ihrer Nachkommen

2 Mit der Bezugsgruppe Normalstudent werden in der Sozialerhebung diejenigen Studierenden gefasst, die sich im Erststudium befinden, ledig sind und außerhalb ihres Elternhauses wohnen. Dies trifft auf 65% aller Studierenden zu.

scheitert. Die Auslese nach der sozialen Herkunft vollzieht sich zudem und in der Hauptsache auf unsichtbare Weise, nämlich über Selbstverständlichkeiten, deren selektive Wirkung häufig nicht decodiert wird, weil sie sich im Zuge des Alltäglichen und vermeintlich Normalen entfaltet. Die praktisch selbstverständliche Erwartung, dass Studierende die für das wissenschaftliche Arbeiten erforderlichen Kompetenzen bereits in das Studium mitbringen, ist Teil der Konventionen und Anforderungen des akademischen Feldes, die im Verborgenen für Selektion sorgen. Dabei geht es in der Frage, wer die Spielregeln an der Hochschule beherrscht, um Passfähigkeit im Habitus der Studierenden. Auch wenn gehobene Bildung nicht mehr den oberen Milieus allein vorbehalten ist, haben sich deren Leitbilder und Vorstellungen vom Studium doch behaupten können und ist die Hochschule nach wie vor nicht der Ort, der für die Kinder von Handwerkern und Bauern gemacht ist.

BildungsaufsteigerInnen können sich an der Hochschule in der Regel nicht wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser fühlen. Die Bildungstradition, die ihnen fehlt, lässt sich nicht ohne weiteres ersetzen. Das Studium bedeutet für sie, dass sie Akkulturationsanstrengungen unternehmen müssen, was ihnen in unterschiedlicher Weise und oft erst in einem sehr langwierigen und schwierigen Prozess gelingt (vgl. Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2004). Die Umstellung beschränkt sich dabei nicht auf das unmittelbare Studium, sondern betrifft häufig die ganze Lebensweise und bringt die BildungsaufsteigerInnen nicht zuletzt in Konflikte mit ihrem Herkunftsmilieu. Diese Konflikte sind umso ausgeprägter, je weiter sich BildungsaufsteigerInnen von ihrer sozialen Herkunft entfernen. Problematisch ist die Situation besonders auch dann, wenn die BildungsaufsteigerInnen während des Studiums im elterlichen Haushalt wohnen, was bei Studierenden aus niedrigen Herkunftsgruppen

vergleichsweise häufig der Fall ist (vgl. Is-serstedt u.a. 2010, S.410). Die Konfrontation zweier Welten, in denen diese Studierenden oft leben, ist täglich präsent und bindet damit auch täglich Energien und Zeit.

Akkulturation bedeutet Verunsicherung. Die gesamte Lebensweise, die Art sich zu geben, das Bildungsverständnis, die Vorstellungen vom Leben, die Sprache, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten – das alles steht zur Disposition und muss selbstkritisch überprüft werden. Und Akkulturation kostet Zeit, die sich in einer Verlängerung des Studiums niederschlagen kann oder auch in einer „Selbsteliminierung“, wie Bourdieu und Passeron (1971) den Studienabbruch genannt haben, der scheinbar freiwillig geschieht, weil er nicht in unmittelbarem Zusammenhang damit steht, eine Prüfung nicht bestanden zu haben.

Bourdieu und Passeron haben Anfang der 1960er Jahre die Mechanismen sozialer Privilegierung und Benachteiligung an den französischen Hochschulen untersucht. Die Abdrängung der Nachkommen aus den „unteren und mittleren Klassen“ sowie insbesondere der Frauen auf die weniger renommierten geistes- und naturwissenschaftlichen Fakultäten, die Verlängerung des Studiums und die Unsicherheit im Studiengang interpretieren die Autoren als verborgene Formen, „in denen sich die Ungleichheit der Bildungschancen manifestiert“ (ebd., S.20). Verschleiert werden diese Selektionsmechanismen unter anderem mithilfe der Begabungsideologie. Sie schreibt Erfolge und Misserfolge der individuellen Begabung oder Persönlichkeit zu, die „in Wirklichkeit von frühzeitigen Orientierungen abhängig sind, die unweigerlich durch das familiäre Milieu bestimmt werden“ (ebd., S.31).

Die Selektionsmechanismen der Verunsicherung, Verlängerung und der Abdrängung auf bestimmte Fächergruppen lassen sich an

auch deutschen Hochschulen nachweisen – und zwar bis heute. Die Sozialwissenschaften beispielsweise wurden in den 1990er Jahren als häufiges Ziel von „volatilen“ Studienentscheidungen identifiziert (Schnitzer u.a. 1998, S.294). Auffällig war dabei die gleichzeitige „Überrepräsentanz bildungsferner Schichten“ innerhalb dieser Fachrichtung, die verbunden war mit einem hohen Anteil an Langzeitstudierenden (Schnitzer u.a. 2001, S.113). Die Abbruchquote in den Studienbereichen Sozialwissenschaften und Sozialwesen lag bei 42% (vgl. Heublein u.a. 2002, S.28).

Die Zusammenhänge zwischen der sozialen Herkunft und der Studienfachwahl zeigen sich auch in den aktuellen Zahlen. Sie bestätigen, dass Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ nach wie vor häufig sozialwissenschaftliche Fächer wählen. So kommen im Sozialwesen und in der Sonderpädagogik 23% der Studierenden aus der niedrigen Herkunftsgruppe (vgl. Isserstedt u.a. 2010, S.134ff).

Im Blick auf den Studienabbruch deuten die Zahlen bei Heublein u.a. (2009) zwar auf eine insgesamt abnehmende Tendenz. Dabei ist die Studienabbruchquote an den Universitäten im Vergleich der Absolventenjahrgänge 2004 und 2006 um vier Prozent gesunken, vermutlich infolge der Bachelorstudiengänge. Aufgrund der unterschiedlichen Zeitpunkte, an den die Hochschulen zum Bachelor übergegangen sind, wird sich allerdings erst in den kommenden Jahren sicher sagen lassen, ob es sich hier um eine dauerhaft positive Wirkung der Studiengangsreformen handelt. Zudem zeigen sich fachspezifisch unterschiedliche Auswirkungen: während die Studienabbruchquote in sprach-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern im Bachelorstudiengang deutlich geringer ausfällt als in den herkömmlichen Studiengängen, verzeichnen beispielsweise die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vor allem an den Fachhochschule anhaltend

hohe und im Kontext der Fachkräftediskussion besonders unerfreuliche Abbruchquoten.

Zeitknappheit und Betreuungsmängel verschärfen die Selektion im Bachelor

Bildung erfordert Zeit. Dies gilt erst Recht für BildungsaufsteigerInnen. Ihre Umstellung auf kulturelles Kapital und Akkulturation braucht, so Bourdieu (1982, S.237ff), „Zeit um zu begreifen“. Dabei scheint der Bachelor auf die Voraussetzungen der Studierenden verschiedener Herkunft noch weniger Rücksicht zu nehmen als es in den bisherigen Studiengängen der Fall war. Die inhaltliche Überforderung, die Studienabbrecher als ein wesentliches Motiv ihres Studienabbruchs angeben (vgl. Heublein u.a. 2009), hängt auch zusammen mit der Kürze des Studiums. Sie lässt wenig Spielraum, sich nach und nach das Erforderliche noch anzueignen und so eventuelle Rückstände aufzuholen. Hinzu kommt, dass schwierige Prüfungen häufig in einer frühen Studienphase platziert werden, in der die Orientierung an der Hochschule insbesondere für Studierende ohne akademische Vorbilder in den Familien längst nicht abgeschlossen ist.

Die Studierenden im Bachelor haben keine Zeit zu verlieren. Sie sind deshalb auf eine kompetente und ausreichende Betreuung im Studium stärker angewiesen als die Studierenden der herkömmlichen Studiengänge. Mängel in der Betreuung sind ein wesentliches Motiv dafür, ein Studium abzubrechen (vgl. ebd.). Gerade die Studierenden aus mittleren und unteren Milieus formulieren Erwartungen an die Lehrenden, die stärker auf Anleitung und Betreuung zielen (vgl. Lange-Vester 2007). Vor allem für die „Bildungsunsicheren“, deren Eltern – und oft auch Geschwister – teilweise gering qualifiziert oder als Angelernte beschäftigt sind, bedeutet der Bachelor eine wenig aussichtsreiche Situation. Diese Gruppe erhofft sich von den Lehrenden eine gewisse Fürsorge und wünscht sich, von ihnen „an die Hand genommen“ zu

werden. Ganz anders erwarten Studierende der gehobenen Milieus, mit DozentInnen einen Austausch auf Augenhöhe zu führen (vgl. ebd.).

Weniger Zeit ist Zeit, die vor allem den Bildungsaufsteigern verloren geht und sie unter Druck setzt. Der Bachelor muss Möglichkeiten bieten, damit die Anforderungen, die er stellt, auch erfüllt werden können. Eine Option ist durchaus, die Regelstudienzeit auf acht Semester zu verlängern. Auf jeden Fall ist es notwendig, die Betreuung im Studium zu intensivieren und ihre Qualität steigern. Es kann also nicht einfach darum gehen, kurzfristig zwar gut gemeinte, aber nicht hinreichend professionelle zusätzliche Tutorien einzurichten. Es muss stattdessen darum gehen, mit dieser Aufgabe didaktisch kompetentes Personal langfristig zu betrauen. Auf dieser Grundlage ist auch eine stärker milieugerechte Pädagogik auszubauen, die die Habitusmuster vor allem der unteren und mittleren Milieus kennt und die die Unterschiede der sozialen Herkunft zum zentralen Ausgangspunkt nimmt. Eine solche Pädagogik muss auch der überwiegend eher praktischen Orientierung von BildungsaufsteigerInnen entgegenkommen, ohne ihnen Bildungsmotive und intellektuelle Fähigkeiten abzusprechen. Wesentlich ist hier also auch, Kompetenzen zu enthierarchisieren (vgl. Bremer 2007, S.269ff). Im Blick auf die unteren Herkunftsgruppen schließlich muss milieugerechte Pädagogik unter anderem fest einplanen, dass Lehrende auch von sich aus auf Studierende individuell zugehen. Würde der Qualitätspakt Lehre, für den der Bund von 2011 bis 2020 zwei Milliarden Euro bereitstellt, zur Entwicklung von milieugerechten Lehr- und Betreuungskonzepten eingesetzt werden, wäre das ganz sicher eine sinnvolle Investition. ■

☞ Dr. Andrea Lange-Vester vertritt eine Professur an der Fakultät für Pädagogik der Universität der Bundeswehr München.

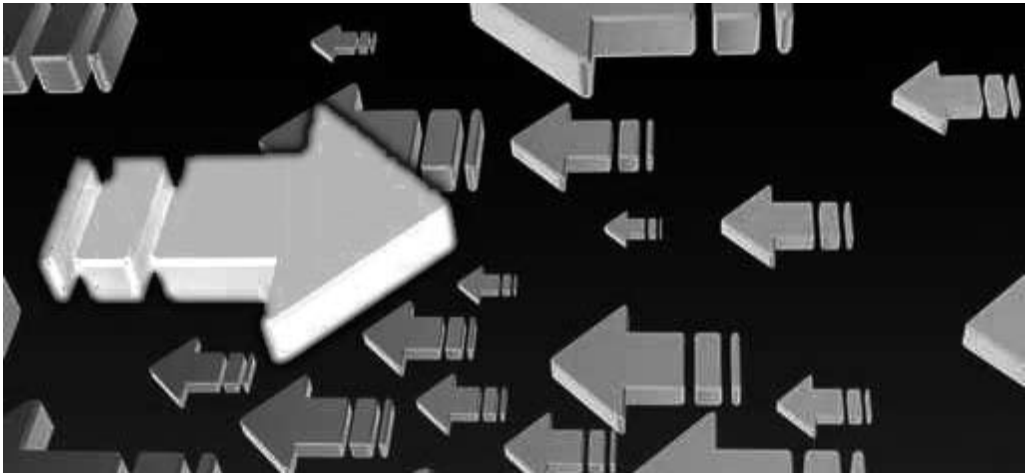
Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Ausgewählte Ergebnisse. Bonn, Berlin.
- Bourdieu, P. (1982), Die feinen Unterschiede. Frankfurt/Main.
- Bourdieu, P./Passeron, J.-C. (1971), Die Illusion der Chancengleichheit. Stuttgart.
- Bremer, H. (2007), Soziale Milieus, Habitus und Lernen. Weinheim und München.
- Dobischat, R. (2010), „weit entfernt von sozial offenen Hochschulen“. URL: http://www.studentenwerke.de/pdf/Statement_Dobischat19SE.pdf (Zugriff am 1.12.2010)
- Heublein, U./Schmelzer, R./Spangenberg, H./Sommer, D. (2002), Studienabbruchstudie 2002. Die Studienabbrecherquoten in den Fächergruppen und Studienbereichen der Universitäten und Fachhochschulen. HIS Hochschul-Informationssystem GmbH. Hannover.
- Heublein, U./Hutzsch, C./Schreiber, J./Sommer, D./Besuch, G. (2009), Ursachen des Studienabbruchs in Bachelor- und in herkömmlichen Studiengängen. Hannover: HIS Projektbericht.
- Isserstedt, W./Middendorff, E./Kandulla, M./Borchert, L./Leszczensky, M. (2010), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem.
- Lange-Vester, A. (2007), Neue Bildungsmilieus an den Universitäten. Das Beispiel der Studierenden in den Sozialwissenschaften. In: Gesellschaft.Wirtschaft.Politik – GWP Heft 1-07. Leverkusen, S.75-88.
- Lange-Vester, A./Teiwes-Kügler, C. (2004), Soziale Ungleichheiten und Konfliktlinien im studentischen Feld. Empirische Ergebnisse zu Studierendenmilieus in den Sozialwissenschaften. In: Engler, S./Krais, B. (Hrsg.), a.a.O., S.159-187.
- Schnitzer, K./Isserstedt, W./Müßig-Trapp, P./Schreiber, J. (1998), Das soziale Bild der Studentenschaft in Deutschland. 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, hg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn.
- Schnitzer, K./Isserstedt, W./Middendorff, E. (2001), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000. 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, hg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn.
- Vester, M. (2004), Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland. In: Engler, S./Krais, B. (Hrsg.), Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Weinheim und München, S.13-53.

Bedingungen und Möglichkeiten kritischer Wissenschaft¹

von Ulrich Brand

Foto: www.fotolia.com, ©



Ob wir die aktuelle Konstellation als Postfordismus, Neoliberalismus, Wissensgesellschaft oder anders bezeichnen und wie wir die aktuelle Krise auch einschätzen: Wir erleben eine enorme Aufwertung von empirisch-wissenschaftlichem und technologischem, insbesondere ökonomisch verwertbarem Wissen, die einhergeht mit der Ent- oder Abwertung anderer Wissensformen wie etwa des Erfahrungswissens oder auch von Reflexivität. Das hat Auswirkungen auf die institutionellen Formen wie Inhalte der Wissensproduktion.

Dazu kommt, dass das Wissenschaftssystem systematisch umgebaut wird. Hinter dem Leitbild eines „Europas des Wissens“ steht das Ziel, die EU zum weltweit wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Raum zu machen. Dieses Projekt wird von den meisten gesellschaftlichen Kräften getragen. In Forschung und Lehre an den Hochschulen nimmt damit die Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit zu; das

was Torsten Bultmann die „standortgerechte Dienstleistungshochschule“ nennt. Dies betrifft vor allem die Natur- und Technikwissenschaften, aber auch die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften, allen voran die (Betriebs-)Wirtschaftswissenschaften. Hier spielen Kennzahlen wie eingeworbene Drittmittel, die Anzahl guter und sehr guter Studierender, Publikationen, impact-Faktoren u.a. eine Rolle. Dabei gibt es weiterhin große Unterschiede in den wissenschaftlichen Kulturen – das angelsächsische System als „Vorbild“ dieses Prozesses hat naturgemäß weniger Anpassungsbedarf – und politisch-institutionellen Settings.

Angesichts der „rankings mania“, so Bruno Frey in einer pointierten Analyse vom Oktober 2010, gehe es immer weniger um inhaltliche Substanz, sondern um einen quantitativ messbaren Output, nämlich Zitationen, mit dem eine Qualitätsvermutung einhergeht. Diese Messungen haben Auswirkungen auf Berufungen, Forschungsgelder und die Evaluation von wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Arbeitsteilung im wissenschaftlichen Pro-

¹ Christoph Görg, Daniel Fuchs, Juliane Hammermeister, Helmut Kramer, Eva Kreisky, Hanna Lichtenberger, Gerd Steffens, Heinz Steinert und Markus Wissen danke ich für wichtige und anregende Hinweise, die ich längst nicht alle berücksichtigen konnte.

duktionsprozess – Frey argumentiert vor dem Hintergrund der Wirtschaftswissenschaften – führe dazu, dass die genannten AutorInnen eines Textes gar keinen Überblick mehr darüber haben, was sie eigentlich publizieren. Und der verschärfte globale wissenschaftliche Wettbewerb erzeuge einen hohen Publikationsdruck, was Rückwirkungen auf die Wahl des Forschungsgegenstandes hat: Er muss rasch bearbeitbar und publizierbar sein, es wird auf bestehende Daten zurückgegriffen und jüngere WissenschaftlerInnen werden ganz taktisch zur Zusammenarbeit mit Etablierten angehalten, damit sie eher in hochrangigen Zeitschriften publizieren können.

Mindestens genauso wichtig wie diese innerwissenschaftliche Tendenz ist jedoch die gesellschaftliche. Obwohl es zu einer Aufwertung von (verwertbarem) Wissen und in den Natur- und Technikwissenschaften zu beeindruckenden (teilweise kaum mehr kontrollierbaren) Innovationen kommt, geht das nicht unbedingt mit einer höheren Reflexionsfähigkeit der Gesellschaft über ihre vielfach problematischen Entwicklungen einher. Politikwissenschaft wird zunehmend zu Politik- und Kommunikationsberatung. Gleichzeitig nehmen Prozesse der sozialen Polarisierung, sozial-ökologische Probleme, ein Rückbau der Demokratie und vieles mehr auf nationaler, auf europäischer und auf internationaler Ebene zu.

Innerhalb dieser Konstellation, die zunehmenden gesellschaftlichen Probleme und das gar nicht oder selektiv expansive öffentliche Wissenschaftssystem, verschlechtern sich die Bedingungen kritischer Wissenschaft nochmals. Der Generationswechsel an den Hochschulen führte, trotz erfreulicher Ausnahmen, zu einem Rausdrängen kritischer Wissenschaft (häufig auch durch Umwidmung von Professuren), wobei die einzelnen Wissenschaftsfelder unterschiedlich strukturiert sind; in der Geographie, in der Geschlechterforschung oder in der Sozialen Arbeit scheinen derzeit

kritische WissenschaftlerInnen eher unterzukommen als in der Soziologie und Politikwissenschaft, von der Wirtschaftswissenschaft ganz zu schweigen.

Vor dem genannten gesellschaftlichen und wissenschaftspolitischen Hintergrund sollen im Folgenden die Dilemma und Spielräume kritischer Wissenschaft beleuchtet werden. Dabei sei betont: Wissenschaftliche Praxis – und insbesondere die kritische – erschöpft sich nicht in akademischer und öffentlich finanzierter Tätigkeit. Wissenschaft wird in Unternehmen, aber auch an Forschungsinstituten, in Verbänden, staatlichen Stellen, politischen Stiftungen, NGOs, in Netzwerken sozialer Bewegungen und anderen Formen betrieben oder von Menschen und Kollektiven, die sich materiell anderweitig reproduzieren, außerhalb oder nur lose verbunden mit dieser Reproduktionsarbeit.

Kritische Wissenschaft

Es bedarf der stetigen Auseinandersetzung darüber, was die inhaltlichen und organisatorischen Ansprüche an kritische Wissenschaft sind. Kritik ist keine fixe Wahrheit, sondern ein Modus von Denken und Handeln, bei dem es neben Reflexivität auch um inhaltlich verbindliches Wissen geht (und kann m.E. nicht auf (neo-)marxistische Paradigmen enggeführt werden und insbesondere die Geschlechterforschung hat kritische Impulse gegeben). Ich möchte nur einige Aspekte nennen, also ein (Selbst-)Verständnis skizzieren, das wahrscheinlich nicht von allen geteilt wird und das selbstredend in der Praxis schwierig zu realisieren ist.

Kritische Wissenschaft steht nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist Teil von ihr, sie erforscht Probleme und ihre Ursachen, bietet kritische Reflexionsmöglichkeiten bestehender und alternativer Gestaltungsformen oder macht selbst Vorschläge für Alternativen und trägt so zu gesellschaftlicher Entwicklung bei.

Sie ist problemorientierte Wissenschaft, und dies umso mehr angesichts der sich anhäufenden Probleme und krisenhaften Entwicklungen, aber nicht unbedingt problem-lösungsorientiert. Das impliziert die Frage, wie in den konkreten theoretischen und empirischen Arbeiten und in der Forschungs-kooperation die vielfältigen Probleme in gesellschaftlichen Zusammenhängen gedacht und erforscht werden können. Denn die analytische Parzellierung in der Wissenschaft und das Ausblenden von Problemursachen ist ja selbst ein Herrschaftsmodus, der mit Anerkennung, Mitteln, Stellen, Nachwuchsförderung einhergeht und mit vielen gesellschaftlichen Interessen kompatibel ist.

Gegen den Formalismus vieler Main-stream-Ansätze versucht kritische Wissen-schaft die historischen Gewordenheiten und Erfahrungen in den Blick zu nehmen; versucht sich auch und gerade wegen des Zusammen-hangs der vielfältigen gesellschaftlichen Pro-bleme und ihrer Komplexität inter- und trans-disziplinär. Sie intendiert, für neue Probleme und Perspektiven offen zu bleiben (aktuell etwa im Bereich Migration und postkolonialer Ansätze). Dazu bedarf es einer Reflexion und Fortentwicklung der Begriffe, Theorien und Methoden, mit denen wir arbeiten. In diesem Sinne ist kritische Wissenschaft immer auch Wissenschafts(selbst-)kritik.

Kritische Wissenschaft ist, das macht sie vielen so verdächtig, herrschaftskritisch und nonkonformistisch. Sie ist, in welch gebro-chener Form auch immer, dem gesellschaft-lichen Projekt von Mündigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung verpflichtet, also der Schaffung von Verhältnissen, in dem gemäß der gesellschaftlichen Möglichkeiten die Be-dürfnisse aller befriedigt werden. In diesem Sinne ist sie keine Ordnungs-, sondern Be-freiungswissenschaft. Und sie erforscht – in Zeiten der sozial-ökologischen Krise notwen-diger als je zuvor – nicht nur die Produktivität und Destruktivität der herrschenden Lebens-

weisen, sondern auch die Möglichkeiten ihres grundlegenden Umbaus.

Ein anderer Aspekt, der kritische Wissen-schaft dem Mainstream verdächtig macht, ist die kritisch-solidarische Bezugnahme auf vom Anspruch her progressive gesellschaft-liche und politische Akteure. Das geht einher mit einer Bezugnahme auf marginalisiertes und herrschaftskritisches Alltagswissen. Da-mit will kritische Wissenschaft auch einen Beitrag leisten, um die oft frustrierenden Er-fahrungen von herrschaftskritischen Praxen zu reflektieren.

Schließlich: Kritische Wissenschaft bean-sprucht, die Bedingungen, unter denen wis-senschaftlich gearbeitet wird, zu berücksich-tigen und gegebenenfalls zu verändern. Denn Wissenschaft und handelnde Wissenschaftle-rInnen sind Teil einer herrschaftlichen gesell-schaftlichen Arbeitsteilung zwischen Hand- und Kopfarbeit.

Die Skizze soll andeuten, dass kritische Wis-senschaft nicht auf breite innerwissenschaft-liche oder gesellschaftliche Anerkennung setzen kann. Das ist eine anzuerkennende Konstellation, in der Strategien entwickelt und Auseinandersetzungen geführt werden müssen, zumal es ja keine klar umrissene „kritische Wissenschafts-Community“ gibt. Kenntnis und Reflexion des Handlungster-rains können dabei helfen.

Erfahrungen I: wissenschaftliches Publizieren

Es geht bei den Publikationen um einen vermeintlichen „Goldstandard“, wie es ein Kol-lege treffend formuliert hat, und der heißt Pu-blizieren in wissenschaftlichen Zeitschriften, die im Sozial Science Citation Index geführt werden. Die weitgehend unreflektierte Fo-kussierung auf begutachtete, vorzugsweise englischsprachige und möglichst „highly ran-ked“ Zeitschriften mit einem kompliziert er-mittelten hohen „impact factor“ soll wissen-

schaftliche Praxis orientieren. Es geht – und das sollte kritische Wissenschaft wirklich sorgen – zu Lasten von Inhalten. Und es führt zu einer Abwertung anderer, wissenschaftlich valider Publikationspraxen.

Damit ist „ranking mania“ aber eine Machttechnik der Wissenschaftsverwaltung und eine Anpassung an den akademischen Mainstream, da eben die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse neben der „scientific community“ in einer breiteren Öffentlichkeit in politisch-aufklärerischer Absicht kaum interessiert. Wenn es dann zu Vergleichen kommt – etwa bei Stellenbesetzungen oder Drittmittelanträgen – schneiden kritische WissenschaftlerInnen oft schlechter ab. Die Zeitschriften-Rankings sind zudem eine Machttechnik der angelsächsischen Hochschulen und Zeitschriftenverlage, die damit ihre Vormachtstellung über wissenschaftliche Anerkennungsverhältnisse und Praxen untermauern. Und sie sind die Existenzbedingung der meist kostenpflichtigen Ranking-Agenturen selbst. Kritische Wissenschaft und Gesellschaftskritik sind möglich, müssen sich jedoch einer bestimmten Form anpassen und verlieren dadurch gesellschaftspolitische Relevanz.

Und schließlich entspricht der aktuelle Trend stark dem Bedürfnis der Wissenschaftsverwaltungen, zu quantifizieren. Davon zeugt der Begriff der „Wissensbilanz“, die dann gleich von der Verwaltung auf Nützliches und Unnützes oder allenfalls Akzeptiertes (solange das Nützliche erbracht wird) geschmälet wird. Was an Publikationen und Zitationen gezählt wird, sind eben nur Beiträge in Zeitschriften. Auch Publikationen in wissenschaftlichen Sammelbänden oder gar Bücher spielen keine Rolle. Es scheint so, als wenn alles der Arbeit für einen besseren Platz im Universitäts-ranking untergeordnet wird.

Eine kritische wissenschaftliche Publikationspraxis muss sich zunächst dieser Mechanismen bewusst sein, die Machttechniken als

solche begreifen und dann reflexiv mit ihnen umgehen. Um das deutlich zu sagen: Das Publizieren in englischsprachigen Zeitschriften ist für mich selbst mit meinen Ansprüchen wichtig. Ich rezipiere internationale Diskussionen, kooperiere mit WissenschaftlerInnen, die nicht Deutsch lesen, und möchte, dass die interessierten KollegInnen meine Texte lesen können. Der zusätzliche, insgesamt lohnende Aufwand besteht darin, die Texte in englischer Sprache zu schreiben oder zu übersetzen. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum sich alle WissenschaftlerInnen dieser einen Praxis unterwerfen sollen, um (potenziell) institutionell abgesichert arbeiten zu können. Zumal in einer Fremdsprache Differenziertheit und Genauigkeit der Argumentation schwieriger zu erreichen sind.

Doch neben diesem exemplarisch skizzierten Feld der Publikationen ändert sich der Kontext auf allgemeinere Art und Weise. Wir erleben, wie in der gesamten Gesellschaft, eine enorme Beschleunigung sozialer Entwicklungen und auch kollektiven wie individuellen Handelns (am deutlichsten wird das beim Verfassen von Anträgen für größere Forschungsprojekte, bei denen meist keine Zeit mehr ist inhaltlich zu diskutieren). Das ist zunächst nicht gut für kritische Wissenschaft, die ja auch Nachdenken und Umwege impliziert.

Der enorme Zeitdruck und die objektive wie selbst verursachte Selbstüberforderung ist die alltägliche Reproduktion der Beschleunigung, die eben kritische Wissenschaft als gerne gelebte Praxis schwierig oder sogar unmöglich macht.

Es fehlen zudem immer wieder Zeit und Raum, um die Entwicklungen zu reflektieren und entsprechende Strategien zu entwickeln. Das betrifft sowohl das direkte Umfeld, die Universität, die kritischen WissenschaftlerInnen in Wien, wie auch die überregionalen Netzwerke wie etwa die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Ein anderes Problem besteht darin, dass akademische und damit auch die kritische akademische Wissenschaft heute strukturell in ihrer Beschleunigung und den ja nicht zu leugnenden Anforderungen mehr denn je Probleme hat, sich auf andere (wissenschaftliche wie nicht-wissenschaftliche) Wissensformen einzulassen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Die systematische Abwertung anderer Wissensformen und -inhalte wird implizit mitgetragen.

Erfahrung II: Lehr-Lern-Verhältnisse²

An den Hochschulen wird weiterhin ein verbindlicher Wissenskanon (der ja nicht nur aus kritischem Wissen besteht) vermittelt und weiterentwickelt. Daher bleiben die Hochschulen ein wichtiges Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Eine der größten Pressionen der aktuellen Entwicklungen ist die systematische Abwertung von Lehre. Die postulierten wissenschaftlichen Prioritäten werden, entgegen der alltäglichen Praxis, auf die Forschung gesetzt. In der Berufungspolitik spielt Lehre weiterhin eine deutlich untergeordnete Rolle.

Dazu kommen organisatorische Neuerungen wie die Bologna-induzierte Modularisierung der Lehre. Diese geht zweifellos mit einer Gefahr der Verschulung und Verflachung von Prozessen der Wissensaneignung einher, da für produktive Umwege und intellektuelle Suchprozesse die Zeit fehlt. Die Vermittlung schematisierten Wissens nimmt tendenziell zu und Wissenserwerb wird in ein Schema von Warenangebot und Nachfrage und Messbarkeit in ECTS-Punkte gepresst. Gesellschaftspolitisches Engagement neben dem Studium wird von immer mehr Studierenden als störend empfunden. Andererseits bietet die Restrukturierung – wenn reflektiert umgesetzt

– auch die Chance einer größeren Motivation gerade der Studierenden mit anfangs weniger Motivation und weniger guten Studienbedingungen, wenn das Studium anfangs etwas strukturierter vonstatten geht. Wichtig wird es werden, dass Lehre wirklich ausfinanziert ist und dass die Bachelor- und Masterstrukturen zeitlich geöffnet werden, also auch länger als vorgegeben studiert werden kann. Ein Großteil der Studierenden muss Lohnarbeiten und es gibt eine wachsende Zahl von Teilzeitstudierenden, die offenbar der Hochschulverwaltung ein Dorn im Auge, aber oft besonders motivierte und interessante Studierende sind.

Ein für mich motivierendes Leitbild in den Lehr-Lern-Verhältnissen ist jenes, an den Universitäten Menschen zu „nonkonformistischen Intellektuellen“ (nochmal Max Horkheimer) (aus)zubilden, sie also in einem angeleiteten und dennoch möglichst selbstbestimmten Studium in die Lage zu versetzen, in ihren konkreten Praxen auch außerhalb der Universitäten – und das betrifft ja die allermeisten der Studierenden – jeweils kritisch reflektierend agieren zu können. Dafür sind aber die vorherrschenden Lehrformen, Seminargrößen und Modularisierung in der Tat oft ungeeignet, die Erfahrungen müssen aufgearbeitet, die Formen verändert werden (was ja mitunter bereits geschieht). Am Wiener Institut für Politikwissenschaft haben einzelne ProfessorInnen über 30 DiplomandInnen, was nur ein Indikator für die Unterfinanzierung ist.

Dabei ist gerade aus einer herrschaftskritisch-emanzipatorischen Perspektive weiterhin und gegen alle gesellschaftlichen Bilder von der „Überschwemmung“ der Universitäten und den vielen „StudienabbrecherInnen“ darauf zu insistieren, dass (Hochschul-)Bildung nicht nur für die Individuen selbst wichtig ist oder zumindest sein kann, sondern auch für die Absicherung oder Veränderung der Sozialstruktur, dass im Zugang zum Bildungssystem wie auch in den Inhalten von Bildung über praktische Gesellschaftsveränderung in

² Aus Platzmangel bleiben die wichtigen Bereiche der Nachwuchsförderung und der in Österreich sehr wichtigen externen Lehrenden unbehandelt.

die eine oder andere Richtung mit entschieden wird. Das zeigt sich in der Diskussion um Studiengebühren wie auch um die Begrenzung des Hochschulzugangs, der in Ländern mit derart konservativen Bildungssystemen wie in Deutschland oder Österreich sehr selektiv wirkt bzw. wirken würde. Insofern sind die steigenden Studierendenzahlen erfreulich, auch wenn „die“ Studierenden keineswegs idealisiert werden sollten und die gesellschaftlichen Norm- und individuellen Aufstiegsvorstellungen wichtig sind. Entscheidend ist jedoch, den Studierenden nicht-repressiv die Möglichkeit zur Reflexion darüber zu geben, ob sie überhaupt und genau dieses Fach studieren wollen und ob es Sinn macht, selbstbewusst und begründet eine Studienrichtung oder ein Studium zu beenden. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung der Lehre, um die konkret gerungen werden muss. Es stellt sich immer wieder die Frage, welche die kritische Pädagogik umtreibt, inwieweit Lernprozesse

hin zu kritischem Denken und Arbeiten überhaupt planbar sind und inwieweit nicht die disziplinierenden Aspekte überwiegen (sei es im Hinblick auf generelle bürgerliche Normen oder zeitlich spezifischer auf neoliberale). Eine aus meiner Sicht aktuelle und dringende Aufgabe kritischer Wissenschaft besteht daher darin, den Erfahrungsaustausch zwischen Lehrenden und mit Studierenden über geeignete Lehr-Lernverhältnisse, für die es ja kein Patentrezept gibt, und verbindliche Inhalte in den je spezifischen Fächern zu fördern. Das geschieht teilweise – insbesondere während und in der Folge von Protesten – und sollte auch über die eigene Institution hinaus geschehen.

Erfahrung III: Infrastrukturarbeit

Eine Praxis, die im üblichen Forschungs-Lehre-Panorama oft untergeht, erachte ich als wichtig für kritische Wissenschaft und ich nenne sie behelfsmäßig Infrastrukturarbeit.

neu bei edition sigma

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Richard Hauser
Die Verteilung der Vermögen in Deutschland
 Empirische Analysen für Personen und Haushalte

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung,
 Bd. 118 Berlin: edition sigma 2010
 237 S., kt., ISBN 978-3-8360-8718-6 € 16,90

Die Nettovermögen sind viel ungleichmäßiger verteilt als die Nettoeinkommen. In den letzten Jahren hat die Ungleichheit der Vermögensverteilung noch weiter zugenommen. Dies ergeben die beiden Vermögenserhebungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) von 2002 und 2007, auf deren Grundlage die Autoren in diesem Band eine Reihe von innovativen Analysen rund um die Vermögensverteilung präsentieren. Sie widmen sich u.a. der – erstaunlicherweise nicht sehr stringenten – Korrelation zwischen Nettoeinkommen und -vermögen, der langfristigen Entwicklung des Gesamtvermögens des Haushaltssektors mit den Auf- und Abstiegen in der Vermögenshierarchie sowie der Vermögensverteilung nach Bildungsstand, beruflicher Stellung und Migrationshintergrund. Indem die Untersuchung auch die rechtlichen Eigentümer erfasst, erlaubt sie einen Einblick in die geschlechtsspezifischen Vermögensverhältnisse – mit dem Ergebnis, dass Männer erwartungsgemäß deutlich vermögender sind als Frauen. Erstmals beziehen die Autoren auch die Anwartschaften an Renten und Pensionen in die erweiterte Vermögensrechnung ein. Das Anwartschaftsvermögen ist wesentlich weniger ungleich verteilt als das Geld-, Sach- und Beteiligungsvermögen; die Ungleichheit wird dadurch abgeschwächt, aber sie bleibt insgesamt eklatant. – Mit einem Vorwort von Sir Anthony Atkinson.



Damit ist in der Tat zunächst die oft zeitintensive Gestaltung des eigenen Arbeitsumfeldes gemeint, etwa das oft zähe Ringen um transparente Prozesse auch unter Bedingungen wenig demokratischer Verfasstheit. Dazu kommen Aufgaben im wissenschaftlichen Feld, bei denen immer wieder entschieden werden muss, ob sie übernommen werden sollen. In Fachverbänden und -gremien zu agieren, bei Zeitschriften mitzuarbeiten oder Schwerpunktheft herauszugeben, Workshops oder Kongresse auszurichten, Disserationsbetreuungen zu übernehmen u.v.m.

In diesem Bereich geht, soweit ich das überblicken kann, die kritische Wissenschafts-Community im deutschsprachigen Raum unkoordiniert vor. Natürlich ist nicht alles koordinierbar, die Zusammenhänge sind unübersichtlich und zuvorderst entlang der Fächer strukturiert. WissenschaftlerInnen haben in einzelnen Bereichen ihre mehr oder weniger gut entwickelten eigenen Strukturen. Dennoch könnte es in wichtigen Fragen zu mehr Erfahrungsaustausch, Verständigung und abgestimmtem Agieren kommen, wie etwa bei der Besetzung von Fachgremien

Infrastrukturarbeit wird auch wichtiger, weil Wissenschaft wahrscheinlich stärker als bisher in akademisch/nicht-akademischen Netzwerken stattfinden wird. Es ist Ausdruck sich verändernder Bedingungen. Immer mehr WissenschaftlerInnen arbeiten prekär, suchen aber Anbindung an die Universität als LektorInnen, für Drittmittelprojekte u.a. Dies ist produktiv, denn es schützt vor einem akademischen Tunnelblick und integriert andere Perspektiven und Erfahrungen in die wissenschaftliche Debatte. Zu diskutieren wären die Möglichkeiten sich verstetigender Diskussions- und sogar Arbeitszusammenhänge, welche gegen die Prekarisierung vieler WissenschaftlerInnen angehen könnten. Hier könnte ein Erfahrungsaustausch lohnen, aber auch ein gemeinsames Agieren gegen die Prekarisierung innerhalb der Wissen-

schaft (vgl. etwa das Templiner Manifest der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom September 2010; www.templiner-manifest.de).

Die Etablierung bzw. Aufrechterhaltung von akademisch/nicht-akademischen Netzwerken sollte gerade nicht nur den prekär Beschäftigten aufgebürdet werden. Netzwerke kritischer Wissenschaft und die Reflexion der eigenen Praxis können zudem davor bewahren, in bestimmte Fallen zu treten: das akademische Distinktionsspiel um der Distinktion willen mitzumachen, beim Mainstream um Anerkennung zu buhlen, aber auch den Kritikbegriff zu einer unhinterfragten und bequemen Selbstbezeichnung werden zu lassen.

Vermutung: Fehlende Aufbrüche

Kritische Wissenschaft hat in ihrer Dynamik wie andere gesellschaftliche Praxen auch damit etwas zu tun, ob die handelnden AkteurInnen den Eindruck haben, dass ihr Agieren im wissenschaftlichen Feld und auf die Gesellschaft bezogen einen Unterschied macht. Etwas emphatischer ausgedrückt: Ob „wir an uns glauben“. Den Eindruck habe ich, von vielen Ausnahmen abgesehen, für die kritische Wissenschaft insgesamt nicht. Die begonnenen und keineswegs einfachen Diskussionen darüber und was strategische Konsequenzen wären, etwa im Rahmen der AKG, sind abgebrochen.

Ich meine das nicht als voluntaristische Willensbekundung. Solch ein Handlungsdispositiv, demzufolge es um „etwas“ geht, lässt sich nicht herbei schreiben. Das ist ein komplexer Sachverhalt, der mit realistischen Einschätzungen von wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konstellationen und angemessenen Strategien, mit viel Aufwand und positiven Erfahrungen einhergeht. Fragen der Prekarisierung können hier nicht ausgeblendet werden, weshalb die Diskus-

sion nicht nur von materiell abgesicherten WissenschaftlerInnen geführt werden kann. Meiner Erfahrung nach werden solche Diskussionen aber kaum geführt und wenn sie begonnen werden, rasch mit dem Hinweis auf Kontexte und Früher verunmöglicht.

Ausblick

Viele Erfahrungen können angesichts des begrenzten Raums nicht ausgeführt werden. Etwa das Spiel mit dem Professorentitel in der Öffentlichkeit, um Dinge sagen zu können, die eben ProfessorIn sagen kann. Daran schließt sich die Frage an, ob mediale Präsenz geplant und forciert wird, was dann Grenzen sind, oder ob sie „nachfrageorientiert“ bleibt. Der Spagat zwischen akademischer Tätigkeit und solcher in und mit sozialen Bewegungen ist eine immer wieder zu reflektierende Erfahrung. Der Wert internationaler Kooperationen oder die höchst ambivalente Bedeutung von Drittmittelprojekten. Die m.E. dringend notwendige strukturierte Beratung für bzw. Erfahrungsaustausch mit jüngeren WissenschaftlerInnen, was immer noch zu sehr den Geschmack von Karrierismus hat.

Daher nur einige kurze Bemerkungen zum Schluss: Die jüngsten Veränderungen bewirken, dass die Entwicklung und Weitergabe kritischen Wissens mit dem aktuellen Generationswechsel stark geschwächt wurde. Daher werden außerakademische Orte wichtiger. Zweitens benötigen wir mehr Diskussionen darüber, was wissenschaftspolitisches Engagement jenseits von Aufrufen heute bedeutet und welches Potenzial brach liegt. Welche Zugänge gibt es in Parteien und staatliche Institutionen, welche anderen Ansprech- und BündnispartnerInnen? Wie kann eine breite gesellschaftliche Debatte über kritische Wissenschaft, ihre Formen und Inhalte, gefördert werden? Und auch hier: Wie können Verknüpfungen zwischen kritischer Wissenschaft und anderen kritischen gesellschaftlichen Akteuren gestärkt werden?

Denn emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung, eine der Triebfedern kritischer Wissenschaft, geschieht ja notwendig in breiten Bündnissen. Ein Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Akteuren und kritischer Wissenschaft kann darin bestehen, dass Letztere dazu beitragen kann, die vielfältigen latenten und vor allem manifesten Konflikte in einen Zusammenhang zu stellen, da ja die den Konflikten zugrunde liegenden gesellschaftlichen Dynamiken, Probleme und Krisen meist nicht unmittelbar zugänglich sind. Man könnte das als wissenschaftlichen Beitrag zu einem „Strukturwissens emanzipatorischen Handelns“ bezeichnen. Damit ist natürlich nicht alles „gewusst“, sondern Kontingenzen, abrupte Politisierungen und die Notwendigkeit konkreter Strategien bleiben bestehen.

Und schließlich fehlt es m.E. an einem Ort, an dem sich all jene austauschen, die sich einer heterogenen und immer wieder zu bestimmenden kritischen Wissenschaft zuordnen. Es fehlt ein ganz „klassischer“, in den gebotenen Abständen stattfindender, gut organisierter Kongress im deutschsprachigen Raum, bei dem WissenschaftlerInnen aus den unterschiedlichsten Disziplinen ihre Arbeiten den interessierten KollegInnen präsentieren, mit ihnen diskutieren, sich kennen- und schätzen lernen und sich über solch einen Kongress hinaus in kleinerem oder größeren Rahmen austauschen. Solch ein Kongress sollte auch einen allgemeinen Rahmen bieten, um sich über allgemeine Anliegen und Probleme kritischer Wissenschaft auszutauschen. Solch einen Kongress sollten wir für 2012 ins Auge fassen. ■

☞ Ulrich Brand lehrt und forscht im Bereich Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Das nationale Stipendiengesetz verschärft die soziale Benachteiligung

Interview mit Edelgard Bulmahn



↳ Edelgard Bulmahn, geb. 1951, Mitglied des Deutschen Bundestag seit 1987, Bundesministerin für Bildung und Forschung von 1998-2005, verantwortlich für wichtige Reformen wie dem Ganztagschulprogramm, der Juniorprofessur, der Exzellenzinitiative oder der Gründung der Helmholtz-Gemeinschaft.

Foto: privat

spw: In Deutschland werden 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildungsangebote aufgewendet, das sind 1,2 % unter dem OECD Durchschnitt. Der Bildungsbereich insgesamt ist damit unterfinanziert, dies trifft auch auf die Hochschulen zu. Wie sollte dieser Unterfinanzierung begegnet werden und wie sind die Mittel dafür aufzubringen?

» **E.B.:** Bund und Länder haben sich auf das allgemeine Ziel verständigt, bis spätestens 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufzuwenden. Im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Bildung auf mindestens 13 Milliarden Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für den Bildungsanteil mindestens 40 Prozent oder 5,2 Milliarden Euro der prognostizierten Lücke zu tragen.

Der Bildungsfinanzbericht vom 01.12.2010 zeigt die bittere Wahrheit. Danach liegen die Bildungsausgaben Deutschlands 2007 bei 4,7%. Damit liegt Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5,7%. Auch bei der Betrachtung des Anteils der Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben liegt Deutschland mit 10,3% (1995=8,5%) deutlich unter dem OECD Durchschnitt von 13,3%.

Um die beiden Ziele Haushaltskonsolidierung und eine bessere Bildungsfinanzierung miteinander in Einklang zu bringen sind

Einnahmeverbesserungen unumgänglich. Ein Aufschlag auf den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen ist hier ein geeignetes und sozial gerechtes Mittel.

spw: Glauben Sie, dass die föderale Struktur der Bundesrepublik die zukünftige Entwicklung an den Hochschulen befördern kann?

» **E.B.:** Nein. Dem Bund sollten insgesamt mehr Finanzierungsmöglichkeiten für Hochschulen und eine eigenständige Kompetenz für die Hochschulpolitik in unserer Verfassung eingeräumt werden. Nicht nur für die Forschung, auch für die Lehre, um z.B. die Betreuungsrelationen zu verbessern.

spw: Wir erleben gerade den Ausbau des Stipendiensystems für Studierende, dieser Ausbau wurde – zum Teil auch von StipendiatInnen der Förderwerke – stark kritisiert. Die Kritiker betonen, dass hier insbesondere Studierende gefördert werden, die bereits jetzt zu den Gewinnern des Bildungssystems gehören. Die Befürworter argumentieren, dass es stärkere Leistungsanreize geben müsse. Wie stehen Sie dazu?

» **E.B.:** Ich fürchte, dass das Nationale Stipendiengesetz die Benachteiligung von Jugendlichen aus sozial benachteiligten

Schichten noch verschärft. Häufig sind Jugendliche aus bildungsbürgerlichen Schichten eloquenter und gewandter im Auftreten. Das alles hat zwar wenig mit Fachwissen und Leistungsfähigkeit zu tun, spielt aber bei Bewertungen der Person eine erhebliche Rolle. So werden Studierende mit Steuermitteln gefördert, deren Eltern die Förderung nicht benötigen – das ist Umverteilungspolitik nach oben. Es gibt einen zweiten Grund, warum ich das Stipendienprogramm für problematisch halte: Es ist ein Bürokratienprodukt.

Deshalb wurde das Programm von der Regierung auf extreme Sparflamme heruntergefahren. Statt 150 Mio. Euro wird der Bund nur noch 20 Mio. Euro im Jahr aufwenden. Statt 160.000 können rechnerisch höchstens noch 10.000 Studierende gefördert werden. Man könnte das Programm auch „Viel Lärm um nichts“ nennen.

spw: Nach einer kontroversen Debatte sind mit der jüngsten BAföG-Novelle u.a. die BAföG-Sätze und die Freibeträge für Eltern erhöht worden. Wie sehen Sie die aktuelle Ausrichtung des BAföG? Wie sollte eine zeitgemäße Förderung von Studierenden heute aussehen?

» **E.B.:** Eine gute Ausbildung ist für junge Menschen das Tor ins weitere Leben. Sie entscheidet über ihre berufliche und persönliche Zukunft. Jeder Mensch sollte deshalb die Chance auf gute Ausbildung haben. Auch diejenigen, denen keine goldene Kreditkarte in die Wiege gelegt wurde. Deshalb muss das BAföG weiter entwickelt werden. Man hätte vor allem die Freibeträge deutlich erhöhen müssen, um mehr jungen Menschen eine Studienförderung zu geben. Ich persönlich halte es für überfällig, dass wir in Deutschland ein Ausbildungsgeld in gleicher Höhe für alle Kinder, unter Einbeziehung des Kindergeldes und der Ausbildungsfreibeträge, und ein zusätzliches Stipendium a la BAföG einführen.

spw: Insbesondere die Gewerkschaften kritisieren, dass die Beschäftigungssituation an den Hochschulen sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. Einige Stimmen diagnostizieren für den Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus sogar eine schleichende Prekarisierung. Studien zeigen, dass viele – insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften – wissenschaftliche MitarbeiterInnen auf halben Stellen und befristet angestellt sind, jedoch Vollzeit arbeiten und dennoch viele ihre Promotion abbrechen. Wie beurteilen Sie die Situation der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an den Hochschulen?

» **E.B.:** Die Beschreibung ist nicht ganz falsch aber auch nicht ganz richtig. Das Statistische Bundesamt weist aus, dass 1995 9,2% der Teilzeitbeschäftigten mit weniger als einer halben Stelle des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals beschäftigt waren; 2005 lag der Anteil bei 7% und 2007 bei 13,3%. Mindestens eine 2/3 Stelle hatten 1995 10,5%, 2005 20,6% und 2007 18%. Man kann also nicht von einer generellen Verschlechterung in den letzten 10 Jahren sprechen, sondern eher von einem Auf und Ab. Auch bei der Relation unbefristeter wissenschaftlicher Mitarbeiter hat sich die Situation in der ersten Hälfte des Jahrzehnts nicht wirklich verschlechtert. So lag sie im Jahr 2000 bei 1:3,6 und im Jahr 2005 bei 1:3,9. Eine klare Verschlechterung gab es im Zeitraum 2005-2007, nämlich von 1:3,9 auf 1:5,1. (siehe Statistisches Bundesamt 2010). Das Hauptproblem sehe ich in der mangelhaften Perspektive, eine Dozentenstelle oder eine Professur zu erhalten. Es gilt diesen Flaschenhals zu überwinden.

Als Bundesministerin für Bildung und Forschung war es mein Ziel, die ausufernde Befristungspraxis in der Wissenschaft ohne jegliche Unterscheidung zwischen Qualifikation oder darüber hinausgehende Beschäftigung einzudämmen und wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in unbefris-

teten Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen. Hervorragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler müssen eine dauerhafte Perspektive erhalten. Dies trägt im übrigen auch zur Attraktivität der Hochschule bei, die in Konkurrenz zu anderen Forschungszentren weltweit steht. Aber auch unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sollte der wissenschaftliche Nachwuchs nicht über die zweite Lebenshälfte hinaus in unsicheren Arbeitsverhältnissen belassen werden.

Wir brauchen in Deutschland eine Stärkung der Position der Nachwuchswissenschaftler wie auch des Mittelbaus an den Hochschulen. Daher sollten die Universitäten und Fachhochschulen dem wissenschaftlichen Nachwuchs attraktive Perspektiven bieten. Ein wesentliches Element ist dabei der *tenure track*. Ich frage mich, warum er an deutschen Universitäten noch immer kein selbstverständlicher Karriereweg ist. Damit werden im Übrigen sowohl Lehre als auch Forschung gestärkt.

spw: Frau Bulmahn, Sie waren in der letzten Rot-Grünen Bundesregierung als Ministerin für den Bildungs- und Hochschulbereich verantwortlich für den Startschuss der so genannten Exzellenzinitiative. Zahlreiche KommentatorInnen, auch und gerade aus dem explizit linken, kritischen und liberalen Milieu, kritisieren die Initiative massiv. Befürchtet wird und wurde eine Spaltung der bundesrepublikanischen Hochschullandschaft, eine Differenzierung in gut ausgestattete, forschungsstarke „Exzellenzhochschulen“ auf der einen und weniger finanziellen Mitteln ausgestatteten, lehrorientierten Hochschulen. Wenn Sie zurück blicken, wie bewerten Sie die Initiative heute?

» **E.B.:** Die Exzellenzinitiative hat etwas geschafft, was kein Hochschulprogramm in den 20 Jahren zuvor geleistet hat. Durch sie wurde in den Hochschulen eine

Diskussion darüber in Gang gesetzt, wie die Hochschule sich entwickeln soll, wie Personalplanung stattfinden soll, wo die Hochschule ihre Schwerpunkte setzen soll, wie sie ihr Profil entwickeln will, wie sie Studierende besser anspricht, wie der Studienerfolg von Studierenden besser erreicht werden kann, wie die Zahl der Studienabbrecher verringert werden kann und wie eine gute, exzellente Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern betrieben werden kann.

Das alles gelingt nur, wenn diese Ziele in ein kohärentes Gesamtkonzept gebettet werden. In den Jahren zuvor wurden Einzelmaßnahmen verfolgt, aber kein Gesamtkonzept. Und genau das ist durch die Exzellenzinitiative gelungen. Ein zweites wichtiges Ergebnis ist die Vernetzung mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Also kurz gesagt, die Exzellenzinitiative hat eine ungeheure Dynamik entwickelt und hat zugleich alle Beteiligten in der Hochschule in diese Debatte einbezogen. Sie hat dazu geführt, dass die Ziele einer Hochschule transparent geworden sind. Es hat einen Wettbewerb und einen Diskurs darüber gegeben, welches die überzeugenden und weniger überzeugenden Konzepte sind. Bei den ausgewählten Hochschulen sind die Konzepte nicht gleich. Und das ist auch gut, weil die Hochschulen unterschiedliche Profile, unterschiedliche Stärken haben. Und deshalb ist es auch richtig, dass sich die Konzepte unterscheiden.

spw: Die Implementierung von kommunalen Bildungslandschaften steht gegenwärtig auf den politischen Tagesordnungen. Wenn von Bildungslandschaft gesprochen wird, sind das Zusammenspiel von Angeboten des formalen, also schulischen, und des non-formalen, also des nicht-schulischen Bildungssektors gemeint. Warum wird in diesen Diskussionen die Hochschullandschaft weitgehend ignoriert? Könnte nicht

auch sie Teil von kommunalen Bildungslandschaften sein?

» E.B.: Sicher sind sie auch ein Teil kommunaler Bildungslandschaften. Aber nicht ausschließlich. Der Einzugs- und Wirkungskreis einer Hochschule geht über die eigene Stadt oder Kommune hinaus. Das gilt besonders für Universitäten. Sie müssen sich international behaupten und Partnerschaften weltweit aufbauen. Hochschulen spielen in der Wissensgesellschaft eine zentrale Rolle. Sie generieren neues Wissen, sie sind Innovationsschmieden, die Anregungen und Ideen für die Zukunft produzieren. Sie sind Stätten einer hochqualifizierten Ausbildung und bereiten junge Menschen auf spätere Aufgaben vor, von denen die gesamte Gesellschaft profitieren soll. Und nicht zuletzt sind Hochschulen von wesentlicher Bedeutung für ihre Standorte. Hochschulen haben den großen Vorteil, dass sie qualifizierte Menschen in die Städte ziehen. Hochschulen geben zahllose Anstöße für das gesellschaftliche Leben und die Atmosphäre in einer Stadt. Innovationen und Diskussionen finden typischerweise nicht nur innerhalb der Hochschulen statt, sie geben auch Anstöße für die Umgebung. Deswegen profitieren Hochschulstädte ganz wesentlich von ihrer Existenz.

spw: Wissenschaft und Politik funktionieren nach unterschiedlichen Logiken. An den Berührungspunkten gibt es jedoch immer wieder Irritationen: Erkenntnisse der Wissenschaft werden nicht zur Kenntnis genommen, Studien werden instrumentalisiert. Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik? Wie kann muss Politikberatung aussehen, welche Gestalt braucht sie?

» E.B.: Zukunftsgestaltung des 21. Jahrhunderts, macht den ergebnisoffenen Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wichtiger denn je.

Heute wirken wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Entwicklung unmittelbarer und oft mit einer Wucht, die den Menschen kaum Zeit lässt, sich darauf einzustellen.

Die Politik muss also wissenschaftliche Analysen, Erkenntnisse und Entwicklungstendenzen kontinuierlich und frühzeitig in ihre Meinungsbildungsprozesse einbeziehen. Ein Diskurs bei wichtigen Fragestellungen ist daher notwendig, um möglichst fundierte und um die langfristigen Wirkungen wissende Entscheidungen treffen zu können. Sonst verliert Politik ihre Gestaltungsmöglichkeit.

Aber auch die Wissenschaft wird dem Anspruch, Wirkung zu entfalten und im besten Sinne aufklärerisch zu wirken nur gerecht, wenn sie sich diesen Diskurs aktiv betreibt..

Es muss auch Anliegen der Wissenschaft selbst sein, wissenschaftliche Politikberatung wahr zu nehmen, um differenzierte, wirtschaftliche, wissenschaftliche, berufsständige, regionale und andere Einzelinteressen zusammen zu führen und zu erfolgsversprechenden, mehrheitsfähigen Handlungsalternativen zu formen. ■

☞ Das Interview führten Holger Schoneville und Werner Thole.

Mein Wikileaks

von Tom Strohschneider

Mein Nachbar und ich sind noch nie in superengen Röhrenhosen auf dem Rennrad zu einem netzpolitischen Barcamp gefahren. Wir wissen nicht einmal, ob man da ohne Iphone überhaupt reingelassen wird. Und so richtig mitreden, wer weiß, könnten wir auch nicht. Was irgendwie peinlich wäre, wenn man so im Kreis herumsitzt und, zum Beispiel, über Enthüllungsplattformen diskutieren soll. Ich hätte zwar adventsgemäßes Wissen über Julian Assange zu bieten, dem die berühmten neapolitanischen Weihnachtskrippenkünstler jetzt eine eigene Figur gewidmet haben – mit holzgeschnitztem Laptop! Aber dann würde man uns bestimmt sehr ernst durch übertrieben große modische Brillen anschauen. Und ne, sagt mein Nachbar, das brauche er zu seinem nervigen 1.0-Leben nicht auch noch.

Doch dann passierte das mit der Frau aus der Dritten. Sie kam mir auf der Treppe entgegen und fing sofort an: Ob ich nicht auch der Meinung bin, dass es mindestens der zweitgrößte Skandal unserer Zeit ist, dass die alte Dampfmaschinensozialdemokratie das Netz nicht Ernst nimmt. „Auf ihrem Twitter-account“, redete sie auf mich ein, „da steht was von Fortschritt, aber internetmäßig, das sag ich Dir, ist die SPD bloß Rückfall.“ Ich wusste nicht, warum ausgerechnet ich der Empfänger dieser Botschaft wurde. Meine Ratlosigkeit betrachtete die Frau jedoch als Aufforderung weiterzuschimpfen. Sie kam auf Wikileaks zu sprechen und darauf, dass Sigmar Gabriel gesagt hat, die Sache mit den Botschaftsdepeschen sei kein Spaß im Internet. Wodurch nun ein für alle Mal erwiesen sei, dass „die SPD objektiv auf der falschen Seite“ steht.

Mein Gott, dachte ich, das Argument gibt es wirklich noch? Ich stellte mir vor, wie die

Frau aus der Dritten reagiert hätte, wenn ich ihr das Geständnis gemacht hätte, dass mir diese Wikileaks-Geschichte ein wenig aufgeblasen vorkommt und es vielleicht ja doch ein paar andere mindestens zweitgrößte Skandale unserer Zeit gibt. Mein Nachbar hat später versucht, mich zu beruhigen. Keine Sorge, sagt er, du bist doch im Internet, Facebook, Twitter, eigener Blog und so. Ja eben, hab ich ihm geantwortet, aber reicht das denen denn noch? So ganz objektiv gesehen?

Da ist auch mein Nachbar ins Grübeln gekommen. Also haben wir uns überlegt, unser eigenes Wikileaks zu gründen. Die erste Veröffentlichung ist für nächstes Jahr geplant. Schonungslos werden wir der netzpolitischen Szene die 2.0-Maske vom Gesicht reißen, werden exklusiv enthüllen, was Sascha Lobo in Wahrheit über den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag denkt, wer von der SPD-de-Redaktion die interne Abwaschdienstliste missachtet hat und wie es hinter den Kulissen all dieser total wichtigen Barcamps aussieht, die sich epidemisch über die Wochenenden ausbreiten. Und dann werden mein Nachbar und ich uns superenge Röhrenhosen anziehen, darauf warten, dass die Frau aus der Dritten die Treppe heruntersteigt und hinter unseren viel zu großen Brillen sehr ernste Gesichter machen. Denn Sigmar Gabriel hat Recht: Es ist kein Spaß im Internet. ■

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei Der Freitag.

Irland-Krise und Gläubigerhaftung

von Arne Heise

Die jüngste Weltfinanzkrise ist durch eine Mischung aus legaler Risikofehlbewertung (auf Seiten vieler Banken und institutioneller Anleger), bewusster Informationsverschleierung (von Seiten der Banken, die aus Wertpapieren unterschiedlichster Bonität völlig undurchschaubare ‚strukturierte Verbriefungen‘ machten) und wahrscheinlich krimineller Energie (auf Seiten der Rating-Agenturen) entstanden. Mit der Insolvenz einiger Banken

wirkungen bzw. zur Stützung des ansonsten kollabierenden Finanzsektors ganz erheblich verschulden müssen.

Nachdem zunächst Griechenland im Frühjahr nur durch eine Notfallmaßnahme der EU vor der kurzfristigen Illiquidität bewahrt werden konnte, wurde nun Irland – mit Blick auf mögliche Ansteckungseffekte – geradezu genötigt, den im Zuge der Griechenlandkrise geschaffenen Nothilfefonds in Anspruch zu nehmen. Mit Irland trifft es den einstigen Musterschüler unter den Ländern, die eine Konvergenz der Wertschöpfungskraft in Richtung höchstentwickelter EU-Mitgliedsstaaten erreichen wollten.

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsdaten

	1996-2000	2001-2005	2006	2007	2008	2009	2010*	2011*	2012*
BIP	9,7	5,5	5,3	5,6	-3,5	-7,6	-0,2	0,9	1,9
Defizitquote	2,2	0,8	2,9	0,0	-7,3	-14,4	-32,2	-10,3	-9,1
Schuldenstandsquote	37,8	27,4	24,4	25,0	44,3	65,5	97,4	107,0	114,3

Anmerkungen: * Geschätzt, Stand Herbst 2010, Quelle: European Economy, Statistical Annex Autumn 2010

sind dann viele der beteiligten Spekulanten, vielfach aber auch bewusst getäuschte Anleger geschädigt worden. Dies mag man als ‚Preis der Marktteilnahme‘, die ja immerhin auch im Erfolgsfalle einen fetten Gewinn erbracht hätte, ansehen. Viel arger sind all jene dran, die sich in keinsten Weise am Finanzmarktgeschehen beteiligt haben, durch die von der Finanzkrise ausgehende Depression der Realwirtschaft nun aber negativ betroffen sind. Dies sind Millionen von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, aber auch die Staaten, denen potentielle Gläubiger nun nicht mehr oder nur zu deutlich höheren Zinsen Geld dafür bereitstellen wollen, die Auswirkungen der Finanzkrise aufzufangen. Im schlimmsten Falle profitieren dann die eigentlich Verantwortlichen der Krise auch noch davon, dass sich Regierungen zur sozialpolitischen Abfederung der Krisenaus-

Über fast 2 Jahrzehnte wies Irland überdurchschnittlich hohe BIP-Wachstumsraten auf, bis 2007 konnten fast ständig Haushaltsüberschüsse generiert werden, die Schuldenstandsquote Irlands sank auf einen Wert von 25% im Jahr 2007 – einem der niedrigsten Werte in der EU. Dies gelang obwohl (oder weil) Irland zu den EU-Ländern mit den geringsten Steuersätzen und der niedrigsten Staatseinnahmenquote gehört – was als Standortfaktor neben dem Sprachvorteil viele ausländische Investoren anlockte – und weil Irland es vermied, die Sozialausgaben der gestiegenen Wertschöpfungskraft anzupassen. Mit der globalen Finanzkrise und dem Platzen der lokalen Immobilienblase geriet Irlands Wirtschaftsentwicklung früher und in noch größere Turbulenzen als andere EU-Mitgliedsstaaten. Das BIP sank bereits 2008 um 3,5% und 2009 nochmals um 7,6%. Die

für 2010 und 2011 prognostizierte Erholung hängt am seidenen Faden, weil die eingeleiteten Konsolidierungsprogramme fast überall in der EU zu einer langanhaltenden Stagnation führen könnten. Selbst unter dem optimistischen Szenario der Tab. 1 für 2011 und 2012 würde sich aber die Schuldenstandsquote gegenüber dem Jahr 2007 mehr als vervierfachen – in nur 5 Jahren! Allein im Jahr 2010 ist aufgrund hoher Kosten für die Stützung des Bankensystems mit diskretionären Staatsausgaben zu rechnen, die die Defizitquote auf über 30% des BIP anschwellen lässt.

Vor diesem Hintergrund scheint es verständlich, wenn die Finanzmarktteilnehmer das Ausfallrisiko irischer Staatsanleihen höher bewerten als für deutsche Staatsanleihen – obwohl die irische Schuldenstandsquote nur wenig höher ist als die deutsche Schuldenstandsquote und sehr viel niedriger als z.B. die japanische Schuldenquote, ohne dass Japan entsprechend hohe Zinssätze bezahlen müsste. Hierin nämlich liegt das eigentliche Problem: Mittlerweile hat sich der Zinssatz auf irische Staatsanleihen gegenüber Anfang 2010 mehr als verdoppelt und liegt damit fast dreimal so hoch wie die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen. Gewöhnlich wurde diese Marktreaktion als gerechte Bestrafung für finanzpolitische Sünder empfunden – aber Irland hat offenbar in der Vergangenheit nicht gesündigt. Allenfalls kann hier ein Entwicklungsmodell als dauerhaft nicht nachhaltig angeprangert werden, dass auf Steuerdumping setzt.

Die Inanspruchnahme des EU-Hilfsfonds durch Irland, gerechtfertigt durch die Schuldenlosigkeit Irlands, die Verhinderung eines Flächenbrandes (Portugal, Spanien, ...) und letztlich auch die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die heftig involvierten Finanzsektoren in den anderen EU-Staaten, impliziert Bürgschaften der Eurozone-Länder. Dafür bekommt Irland Kredite zu deutlich niedrigeren Konditionen als im Falle der Emis-

sion eigener Anleihen, andererseits haften die bürgenden Eurozone-Länder auch für einen gewissen Anteil der an Irland vergebenen Mittel – ca. 85 Mrd. €. Sollten diese Forderungen uneinbringlich werden, würden also die Steuerzahler in diesen Ländern für Irland aufkommen müssen. Im viel wahrscheinlicheren Falle der Rückzahlung durch Irland erhalten die Gläubiger – insbesondere internationale Finanzmarktteilnehmer wie Banken und institutionelle Anleger – ihre angelegten Gelder samt Zinsen zurück. Hieran, dass die Finanzmarktteilnehmer eigentlich kein eigenes Risiko tragen, sondern nur die Eurozoneländer als Bürgen, macht sich moralische Empörung und die Forderung fest, die Gläubiger müssten stärker in die Haftung genommen werden. Was das genau heißt, ist aber unklar. Wenn es bedeuten soll, dass die Gläubiger im Falle der Insolvenz eines Staates – hier also Irland – wenigstens einen Teil der ausgegebenen Kredite nicht von den Bürgen – den Eurozoneländern – zurückgezahlt bekämen, dann wäre dies vielleicht moralischer Balsam auf die Seele der Bankenkritiker. Es wäre aber ökonomisch unsinnig. Unsinnig deshalb, weil jedes verbliebene Insolvenzrisiko automatisch zu einem Anstieg der Risikoprämie – also des Zinses auf die Staatsschuld – zu bezahlen wäre. Womit der gewünschte Effekt – die Senkung der Zinskosten – verloren ginge. Es bleibt wohl dabei: Märkte lassen sich nicht von außen ‚moralisieren‘. Wohl aber steuern und regulieren. Selbst über eine Verstaatlichung des Bankensektors muss wohl spätestens nach der nächsten globalen Finanzkrise ernsthaft nachgedacht werden. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

3 mal 30 plus X oder: Macht endlich Politik!

von Sascha Vogt

Mit unserem Steuerkonzept „Trendwende – 3 mal 30 plus X“ wollen wir Jusos eine notwendige gesellschaftliche Debatte anstoßen. Es geht in der Steuerpolitik nicht darum, jemandem etwas weg zu nehmen, sondern es geht um die gerechte Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Und was diese Aufgaben sind, ist eine zutiefst politische Diskussion. Die wollen wir in den nächsten Monaten führen. Wir müssen konkret machen, was gerechte Politik von morgen heißt.

Wohl kaum jemand bestreitet, dass neben allen Strukturstreitigkeiten dem deutschen Bildungssystem vor allem eins fehlt: Genügend Geld. Ebenso hat sich inzwischen weit herum gesprochen, dass ohne Investitionen in den Klimaschutz unser Planet vor gigantischen Problemen stehen wird. Und drittens dürfte angesichts von 925 Millionen Hungernden wohl niemand in Frage stellen, dass die großen Industrienationen in der Pflicht stehen, etwas von ihrem Reichtum abzugeben. Doch häufig hört man dann: Der Staat ist nun mal pleite und muss gerade angesichts der Schuldenbremse eigentlich noch viel mehr sparen, so dass diese gesellschaftlich breit akzeptierten Notwendigkeiten einfach nicht bezahlt werden können.

Vieles spricht für eine Trendwende

Mal ganz davon abgesehen, dass die Schuldenbremse einer der größten Fehler der vergangenen Jahre war, ist diese Argumentation grober Unfug und in tiefstem Sinne unpolitisch. Das zentrale Argument lautet, dass der Staat seine Unternehmen und BürgerInnen angesichts der Globalisierung einfach nicht mehr belasten könne. Doch das lässt sich mit einem Blick ins europäische Ausland einfach widerlegen. Während die Gesamtabgabenquote (also Steuern und Sozialversicherungs-

beiträge) in Deutschland 35,2 Prozent beträgt, sind es in Dänemark als europäischem ‚Spitzenreiter‘ 49,8 Prozent¹. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im unteren Mittelfeld. Und keineswegs ächzen die BürgerInnen in Dänemark unter der großen Belastung, vielmehr ist die wirtschaftliche Entwicklung weit aus besser als hierzulande. Wie man es auch dreht und wendet: Es gibt keinen Beleg für die neoliberale Formel, dass niedrige Steuern und damit auch niedrigere Staatsausgaben besser für die Wirtschaft sind.

Ganz im Gegenteil: In den vergangenen fünfzehn Jahren sind die Steuern und damit auch die Staatsausgaben in Deutschland immer weiter gesenkt worden, die wirtschaftliche Entwicklung war aber im Durchschnitt schlechter als zuvor. Und das nicht etwa wegen der Krise. Weltweit sind sich Ökonomen einig, dass die Krise ein Zusammenspiel deregulierter Finanzmärkte, größerer Ungleichheit und Ungleichgewichte im Außenhandel war². Und zumindest an den letzten beiden Faktoren kann auch die Steuer- und Finanzpolitik etwas ändern. Die Niedrigsteuerepolitik Deutschlands hat aber zusammen mit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts auch dazu beigetragen, dass die deutschen Unternehmen immer wettbewerbsfähiger geworden sind. Das mag sich zunächst gut anhören. Da damit aber das deutsche Wachstum eng an den Export geknüpft war und die Binnenwirtschaft stagnierte, war das eben keine nachhaltige Strategie und hat sogar zur Finanzkrise und schließlich auch zur Eurokrise beigetragen³. Auch das ist ein Argument für eine höhere Steuerquote.

¹ Daten: Eurostat.

² Vgl. hierzu etwa IMK-Arbeitskreis Finanzkrise (Hrsg.) (2009): Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise I. Düsseldorf.

³ Vgl. etwa Joebke / Nichoj (2010): Rettungsmaßnahmen im Euroraum - kurzfristig sinnvoll, aber nicht ausreichend. Düsseldorf.

Ebenso hat sich in allen vorliegenden Studien die alte neoliberale Formel, Unternehmen würden gleich massenweise ins Ausland wechseln, wenn die Steuern erhöht würden, als nicht haltbar erwiesen. Die Steuerbelastung ist – wenn überhaupt – nur einer von vielen Faktoren für die Wahl eines Unternehmenssitzes. Weitaus relevanter sind für sie die Erschließung von Märkten und die vorhandene Infrastruktur sowie das Bildungsniveau. Viele ausgewanderte Unternehmen haben ihre Produktion zwischenzeitlich schon wieder nach Deutschland verlagert⁴. Das bedeutet nun nicht, dass man maßlos die Kostenbelastung nach oben treiben muss. Aber eine Angleichung an das europäische Niveau dürfte unschädlich sein. Das gilt im Übrigen auch für Einzelpersonen. Auch hier wird häufig argumentiert, dass reichere Personen bei einer Steuererhöhung ins Ausland flüchten. Das kann auf zwei Wegen geschehen. Entweder sie wechseln in der Tat die Staatsbürgerschaft und / oder ihren Wohnsitz. Die Zahl derer, die ihren Lebensmittelpunkt wegen ein paar Prozentpunkten Steuern ins Ausland verlagern, dürfte dann aber doch überschaubar bleiben. Oder aber sie verlagern ihr Einkommen und Vermögen illegal ins Ausland. Das ist dann eine Straftat. Und der kann man mit einer konsequenten Steuerfahndung begegnen. Auf jeden Fall kann das kein Argument gegen Veränderungen in der Steuerpolitik sein.

Letztlich bietet auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen genügend Anhaltspunkte für eine Kurskorrektur. Denn in keinem anderen Land der OECD war die Verteilungsentwicklung der vergangenen Jahre so ungleich wie in Deutschland⁵. Im Jahr 2008 waren hierzulande schon 11,5 Millionen Menschen unter der Armutsrisikoschwelle. Und vom letzten Aufschwung haben fast ausschließlich die Menschen mit ohnehin schon hohen Einkommen und Vermögen profitiert.

Das kann man nicht alles mit Steuerpolitik verändern. Sie ist aber ein wichtiger Ansatzpunkt.

Steuerpolitik konkret machen

Gegen jede Veränderung von Steuern ‚nach oben‘ wird es enorme gesellschaftliche Widerstände geben. Klar ist, dass niemand darüber begeistert sein wird, mehr zu zahlen.

Deshalb darf ein Fehler nicht wiederholt werden: Häufig wurde und wird Steuerpolitik abstrakt und technisch diskutiert. Bestenfalls wird noch davon gesprochen, dass mit einer ‚gerechten Steuerpolitik‘ Umverteilung von oben nach unten betrieben werden kann. Aber auch das ist für viele Menschen nicht wirklich greifbar. Deshalb muss es um konkrete Fragen der Finanzierung von staatlichen Aufgaben gehen. Dabei geht es zunächst darum, welche staatlichen Aufgaben wir uns wünschen und erst in einem zweiten Schritt die Finanzierungsfrage geklärt werden. Es muss klar werden, dass es sich um gesellschaftliche Fortschritts-Projekte handelt, die finanziert werden müssen. Denn es wird eine Mehrheit dafür geben, diese Gesellschaft gerecht fortzuentwickeln und diese Projekte dann auch solidarisch zu finanzieren.

Ausgaben für Bildung, Soziales und Klimaschutz

Wir haben zunächst zusammengefasst, was aus unserer Sicht solche Fortschritts-Projekte wären und uns dabei auf seriöse Berechnungen und Studien gestützt. Um Kindertagesstätten auszubauen, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, die Hochschulen vernünftig auszustatten, das BAföG auszuweiten und endlich auch Anstrengungen in der Weiterbildung zu unternehmen – kurz: um endlich Chancengleichheit zu schaffen – sind das rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kommen weitere 30 Mrd. für Investitionen in den Klimaschutz und Infrastrukturausga-

4 Vgl. Hickel (2006): Kassensturz. Hamburg, S. 62 ff.

5 Vgl. OECD (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries. Paris.

ben insbesondere der Kommunen. Neben der grundsätzlich besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge könnte ein Zukunftsfonds für Klimaschutzprojekte gegründet werden. Aus diesem Geld könnte etwa der Ausbau des Schienennetzes, der erneuerbaren Energien oder der energetischen Gebäudesanierung finanziert werden. Und um das Arbeitslosengeld auf eine angemessene Höhe von 420 Euro anzuheben, eine Kindergrundsicherung einzuführen und die Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen von Sozialabgaben zu entlasten sind es noch mal etwa 30 Mrd. Euro. Komplettiert wird unsere Liste durch das Einhalten der internationalen Verpflichtungen in der Entwicklungshilfe. Macht sieben Mrd. Euro mehr. Insgesamt sind wir so auf 99 Mrd. Euro gekommen, die aus unserer Sicht pro Jahr mehr ausgegeben werden müssten.

Höhere Einkommen und Vermögen stärker beteiligen

Im nächsten Schritt haben wir uns die Einnahmeseite und damit das Steuersystem angeschaut und dort eine Fülle von Vorschlägen gemacht. In der Einkommensteuer schlagen wir neben einem höheren Spitzensteuersatz auf 53 Prozent gleichzeitig eine Anhebung des Grundfreibetrags vor. Damit werden untere und mittlere Einkommensgruppen sogar entlastet. Belastet würden gerade mal die obersten fünf Prozent der Einkommensteuerzahlenden. Wenn zugleich aber endlich wieder alle Einkommensarten gleich besteuert werden, ergeben sich trotzdem Mehreinnahmen von rund 12 Mrd. Euro. Mit der gesellschaftspolitisch überfälligen Abschaffung des Ehegattensplittings lassen sich zudem mittelfristig 10 Mrd. Euro frei machen, langfristig sind es sogar rund 20 Mrd. Eine Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent bringt zusätzliche 17 Mrd., die Wiedereinführung der Vermögenssteuer etwa 20 Mrd., die höhere Besteuerung von hohen Erben rund 6 Mrd. Euro und die Beschränkung von Abzugsmöglichkeiten für

Unternehmen 10 Mrd. Euro. Abgerundet wird unser Vorschlag durch eine konsequentere Steuerfahndung, die Rücknahme schwarzgelber Steuergeschenke sowie die Einschränkung von unsinnigen und unökologischen Subventionen. Macht nochmal 24 Mrd. Euro. Mit diesen Vorschlägen können die benötigten 99 Mrd. Euro problemlos eingenommen werden. Belastet würden durch unsere Vorschläge maßgeblich höhere Einkommen und Vermögen. Das halten wir aber vor dem Hintergrund der Entwicklung der vergangenen Jahre für mehr als gerechtfertigt.

Die politische Diskussion führen

Mit unserem Konzept erheben wir nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Ebenso ist klar, dass es sich bei allen Zahlen um vorläufige Schätzungen und Berechnungen handelt. Niemand kann exakt prognostizieren, wie sich eine Steuerreform auswirkt. Wir sind aber auf der Seite der Einnahmen in der Regel von sehr vorsichtigen Schätzungen ausgegangen. Wir wollen eine Diskussion anstoßen und keine absoluten Wahrheiten verkünden.

Gerne kann und sollte man darüber diskutieren, was notwendige Aufgaben und zusätzliche Projekte sind und was nicht. Gerne kann man auch darüber diskutieren, wie diese Aufgaben finanziert werden sollen. Wir schlagen daher auch vor, in Zukunft konkrete Projekte mit konkreten Finanzierungsvorschlägen zu verknüpfen. Deshalb lasst uns konkrete Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft von morgen machen und lasst uns die Diskussion führen. ■

☞ Sascha Vogt ist Bundesvorsitzender der Jusos

EU-Projekt Altersrisikoindividualisierung

von Björn Hacker

Foto: Christian Kiel



Deutschland führt sich gerne als Klassenprimus europäischer Reformempfehlungen in der Rentenpolitik auf. Während sich die Politikkoordinierung in der EU bislang prioritär finanziellen Aspekten der Alterssicherung widmete, ist für die „Europa 2020“-Strategie dringend ein neuer Diskurs um die Angemessenheit der Renten nötig. Das Grünbuch Renten der Europäischen Kommission macht wenig Hoffnung auf einen Neuanfang.

Vorreiter wider Willen? Während in Deutschland über Sinn und Unsinn der Rente mit 67 gestritten wird, erhebt die Europäische Kommission die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zum wichtigsten Programmpunkt ihrer Reformagenda in der Alterssicherung. Zunehmend mischt sich die EU in sozialpolitische Belange ein, die eigentlich im Verantwortungsbereich der Mitgliedsstaaten liegen. Doch die konstitutionelle Asymmetrie der Union zwischen weit fortgeschrittener wirtschaftlicher Integration und gering ausgebauter sozialer Dimension vermag so nicht in die rechte Balance gebracht werden. Denn die rentenpolitische Aktivität der euro-

päischen Institutionen ist zuallererst geleitet von finanziellen und wettbewerbsrelevanten Gesichtspunkten: Im selbst geschaffenen System von Wettbewerbsstaaten wird die Höhe der Lohnnebenkosten als entscheidender Standortfaktor angesehen. Die Beitragszahlungen für die Altersvorsorge spielen hierbei eine gewichtige Rolle. Das zahlenmäßige Verhältnis von Beschäftigten zu Rentenempfängern eines Landes gibt aus Brüsseler Sicht zudem Auskunft über den möglichen Beitrag der finanzintensiven Alterssicherung zu soliden Staatsfinanzen. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts als Reaktion auf die gestiegenen Staatsschuldenquoten infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht den Druck zu Einsparmaßnahmen und Konsolidierungskurs. Hinzu kommt der Anspruch zur Etablierung transnationaler Vorsorgemodelle und verbesserter Mitnahmemöglichkeiten von Rentenansprüchen.

Finanzpolitik schlägt Sozialpolitik

Als vor zehn Jahren mit der Lissabon-Strategie die Koordinierung der Rentenpolitiken

in der EU gestartet wurde, verbanden die Akteure einer damals sozialdemokratisch gefärbten politischen Landkarte hiermit nicht nur Aspekte finanzieller Nachhaltigkeit. Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) im Bereich der Alterssicherung startete im Jahr 2001 mit zwei weiteren Zielen, der Sicherung angemessener Rentenbezüge und der Modernisierung der Rentensysteme durch Anpassung an die veränderte Gesellschaft. Doch in der Folge wurde Modernisierung schnell mit der Herstellung finanzieller Tragfähigkeit der Systeme gleichgesetzt und die „Angemessenheit“ kam unter die Räder.

Der Zeitgeist der 2000er Jahre war geprägt vom Glauben an Marktmacht und individuelle Risikoabsicherung, ein jeder sollte seines eigenen Glückes Schmied sein können. Sozialer Zusammenhalt würde sich am ehesten durch die Ergänzung sozialer Rechte durch persönliche Pflichten einstellen, wenn, ja wenn nur endlich die angeblich ausufernde staatliche Umverteilungspolitik eingeschränkt würde. Dies glaubten nicht nur Liberale und Konservative, auch viele Sozialdemokraten wurden Anhänger eines neuen Staat-Markt-Verhältnisses. Betrachtet man die Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts in Europa, legen sie Zeugnis ab von diesem Leitbild. Die EU stand den Reformern dabei durch ihre mittels der OMK durchgeführten Analysen unterstützend zur Seite.

Bismarcksche Rentenversicherung? Für gestrig erklärt

Die Zielrichtung der Politikkoordinierung traf die europäische Staatengemeinschaft ganz unterschiedlich: Während jene Länder mit gering ausgebauter und so relativ kostengünstiger staatlicher Alterssicherung bei umfassenden betrieblichen und privaten Vorsorgesystemen Lob einheimsten, konzentrierten sich Reformempfehlungen auf die Länder mit umfassenden gesetzlichen Rentenversicherungen in der Tradition der Sozialgesetz-

gebung Otto von Bismarcks. In dieser Staatengruppe gab es Vorreiter, die wie Italien, Schweden, Ungarn und Polen bereits Ende der 90er Jahre radikale Reformschritte einläuteten. Die Beitragsstabilität wurde damals zum neuen Paradigma erhoben, umfangreiche Leistungskürzungen des umlagefinanzierten Systems wurden vorgenommen und zu ihrer Kompensation mit der betrieblichen und privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge zwei neue Systemsäulen eingeführt.

In die gleiche Richtung hat sich Deutschland unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den Weg zur Reform seines Alterssicherungssystems gemacht. 2001 wurde die Riester-Reform beschlossen, die ganz der Herstellung finanzieller Nachhaltigkeit verschrieben war. Am folgenschwersten dabei: Das tradierte Ziel der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente wurde aufgegeben. Projektionen deuten darauf hin, dass künftigen Generationen die Bezüge aus dem Umlageverfahren nur noch als bescheidene Hilfe zur Vermeidung von Altersarmut dienen könnten. Die EU aber war zufrieden. Das Mutterland der Bismarckschen Sozialversicherung hatte gezeigt, dass es reformfähig ist und einen Paradigmenwechsel vollzogen. Doch damit nicht genug: In den Folgejahren entwickelte sich Deutschland zum Muster-schüler der Europäischen Kommission. 2004 wurde durch den Nachhaltigkeitsfaktor die Beitragsäquivalenz weiter gestärkt, 2007 die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters beschlossen.

Andere EU-Staaten waren da renitenter, wollten partout nicht die Leistungsdefinition ihres Alterssicherungssystems gegen die Dominanz stabiler Beiträge eintauschen (Österreich) oder einer institutionalisierten kapitalgedeckten Systemsäule besondere Relevanz zukommen lassen (Frankreich). Diese Länder traf vor allem der Bannstrahl der Kritik. Und die reformbereiten Regierungen nutzten nur zu gerne den mittels der OMK

PapyRossa Verlag



Heinrich Hannover: Reden vor Gericht
Plädoyers in Text und Ton; 276 Seiten mit Audio-CD; EUR 22,00

Heinrich Hannovers Plädoyers reichen von der Kommunistenverfolgung der frühen BRD über »Terroristenprozesse« bis zum Prozeß gegen Hans Modrow. Die CD mit Originalton macht die Atmosphäre vor Gericht spürbar.



Mario Tal (Hg.): Umgangssprachlich: Krieg
Der Testfall Afghanistan und die deutsche Politik;
275 Seiten; EUR 14,90

Ökonomische und geostrategische Interessen und der deutsche »Einsatz« in Afghanistan; Vor und nach der US-Intervention; Frauenrechte als Kriegspropaganda; »Kundus«; »Terrorabwehr« und Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

erhobenen Zeigefinger aus Brüssel, um die Reformskeptiker in Opposition und Gewerkschaften auf Linie zu bringen. Motto: Niemand könne schließlich das eigene Land als Schlusslicht in der EU sehen wollen – sei es bei der Reduzierung der öffentlichen Rentenausgaben oder bei der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer.

Zehn Reformjahre und nun steigt die Altersarmut

Nach einem knappen Jahrzehnt des Lobes und Tadels zog man in den Europäischen Institutionen Bilanz des Erreichten. Erfrischend ehrlich. Der letzte Gemeinsame Bericht zu Sozialschutz und Sozialer Eingliederung von Kommission und Rat im Rahmen der Lissabon-Strategie deutet an, dass die Notwendigkeit für strukturelle Reformen der Rentensysteme zu einem großen Teil auf die Erfordernisse des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückgingen. Hier, wie auch im diesen Sommer veröffentlichten Grünbuch Renten der Kommission, wird als Erfolg verbucht, dass die meisten Mitgliedstaaten strukturelle Reformen durchgeführt haben, um ihre Alterssicherungssysteme auf eine nachhaltigere Basis zu stellen. So sei die Bereitstellung von Leistungen heute stärker konditioniert und die individuelle Verantwortung für das Altersrisiko sei deutlich gestiegen. Unumwunden wird aber zugegeben, dass als Kehrseite der Konzentration auf die finanzielle Nachhaltigkeit in den nächsten Jahren in vielen Staaten mit stark sinkenden Rentenniveaus, unter Umständen auch mit einem erheblichen Anstieg der Altersarmut zu rechnen sei. Nur nach langen, ungebrochenen Karrieren werde es überhaupt möglich sein, mit einem angemessenen Alterseinkommen zu rechnen.

Ein Dilemma! Und die Antwort der EU? Das Grünbuch Renten stellt eine Reihe von Suggestivfragen („Sollte der politische Koordinierungsrahmen auf EU-Ebene gestärkt

werden?“) und hat eine verblüffende, doch altbekannte Lösung parat: Wenn die Renten ähnlich hoch bleiben sollen wie in der jüngeren Vergangenheit, müssten die Menschen eben erheblich länger im Arbeitsleben bleiben und zudem ihre Bereitschaft zum freiwilligen privaten Rentensparen erhöhen. Zur Rekapitulation: Die EU drängt zehn Jahre lang ihre Mitgliedstaaten zu Strukturreformen der Alterssicherung, die so erreichte Verbesserung der finanziellen Nachhaltigkeit geht zu Lasten der künftigen Rentenbezüge und zur Vermeidung der drohenden Altersarmut wird eine Verschärfung der durchgeführten Strukturreformen empfohlen. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt. Fast zynisch mussten dabei Initiativen wie die Etablierung einer „europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ an, wenn zeitgleich mit Vermarktlichung und Risikoindividualisierung der Alterssicherung die Voraussetzungen für eine Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung geschaffen werden. Dies trifft umso mehr zu, als sich beide Ziele auf die „Europa 2020“-Strategie berufen und so deren inhärente Widersprüche aufdecken.

Nutzt die OMK endlich sozialpolitisch!

Es ist höchste Zeit, die OMK in der nationalen politischen Arena ernster zu nehmen. Das „Europäische Semester“, wird ab 2011 die Koordinierung der Sozialpolitiken stärker an die Vorgaben des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts binden. Hierdurch steigt die Gefahr eines gänzlichen Verlusts sozialer Kohäsion als Zielbestimmung europäischer Governance. Das Potenzial der OMK, radikale Reformschritte zur Sicherung finanzieller Nachhaltigkeit im Rentensystem zu katalysieren, kann jedoch ebenso gut als sozialpolitisches Instrument genutzt werden. Mit der existierenden Vielfalt an Indikatoren und Benchmarks lassen sich auch die Entwicklung der Rentenhöhe, die Bedrohung durch flächendeckende Altersarmut oder Ungleichbehandlungen der Geschlechter the-

matisieren. Zu einem neuen Diskurs um die Angemessenheit der Renten im Rahmen der nun beginnenden „Europa 2020“-Strategie gehören darüber hinaus die Realisierung einer Erwerbstätigenversicherung, die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, die Prüfung obligatorischer Betriebsrenten und die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze. Die SPD geht mit der Koppelung eines erhöhten gesetzlichen Rentenalters an eine Zunahme der Beschäftigungsquoten Älterer einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Denn gerade der EU-Klassenprimus Deutschland, der in vorausseilendem Gehorsam und mit gut gemeintem Reformeifer sämtliche Grundfesten seiner Alterssicherung eingerissen hat, täte gut daran, im eigenen Lande zu korrigieren und nach Brüssel Konzepte für alternative Reformwege zu schicken. ■

☞ Dr. Björn Hacker ist Referent für Internationale Politikanalyse in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Literatur:

- Dedring, Klaus-Heinrich/Demel, Jörg/Döring, Diether/Steffen, Johannes/Zwiener, Rudolf (2010): Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, August 2010.
- Europäische Kommission (2010): Grünbuch. Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme. KOM(2010)365 endgültig, Juli 2010.
- Europäische Kommission (2010): Inerim EPC-SPC Joint Report on Pensions, Mai 2010.
- Europäische Kommission (2010): Joint Report on Social Protection and Social Inclusion 2010, Februar 2010.
- Hacker, Björn (2010): Das liberale Europäische Sozialmodell. Rentenreformen in der EU und die Offene Methode der Koordinierung, Baden-Baden: Nomos.
- Hacker, Björn/van Treeck, Till (2010): Wie einflussreich wird die europäische Governance? Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europa 2020-Strategie und „Europäisches Semester“, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2010.

30 Jahre nach dem Erscheinen der Herforder Thesen freuen wir uns darüber, dass dieses Dokument aus der Anfangszeit der spw immer noch aktuell scheint und Diskussionen in der bundesdeutschen Linken hervorruft. Ein bisschen neidisch blicken wir zurück in eine Zeit, in der noch weitergehende Sozialismusperspektiven zur Debatte standen. Wir laden mit den drei vorliegenden Artikeln zu den *Herforder Thesen*, *Hilferdings Finanzkapital* sowie der *Sammelrezension Linksozialismus im 20. Jahrhundert* insbesondere die neuen Generationen von Jusos zur Theoriearbeit ein. In den nächsten Ausgaben setzen wir die Diskussion fort – als notwendige Grundlage für moderne sozialistische Reformprojekte. Ansonsten sagen wir:

Happy birthday Herforder Thesen!

Kai Burmeister und Stefan Stache

Internationalistischer, pluralistischer und sozialdemokratischer Marxismus – 30 Jahre Herforder Thesen

von Christina Ujma

Die Herforder Thesen, das bedeutendste Programmdokument von marxistischen Sozialdemokraten der Nachkriegszeit hat gerade 30. Geburtstag gehabt und keiner hat es gemerkt, jedenfalls keiner in der SPD. Stattdessen haben ein paar übergetretene Herforder in der Linkspartei eine kleine Feier unter Ausschluss von SPD und SPW gemacht, was angesichts des sozialdemokratischen Charakters der Thesen reichlich seltsam anmutet. Denn an linkssozialdemokratischem Selbstbewusstsein hat es der Verfassergruppe unter Federführung von Detlev Albers damals nicht gemangelt, dass wird gleich einleitend deutlich. In dezidierter Distanz zu den sektiererischen Kleingruppen von DKP, KBW usw. wird im Namen der sozialdemokratischen Linken der Marxismus in die realexistierende Arbeiterbewegung zurückgeholt, für die die SPD damals weitgehend einen legitimen parteipolitischen Alleinvertretungsanspruch hatte.

Dabei wird in den Herforder Thesen die Sozialdemokratie nicht als deutsche, sondern als europäische Formation begriffen und eine weltweite d.h. globale Perspektive gleich mitgedacht:

Linke Sozialdemokraten, die sich unter solchen Bedingungen als »der entscheidende, immer weitertreibende Teil« ihrer Partei verstehen, haben nicht nur eine konkrete, an tausend Fäden mit den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbundene Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten ihres Landes auszuarbeiten, diese in der SPD und mit ihr zu einem entscheidenden politischen Faktor im Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik in der Bundesrepublik zu machen und dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anzuknüpfen. Mehr denn je sind solche Aufgaben nur zu erfüllen, wenn es ihnen gelingt, den Kampf der Arbeiterbewegung im eigenen Land als Teil eines weltweiten politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Befreiungsprozesses der Völker zu begreifen, die Besonderheiten des demokratischen Wegs zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern nur als wenngleich höchst bedeutsamen Ausschnitt »einer unter unseren Augen

vorsichgehenden Bewegung« erkennen zu lernen.¹

In nur zwei Sätzen, die freilich xxl - Dimensionen haben, wird hier einleitend die eigene Problemlage als relativ kleiner Teil der SPD Linken und die Perspektive der weltweit operierenden progressiven Bewegung zusammen gedacht, denn man verstand sich als Teil weltweiter politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Befreiungsprozesse. Dieser Ansatz ist hervorzuheben, denn er unterscheidet sich diametral vom hergebrachten Ökonomismus, Soziologismus und Etatismus alter und neuer Prägung.

Über Stamokap hinaus

Die Sozialdemokratie als eine internationale Bewegung zu betrachten, der es nicht nur um Politik und Ökonomie geht, sondern genauso um Kultur und Gesellschaft unterscheidet die Herforder Thesen auch von den Göttinger Thesen, die auch 1980 erschienen und von antirevisionistischen Marxisten in der SPD verantwortet wurden. Ihre Analyse von Ökonomie und Sozialstruktur ist meist tiefschürfender als die der Herforder Thesen, die der Stamokaptheorie anhängen. Diese, ursprünglich auf Lenin zurückgehende Erklärung des Spätkapitalismus erscheint dagegen vergleichsweise holzschnittartig und simplizistisch. Die Kapitel zur Wirtschaft gehören zum schwächeren Teil der Thesen, sie bleiben zudem ziemlich allgemein. Konkreter und entschiedener wird es, wenn es um Wirtschaftsdemokratie und Verstaatlichung geht, was den Verfassern sichtlich mehr Freude bereitete. Das war damals ein fester Bestandteil des linken Forderungskataloges und als Vorbild dienten die Nachbarstaaten Großbritannien, Frankreich und Italien, wo große Teile der Industrie in staatlichen Händen waren. Gelegentlich fehlt da die Einsicht, dass ein großer staatlicher Sektor erst einmal wenig mit sozialistischen Verhältnissen zu tun hat, wie die Erfahrung

in jenen Ländern ebenfalls zeigt. Man muss den Verfassern der Herforder Thesen aber zu Gute halten, dass sie keineswegs ungebremste Staatsfetischisten oder gar Anhänger eines sozialistischen Zentralismus sind, sondern mit Mitbestimmungs-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungsforderungen versuchen, die Fehler die dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs mit der Errichtung einer sowohl allmächtigen wie unbeweglichen Megabürokratie gemacht wurden, zu vermeiden und dabei so manche Forderung aufstellen, die Linkssozialisten immer noch gut zu Gesicht stehen würde.

Im Jahr 2010 bieten die Herforder Thesen eine interessante Mischung aus altmodischen, uneingelösten und erstaunlich vorausschauenden Elementen. Interessant ist die in den Thesen geäußerte Einsicht, sich damals, d.h. 1980, am Ende eines wirtschaftlichen Zyklus, der heute meist Fordismus genannt wird, zu befinden. Selbst die Globalisierung wurde vorausgeahnt. (These 11) Was aus dieser neuen Konstellation allerdings werden könne, wird offengelassen und als abhängig von Erfolg oder Misserfolg der Klassenkämpfe eingeschätzt, für die es allerdings unabdingbar sei, dass die progressiven Kräfte ihre Strategie internationalisieren und endlich über den Tellerrand des nationalen Territoriums hinausblickten, worauf wir bis heute vergeblich warten.

Rückkehr zum europäischen Linkssozialismus

So ist es kein Zufall, dass diese internationalistische Ausrichtung den Thesen auch internationale Resonanz einbrachte. Mit dem Kapitel „Der demokratische Weg zum Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern“ suchte man zudem theoretisch wie strategisch den Anschluss an die wichtigsten linkssozialistischen Denkschulen Europas, und griff ostentativ auch auf die verschollenen, d.h. von den Nazis ausgebürgerten und von der SPD vergessenen linken Traditionen zurück, wie auf das Denken Georg Lukacs', der Frankfurter Schule,

1 Herforder Thesen; Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, hrsg. vom Bezirksvorstand d. Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1980, SPW Sonderheft 2

Paul Levis, Rosa Luxemburgs, Rudolf Hilferdings und zahlreicher anderer. Der wohl wichtigste deutschsprachige Impuls war das Werk Otto Bauers und das Denken der Austromarxisten insgesamt. Dazu bekennt sich Albers in seiner Erörterung des strategischen Konzepts der Herforder Thesen als Erstes, daneben seien aber auch der CERES Flügel der französischen PS sowie Antonio Gramsci und die theoretische Entwicklung innerhalb der eurokommunistischen PCI wichtig gewesen.² Letzteren Einfluss spielt er vielleicht aus taktischen Gründen herunter, schließlich waren Sozialdemokraten noch in den Achtziger Jahren allergisch gegen Kommunisten, auch wenn sie demokratisch, pluralistisch und gelegentlich sozialdemokratischer als die Sozialdemokraten agierten. Die Anlehnung an innovative Ansätze aus dem PCI Umfeld drängt sich jedenfalls auf, da wird man, wenn es um Gewerkschaftsautonomie geht, gelegentlich an die Ansätze Bruno Trentins und wenn es um die Beziehung von Partei und Bewegung an Pietro Ingraos Schriften erinnert.

Vor allem beim Entwurf eines strategischen Konzepts, d.h. bei der Strategie zur demokratischen Erringung der Macht, dann sind die Impulse die das Denken Antonio Gramscis gegeben hat, kaum zu übersehen. Denn hier wird ein Weg angestrebt, der nicht mit putschistischen Lösungen operiert und auch keine Winterpalais' mehr stürmen will, sondern sowohl über die Parlamente als auch über die Erringung der Hegemonie in der Zivilgesellschaft breite gesellschaftliche Mehrheiten schaffen möchte.

Partizipation und Pluralismus

Dieser Punkt stieß besonders bei den Marxisten der dogmatischen Provenienz auf Widerspruch, wie sich im Diskussionsband zu den Thesen nachlesen lässt. Dieser beruht auf den Beiträgen einer Tagung, die im November 1980

in Bielefeld stattfand, bei der die Thesen von in- und ausländischen Linken der verschiedensten Provenienz diskutiert wurden, darunter Wolfgang Abendroth, Peter von Oertzen, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff, Wolf Biermann, Josef Cap, Jiri Costa, Peter von Oertzen, Peter Pelinka, Axel Horstmann, Wieland Elferding und Wolfgang Krummbein vom Konkurrenzunternehmen „Göttinger Thesen“.

Bei der Diskussion der strategischen Grundausrichtung auf den demokratischen Weg zum Sozialismus bekamen sich Peter v. Oertzen und Wolfgang Abendroth in die Haare, der erste meinte, man wäre gegenüber dem realexistierenden sozialistischen Lager nicht kritisch genug, der andere vermisste eine positiv-kritische Haltung. Beide waren sich in ihrer Skepsis gegenüber dem euromarxistisch inspirierten demokratischen Weg zum Sozialismus jedoch einig. Diese Konfliktlinien wurden auch in der Diskussion der angestrebten sozialistischen Transformation des Staates fortgesetzt, auch hier fallen die Thesen aus dem Rahmen des hergebrachten marxistischen Denkens. Denn sie fordern nicht nur eine Demokratisierung der Wirtschaft, sondern auch eine umfassende Demokratisierung aller staatlichen Institutionen, also z.B. auch von Polizei, Armee und Geheimdiensten, die darüber hinaus unter intensive parlamentarische Kontrolle gehörten. Die Illusion, dass man nach gewonnenen Wahlen nicht an der Regierung, sondern auch an der Macht ist, die bislang allen sozialdemokratischen Reichs- bzw. Bundesregierungen Deutschlands zum Verhängnis geworden ist, sitzt man nicht auf, sondern versucht eine Legitimation und Absicherung von unten anzustreben:

Während die staatlichen Strukturen im heutigen Kapitalismus durch wachsende Konzentration der politischen Macht, Verbürokratisierung und das Überhandnehmen antidemokratischer Tendenzen gekennzeichnet sind, muß sich das Interesse der Linken gerade auf eine größtmögliche Öffnung aller Ebenen und

2 Detlev Albers, Zum strategischen Konzept der Herforder Thesen, in: Linke Sozialdemokratie und bundesdeutsche Linke, Diskussionen am Beispiel der Herforder Thesen, hrsg. von D. Albers, Dieter Scholz, Berlin 1981, SPW Sonderheft 3, S. 16ff.

Bereiche des Staates für demokratische Initiativen der Bevölkerung richten. Dabei wird es darauf ankommen, neben den parlamentarischen Versammlungen als Entscheidungsgremien in den Gemeinden, Regionen oder auf gesamtstaatlicher Ebene ein Höchstmaß an direkt-demokratischer Beteiligung durch Einbeziehung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Stadtteilräten usw. zu erreichen. Je mehr die Funktionen des erneuerten Staates sinnvoll dezentralisiert, den jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen nahegebracht, ihnen gegenüber in den Entscheidungsabläufen transparent und ihren Veränderungswünschen zugänglich gemacht werden, desto stärker wird sich die Bereitschaft zur Unterstützung staatlicher Maßnahmen auch gerade gegen die unausbleiblichen Widerstände und Erpressungsversuche von seiten der alten herrschenden Klasse entwickeln. (These 20)

Es wurde also eine pluralistische und basisdemokratisch verfasste Staatsordnung angestrebt, in der allerdings die Arbeiterbewegung bzw. ihre Partei die führende Rolle haben sollte, was sich wiederum im Rahmen des Grundgesetzes bewegen sollte. Dieses Postulat bleibt allerdings ziemlich vage, wie diese Demokratisierung und Mitbestimmung im einzelnen organisiert werden soll, ob z.B. eine Mischung aus Rätssystem und parlamentarischer Demokratie angestrebt werden und wie sich diese Elemente ergänzen sollen, bleibt offen. Das wurde auch in der Debatte kritisiert, wie auch eine unzureichende Berücksichtigung des Klassencharakters des realexistierenden kapitalistischen Staates.

Arbeiterbewegung, Klassenbewusstsein und neue soziale Bewegungen

Stattdessen beschäftigen sich die Thesen in relativ breitem Umfang mit einer historischen Analyse von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik, um sich danach den Perspektiven von Marxisten in der SPD zu widmen.

An der SPD führe bei der Erringung einer Mehrheit für eine sozialistische Umwandlung von Staat und Gesellschaft kein Weg vorbei, so lautet die Überzeugung der Herforder Thesen, aber auch, dass der Sozialismus mehrheitsfähig werden kann, wenn die SPD dahinter steht. Dafür sei eine Stärkung des Klassenbewusstseins unabdingbare Voraussetzung, heißt es im Text, der sich dieses Themas recht ausführlich annimmt.

Der gesamte zweite Teil der Thesen beschäftigt sich mit der Umsetzung der theoretischen Erkenntnisse in praktisch-politische Forderungen und entwirft Grundzüge eines alternativen SPD Grundsatzprogramms. Hierbei werden neben einigen zeittypischen Punkten, wie eine starke Betonung der Friedenspolitik, primär linkssozialdemokratische Klassiker zum Thema, wie das Recht auf Arbeit, die Humanisierung der Arbeitswelt, die Ausweitung der Mitbestimmung und Stärkung der Stellung der Gewerkschaften. Die internationalistische Rhetorik wird durch die Skizze einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und deren Konsequenzen für die bundesrepublikanische Politik konkretisiert.

In vielen Punkten war man damals seiner Zeit voraus, z.B. mit einer relativ breiten Thematisierung der Umweltpolitik und einem positiven Bezug zur Frauenbewegung, was für Chauvinisten von damals keineswegs selbstverständlich war. Zwar hält man weiterhin an der klassisch marxistischen Einschätzung fest, dass die Frauenfrage eine Nebenwiderspruch sei, aber in vielen Forderungen schließt man sich auch den Feministinnen an und fordert z.B. weitgehende Gleichstellung von Männern und Frauen, die Abschaffung des Ehegattensplittings, den arbeitszeitangepassten Ausbau der Kinderbetreuung und einen obligatorisch zwischen beiden Eltern zu teilenden 18 monatigen Erziehungsurlaub.

Während das Frauenthema übertrieben knapp abgehandelt wird, nehmen die Themen Kultur und Bildung einen breiten Raum ein,

selbst Museen und Bibliotheken ist jeweils eine These gewidmet. Diese für heutige Verhältnisse schöngestige Herangehensweise ist auch dem von Gramsci beeinflussten theoretischen Ansatz geschuldet, der von Gewinnung der Hegemonie in der Zivilgesellschaft ausgeht, wozu die intellektuelle Mehrheitsfähigkeit in Alltags- wie Hochkultur unabdingbar ist. Ähnlich wie in den Thesen zur Demokratisierung des Bildungs- betriebs geht es hierbei aber auch darum, Kunst und Kultur aus der elitären Ecke zu holen und sie allgemein zugänglich zu machen. Gleichzeitig sollen Bildung, Kultur, Medien und Städte von der Kommerzialisierung und dem Profit- zwang befreit werden. Mit der Forderung nach Ausbau der Fort- und Weiterbildung wird auch die Perspektive des lebenslangen Lernens entwickelt, nicht um die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft zu optimieren, sondern um die Fähigkeiten und Talente des Einzelnen optimal zu entwickeln. Es ist die Selbstverwirklichung und die Realisierung des guten Lebens, die immer wieder in den Vordergrund gerückt werden, was eine Strategie darstellt, die weit über hergebrachte linke Entwürfe, die sich zumeist auf Wirtschaft und Politik beschränken, hinausgeht.

Offenheit und Reflexionsfähigkeit

Von der technokratischen Mehrheitssozial- demokratie jener Jahre waren die Thesen genau so weit entfernt wie von der heutigen neoliberalisierten markthörigen SPD; deren Vertreter- innen beschwören Gerechtigkeit und Gleich- heit, anders als die Genossinnen und Genossen von damals, noch nicht einmal mehr in Sonntagsreden. So ist der 30. Geburtstag der Her- forder Thesen auch eine eher unangenehme Erinnerung daran, was in den letzten Jahren an programmatischen Fähigkeiten, politischen Zielvorstellungen und inhaltlicher Substanz bei der SPD wie ihrer Linken verloren gegangen ist, die sich nur in ihrer Theorie- und Geschichtsver- gessenheit relativ einig sind.

Aber dann sollte das relativ hohe theore- tische Niveau der Herforder wie das der Göt-

ttinger Thesen nicht zur Idealisierung der Ver- gangenheit verführen, denn im politischen Alltag waren die meisten Vertreter der jewei- ligen Strömungen wesentlich weniger differen- ziert und theoretisch versiert, als ihre Vordenker in den jeweiligen Thesen. Vulgärmarxismus, theoretische Borniertheit und linke Betonköp- figkeit waren hier meist verbreiteter als marxis- tische Realitätstüchtigkeit oder Fähigkeit, auf neue Zeiten und Fragestellungen kreative linke Antworten zu geben. So verwundert es auch nicht, dass viele Protagonisten der jeweiligen Papiere heute entweder bei der Linkspartei oder auf dem rechten Flügel der SPD gelandet sind und es nach Detlev Albers frühem Tod keine führenden SPD Linken mehr gibt, die aus dem Zusammenhang der Herforder oder Göttinger Thesen stammen. Ein direktes Anknüpfen an diese Thesen ist also – selbst wenn man dies wollte – nicht möglich. Lernen könnte man aber immerhin, dass ohne solides theoretisch-pro- grammatisches Fundament das Scheitern vor- programmiert ist, was die Schröder-Jahre dras- tisch verdeutlichen haben. Was neben zahllosen inhaltlichen Forderungen der Herforder Thesen unbedingt wiederaufzunehmen wäre, ist deren reflexive Haltung, die immer wieder ihre Of- fenheit und Fähigkeit zu Kritik wie Selbstkritik betont, die Detlev Albers in seinem Eröffnungs- beitrag zu der bereits erwähnten Tagung zu den Thesen betont, in der er undogmatischen Umgang mit den theoretischen Übervätern wie mit den Thesen selber fordert:

„Die Herforder Thesen sind weder eine Bibel noch eine Fibel. Keine ihrer Aus- sagen darf der Kritik und dem weiteren Überdenken entzogen werden. Daß ein solches sich ‚der Kritik aussetzen‘ nicht an den Grenzen der eigenen Partie halt- machen darf, soll zuletzt dieses Seminar verdeutlichen.“³

☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

³ Albers, Zum strategischen Konzept der herforder Thesen, in: Linke Sozial- demokratie und bundesdeutsche Linke, a.a.O., S. 23

100 Jahre danach:

Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“ wieder gelesen

von Michael R. Krätke

Er war der erste und bislang einzige Sozialdemokrat und Marxist, der je in Deutschland auf dem Sessel des Finanzministers sass: Zweimal, im Jahr der Hyperinflation 1923 und 1928/29 in der letzten Koalitionsregierung unter sozialdemokratischer Führung der Weimarer Republik, war Rudolf Hilferding Reichsfinanzminister.¹ Bekannt und berühmt wurde der Arzt Rudolf Hilferding durch ein Buch, das er 1910, im Alter von 33 Jahren, veröffentlichte: „Das Finanzkapital“.² Geschrieben in Berlin von 1905 bis 1909, sollte es ein Klassiker werden. Die Zeitgenossen waren begeistert, rühmten das Buch als würdige Ergänzung, ja als Fortsetzung des Marxschen „Kapital“. Hilferdings Analyse der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus ging über Marx hinaus, sie hat viele Theoretiker nachhaltig beeinflusst – von Lenin über Schumpeter bis zu Hayek.

Auch 100 Jahre später ist Hilferdings „Finanzkapital“ das Wiederlesen wert. Vieles, was uns heute beschäftigt und beunruhigt, die Entwicklung eines Kapitalismus, der von den Finanzmärkten und –mächten getrieben und beherrscht wird, die Serien von weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen, die der „finanzmarktgetriebene“ Kapitalismus erzeugt, war damals, in einer vergleichbaren Phase der stürmischen „Globalisierung“, bereits zu studieren. Auch zu Hilferdings Zeiten dominierte die Finanzwelt, voran das Bankkapital, die Entwicklung von Weltindustrie und Welthandel,

1907/08 erschütterte eine regelrechte Finanzpanik die kapitalistische Welt. Hilferding war (nach Marx) der erste sozialistische Ökonom, der die neuen Phänomene der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz im Zusammenhang und im Blick auf die damals wie heute ziemlich unsichere Zukunft des Kapitalismus studierte.

Das „Finanzkapital“ ist ein ideenreiches Buch. Es beginnt mit der Geldtheorie, dem schwierigsten Teil der Politischen Ökonomie. Als erster hat Hilferding die bei Marx angelegten und vielfachen angedeuteten, aber nicht ausgeführten Zusammenhänge von Geld und Kredit, von „monetärer“ und „realer“ Seite der Kapitalakkumulation weiter verfolgt. Ihm verdanken wir die erste Analyse des „fiktiven Kapitals“, wie es sich auf den Finanzmärkten bildet und verwertet, und der „fiktiven Akkumulation“, die die Finanzmärkte treibt. Hilferdings „Gründergewinn“ steht exemplarisch für die Art und Weise, wie sich mit reinen Finanzmarktoperationen neuer, fiktiver Reichtum schaffen lässt. Im Zentrum der Untersuchung stehen die neuen Machtgebilde, die aus der kapitalistischen Konkurrenz entstehen: Hilferdings Finanzkapital ist nichts anderes als industrielles Kapital unter der Kontrolle der Banken, die Vereinigung der diversen Kapitalformen (industrielles, kommerzielles und Bankkapital) unter der gemeinsamen Regie der Hochfinanz. Alle Märkte, sämtliche ökonomischen Verhältnisse in der kapitalistischen Weltökonomie werden durch diese neuen Kapitalmächte verändert. Sie sind es, die den Staat durchdringen, schliesslich beherrschen und jene „Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals“ betreiben, die Hilferdings Zeitgenossen als „Imperialismus“ bezeichneten. Trotz ihres wachsenden Einflusses auf die Staatsmacht gelingt es ihnen nicht, den Krisenzyklus zu

1 Noch heute hängt sein Bild im Bundesfinanzministerium. Alex Möller, sozialdemokratischer Finanzminister von 1969 bis 1971, hat Hilferdings Tätigkeit eine kurze und überaus faire Darstellung gewidmet (vgl. Alex Möller, Im Gedenken an Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding, Bonn 1971. Vgl. auch die neuere Biographie von William Smaldone, Rudolf Hilferding, Bonn 2000).

2 Das Buch erschien 1910, gleich zweimal, einmal im Band 3 der Marx-Studien und separat als Buch. Es wurde immer wieder aufgelegt und in viele Sprachen übersetzt. Leider gibt es bis heute keine Gesamtausgabe der zahlreichen Schriften Rudolf Hilferdings. Eine nennenswerte Hilferding-Forschung existiert nur in Japan.

dämpfen oder Krisen überhaupt zu vermeiden, ganz im Gegenteil. Jede grössere Krise wird unweigerlich durch eine Geld- und Kreditkrise eingeleitet, erweitert sich zur Bankenkrise, Börsenkrähe sind die Auslöser, nicht die Ursachen der immer heftigeren und immer weiter reichenden Weltmarktkrisen des imperialistischen Zeitalters. Das klingt uns alles ganz vertraut in den Ohren.

Heute lesen wir das „Finanzkapital“ anders. In den 1960/70er Jahren galt Hilferding als Theoretiker des „organisierten“ Kapitalismus, der zusehends chaotischer, desorganisierter wurde. Heute gilt Hilferding als Pionier der Analyse des „Finanzmarktkapitalismus“. Der sieht aber anders aus als zu Hilferdings Zeiten, daher wird man auch den Begriff des „Finanzkapitals“ heute anders fassen müssen. Auch um 1900 galt die These von der Vorherrschaft und Kontrolle der Banken über die Industrie nicht allgemein, das angelsächsische Finanzkapital war anders gestrickt. Was wir heute Finanzkapital nennen würden, die riesigen, multinationalen Finanzkonzerne des FIRE (englisch – nach Finanz, Versicherungen und Immobilien) Sektors, bezieht sich in erster Linie auf sich selbst und bewegt sich immer ausschließlicher in der Welt der internationalen Finanzmärkte. Das Finanzkapital wie die Finanzmarktsphäre insgesamt hat sich immer weiter von der Sphäre der „realen“ industriellen Produktion von Gütern und Dienstleistungen, vom „realen“ Warenverkehr und Welt-handel abgelöst und dreht sich – dank vieler neuartiger „Finanzinnovationen“, die fiktiven Reichtum und fiktives Kapital (bzw. fiktive Akkumulation) in unerhörtem Ausmaße hervor treiben – immer mehr um sich selbst. Wie die gegenwärtige Finanzkrise und die heftig umkämpften Auswege aus ihr zeigen, stehen am Ende der Spirale von Finanzinnovationen und Finanzinvestitionen nach wie vor reale Schulden und eine reale Wertschöpfung. Irgend jemand – im Zweifelsfall die Masse der Steuererzahler, die nicht zu den Kapital- und Vermögensbesitzern zählen – muss für die Verluste

aufkommen, wenn sich fiktiver Reichtum in Luft auflöst und Billionen Euro oder Dollar an fiktivem Kapital entwertet werden müssen. Das Finanzkapital herrscht hier und heute, weil und soweit es imstande ist, die Regierungen aller Länder zur Finanzhilfe auf Pump, sprich zur Staatsverschuldung zu zwingen und ihnen dann mit der geballten Macht der Staatsgläubiger (wieder das große Finanzkapital, die Banken, Versicherungen, Investmentfonds usw.) eine ihm genehme Politik der Austerität – im Interesse der Investoren – zu diktieren.

Trotz aller Unterschiede – Hilferdings sozialistischer Klassiker zeigt, dass ein Anknüpfen an Marx, den Marx der Kritik der Politischen Ökonomie, einiges zum Verständnis der heutigen Welt beitragen kann. Anknüpfen, Fortsetzen, auch Kritisieren – was alle marxistischen Ökonomen, von Rudolf Hilferding, über Rosa Luxemburg und Otto Bauer bis zu Ernest Mandel immer wieder getan haben. ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie und Direktor des Institute for Advances Studies an der Universität Lancaster. Er ist Mitherausgeber der spw.

Sammelrezension: Linkssozialismus im 20. Jahrhundert

von Thilo Scholle

Das Interesse daran, das eigene politische Handeln aus einem größeren Analyserahmen abzuleiten und so auch inhaltlich begründen zu können, hat nicht nur in den Reihen der Sozialdemokratie stark nachgelassen. Historische Bezüge oder Einordnungen erfolgen kaum noch, und wenn, dann meist nur über historische Zitate bekannter Genossen, die dem aktuellen Begründungsziel mehr oder minder sinnvoll angepasst werden. Mit den Debatten um die Begründung der Regierungspolitik der letzten Jahre haben sich Teile der Partei zudem sehr bewusst von historischen Ursprüngen und Entwicklungen der Sozialdemokratie entfernt.

Dabei lohnt ein Blick zurück jedenfalls dann, wenn sich neben der Erkenntnis über historische Debatten und Entwicklungen in der Theorie auch Anknüpfungspunkte für die aktuelle politische Diskussion gewinnen lassen. Gerade die unter der Rubrik des „Linkssozialismus“ zusammengefassten Theorieansätze können hier – nicht nur auf Grund ihrer Bedeutung für den spw-Zusammenhang – interessant sein.

Linkssozialismus in Deutschland im 20. Jahrhundert

Im Umfeld der Linkspartei sind im letzten Jahr einige Publikationen erschienen, die das Erbe des Linkssozialismus für die Programmatik der Partei abklopfen sollen.

Im Einleitungsbeitrag des Sammelbandes „Linkssozialismus in Deutschland“ stellt der Herausgeber Christoph Jünke fest, dass eine formal-begriffliche oder politisch-programmatische Einordnung des Begriffs nicht möglich sei, und „Linkssozialismus“ nur historisch mit Blick auf die entsprechenden Protagonisten der Bewegung im 20. Jahrhundert zu

fassen sei. Zeitlich einordnen lasse sich dies für die Zeit von der Gründung der Weimarer Republik bis zum Beginn der Studentenbewegung in den 1960er Jahren.

Die im Band versammelten 15 Beiträge – größtenteils Ergebnis einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW im Jahr 2009 – geben denn auch einen guten und interessant zu lesenden Überblick über linkssozialistische Denkerinnen und Denker vor und nach dem 2. Weltkrieg. Thematisiert werden so u.a. der Austromarxismus, Linkssozialismus und Stalinismus im Spanischen Bürgerkrieg, und die Neuformierung des Linkssozialismus in Westdeutschland nach dem Krieg bis zum Beginn der Studentenbewegung. Fixpunkt vieler Beiträge ist das Wirken Wolfgang Abendroths, auf dessen Interpretation des Grundgesetzes als einen Klassenkompromiss, der eine Entwicklung hin zu einer sozialistischen Ordnung offen hält, immer wieder Bezug genommen wird.

Offen als Bestandteil der Grundsatzdebatte in der Linkspartei sind die beiden im parteinahen Verlag Dietz Berlin von Klaus Kinner herausgegebenen Bände „DIE LINKE – Erbe und Tradition“ konzipiert. Teilband 1 widmet sich dabei „kommunistischen und sozialdemokratischen Wurzeln“. Gemeint sind hier u.a. die Arbeiterverbrüderung von 1848, die Tradition der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert sowie u.a. die kommunalpolitischen Erfahrungen der SPD in der Weimarer Republik.

In seinem Beitrag zur Bedeutung der SED konstatiert Stefan Bollinger, die Partei habe schon 1946 die Chancen auf einen demokratischen Weg zum Sozialismus verspielt. Trotzdem wendet sich Bollinger auch den „Errungenschaften“ der DDR, beispielsweise im sozialpolitischen Bereich zu. Interessant

ist auch das einleitende Essay von Michael Brie, dass „der Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern“ nachgeht. Den Kommunismus verortet Brie auf einer Achse zwischen „Gesellschaftlichkeit“ (= Liberalismus) als das entgegengesetzte Bild radikaler Gemeinschaftlichkeit. Nur so werde es dem Sozialismus ermöglicht, sich als Mischung aus Selbstbestimmung und Solidarität gewissermaßen in der Mitte zwischen beiden Polen zu formieren.

Teilband 2 wendet sich den „Wurzeln des Linkssozialismus“ zu. Ausführlich vorgestellt werden hier mit Rosa Luxemburg und Paul Levi zwei auch für den spw-Zusammenhang wichtige TheoretikerInnen. Mit einem weiteren Portrait des heute fast vollständig in Vergessenheit geratenen Staatstheoretikers Arkadij Gurland bilden die Beiträge eine sehr lesenswerte Einführung in linkssozialistisches Denken in der Weimarer Republik. Auch zur frühen Bundesrepublik finden sich gute Vorstellungen wichtiger Akteure, so u.a. von Wolfgang Abendroth, Viktor Agartz und Peter von Oertzen. Insgesamt bieten die Beiträge in dem Band eine schöne Mischung aus Kurzbiographien und intellektueller Biographie.

In allen drei Büchern wird deutlich, wie intellektuell anregend noch heute die Beschäftigung mit den historischen Texten und DenkerInnen des Linkssozialismus sein kann. Den Bogen zu aktuellen Debatten schlagen die AutorInnen der Artikel jedoch kaum, so dass es nicht nur in Bezug auf die Programmdebatte in der Linkspartei unklar bleibt, welche aktuelle Relevanz den vorgestellten Theorieansätzen zukommt.

Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer

Einen umfassenden und sehr lesenswerten Überblick über die Entwicklung linkssozialistischen Denkens nach dem 2. Weltkrieg bietet Gregor Kritidis in seiner 2008 erschienen Dis-

sertation „Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer“. Dazu hat sich der Verfasser durch unzählige Zeitschriftenjahrgänge gearbeitet, und die Hintergründe der in den Zeitschriften abgebildeten theoretischen und politischen Debatten vor allem durch die Auswertung von Korrespondenzen und Nachlässen der beteiligten Akteure nachvollzogen und analysiert.

Ankerpunkt der Darstellung sind die unterschiedlichen Zeitschriftenprojekte, die teils innerhalb, teils außerhalb der SPD verortet waren. Die meisten der Protagonisten stammten aus den sog. Zwischengruppen der Weimarer Republik wie der SAP oder der KPO. Ihr Versuch, nach dem 2. Weltkrieg in der SPD wieder Fuß zu fassen, und diese als linkssozialistische Partei zu gestalten, scheiterte jedoch. Kritidis fällt dazu ein sehr hartes Urteil: Letztlich habe die SPD auf ihrem Weg mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung und der Gewinnung auch von bürgerlichen Schichten die Linkssozialisten aus der Partei getrieben. Die Integration der Arbeiterbewegung in die Bundesrepublik Deutschland sei somit nur um den Preis eines Verzichts auf wesentliche Demokratisierungsforderungen gelungen.

Die Schwäche der Darstellung und Einordnung von Kritidis ist, dass er sich ausschließlich den Diskussionen und Kräfteverhältnissen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung widmet. Einflussfaktoren auf die Aufstellung der Mehrheits-SPD sowie auf die allgemeine Isolation der Linkssozialisten, aus der Gesellschaft insgesamt, werden nicht in den Blick genommen.

Nichts desto trotz spannt Kritidis ein faszinierendes Panorama der Diskussionen und Zeitschriften wie dem „Funken“, „Sozialistische Politik“ und der „WISO“ auf. Neben Darstellungen der intellektuellen Entwicklung der diese Zeitschriften prägenden Denker zitiert Kritidis auch ausführlich aus den Texten selbst, und gibt so einen guten Überblick über

die Hauptdebattenstränge. Zugleich liefert er damit ein Stück der in vielen Beiträgen zur Geschichte der 68er Bewegung fehlenden Ideengeschichte: Das nämlich der SDS als Hauptakteur der Zeit nicht einfach auf der Bildfläche auftauchte, sondern eine längere Geschichte im Umfeld der Sozialdemokratie besitzt, und maßgeblich von linkssozialistischem Denken beeinflusst wurde. Erst ab Mitte der 1960er Jahre wurden diese noch in der Tradition der Arbeiterbewegung stehenden Funktionäre als prägende Kräfte abgelöst.

An dieser Schnittstelle setzten die meisten Beiträge des Buches „Politische Protestbewegungen – Probleme und Perspektiven nach 1968“ an. Interessant ist, dass hier einige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wie Klaus Meschkat, Michael Vester oder KD Wolf schreiben, ohne in die sonst bei dem Thema oft zu beobachtende anekdotische Selbstbespiegelung abzugleiten. Geboten wird so ein netter Einblick in die (Vorgeschichte zur) Entwicklung der 68er-Bewegung. In den meisten der veröffentlichten Rückblicken zum Thema „40 Jahre 1968“ im Jahr 2008 dominiert ein Blick auf den antiautoritären Teil der Studentenbewegung sowie auf die Irrungen und Wirrungen von den K-Gruppen bis hin zum Terrorismus. Der vorliegende Band schließt an die linkssozialistische Tradition der frühen Nachkriegszeit an und schließt so diese Lücke.

Blick nach Frankreich – „Socialisme ou Barbarie“

Sehr interessant ist, den Blick nicht nur auf die Entwicklung in der Bundesrepublik zu richten. Andrea Gabler stellt in ihrem Buch die französische Gruppe „Socialisme ou Barbarie“ um den Philosophen Cornelius Castoriadis vor. Dabei zeichnet sie zum einen die Entwicklung der Gruppe – einer zahlenmäßig sehr kleinen Abspaltung einer trotzkistischen Fraktion – samt ihres der Gruppe ihren Namen gebenden Zeitschriftenprojekts nach, und lässt so das Bild einer sehr lebendigen in-

Verzeichnis der besprochenen Literatur:

Frank Deppe
**Politisches Denken im
Übergang ins 21. Jahrhundert**
Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?
VSA-Verlag, Hamburg 2010
438 Seiten, 29,80 €

Andrea Gabler
**Antizipierte Autonomie
Zur Theorie und Praxis der Gruppe
„Socialisme ou Barbarie“ (1949 – 1967)**
Offizin-Verlag, Hannover 2009
294 Seiten, 28,80 €

Marcus Havel/ Helmut Heit/ Gregor Kritisidis/ Utz Anhalt (Hrsg.)
**Politische Protestbewegungen
Probleme und Perspektiven nach 1968**
Offizin-Verlag, Hannover 2009
227 Seiten, 16,80 €

Christoph Jünke (Hrsg.)
**Linkssozialismus in Deutschland
Jenseits von Sozialdemokratie
und Kommunismus?**
VSA-Verlag, Hamburg 2010
261 Seiten, 18,80 €

Klaus Kinner (Hrsg.)
**DIE LINKE – Erbe und Tradition
Teil 1: Kommunistische und
sozialdemokratische Wurzeln**
Dietz Verlag, Berlin 2010
310 Seiten, 24,90 €

Klaus Kinner (Hrsg.)
**DIE LINKE – Erbe und Tradition
Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus**
Dietz Verlag, Berlin 2010
320 Seiten, 24,90 €

Gregor Kritisidis
**Linkssozialistische Opposition
in der Ära Adenauer
Ein Beitrag zur Frühgeschichte der
Bundesrepublik Deutschland**
Offizin-Verlag, Hannover 2008
582 Seiten, 34,80 €

telektuellen Diskussion für die etwa 20 Jahre ab 1946 entstehen. Mitte der 1960er Jahre löste sich der Zusammenhang auf, nachdem sich einige der Hauptakteure wie etwa Castoridis selbst zunehmend von marxistischen Denkansätzen gelöst hatten.

Interessant ist „Socialisme ou Barbarie“ auch wegen eines zweiten Schwerpunktes: Den Berichten aus der Arbeitswelt. Teil des politischen Vorgehens der Mitglieder der Gruppe war, entweder selbst in Fabriken zu arbeiten, oder aber zumindest authentische Berichte von Arbeiterinnen und Arbeitern über ihren Berufsalltag zu erhalten und zu analysieren. Damit nahm die Gruppe eine stark individualistische Sichtweise auf Probleme im Betrieb ein, die auch immer wieder in Konflikt zu offiziellen Gewerkschaftspositionen und Strategien geriet. Zugleich gelang damit aber auch eine aufschlussreiche Sammlung über die Lebens- und Arbeitsrealität in großen Fabriken in Frankreich in der Zeitepoche.

Politisches Denken am Übergang ins 21. Jahrhundert

Mit diesem Band schließt der Marburger Abendroth-Schüler und Politikwissenschaftler Frank Deppe seine mehrbändige Reihe zu politischem Denken in 20. Jahrhundert ab. Wie auch in den vorherigen Bänden skizziert Deppe zunächst die allgemeine ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert

Bei der Vorstellung der politisch-theoretischen Hauptdebattenstränge nimmt Deppe vor allem drei Entwicklungen in den Blick: Die des religiösen Denkens – nicht nur im Islam –, die Entwicklung der Sozialdemokratie am Beispiel des „3. Weges“ von Blair und anderen und Ansätze zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Südamerika. Gerade hier fällt die Bilanz am Beispiel des Werks des Politikprofessors und Beraters des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez, Heinz

Dieterich eher skeptisch aus. Deppe kritisiert hier vor allem Dieterichs Vorstellung von der Möglichkeit eines gerechten Warentausches. Diese erfasse die grundsätzliche Art und Weise der kapitalistischen Produktion und Aneignung von Mehrwert nicht.

Wie auch die vorherigen Bände ist dieser Band ein Lesegenuss und schlägt noch einmal eine gute Schiene durch die aktuellen Debatten. Die Entscheidung, als Beispiel für aktuelle linke Theorie auf Diskussionen in Lateinamerika zurückzugreifen zeigt zugleich, dass in Europa jenseits der ebenfalls vorgestellten Theorien des „3. Weges“ in den letzten Jahren kaum eine linke Debatte mit größerer Reichweite geführt worden ist.

Was bleibt also übrig vom „Linkssozialismus“ im 21. Jahrhundert? Dass die „alte“ Arbeiterbewegung, auf die sich die Protagonisten in den 1950er Jahren noch stützen wollten, definitiv passé ist, ist eine banale Erkenntnis. Für eine unmittelbare Anknüpfung an Texte und Debatten fehlt der aktuelle Bezugsrahmen daher völlig. Spannend könnte aber ein Wiederaufgreifen der Diskussionen um die Ausgestaltung „sozialer Demokratie“ im Sinne von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung in der Gesellschaft sein. Wenn der Bezug auf die Ideengeschichte des Linkssozialismus mehr sein soll als bloße politische Folklore, dann könnte es ein Ansatz sein, die Konzepte von Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftlicher Mitbestimmung unter den Voraussetzungen einer wesentlich stärker auf internationaler Ebene entwickelten Staatlichkeit neu zu denken. Gerade die Überlegungen von Wolfgang Abendroth könnten hier wieder fruchtbar gemacht werden.

So bietet die Beschäftigung mit dem Linkssozialismus neben der Vergewisserung der eigenen Tradition dann doch ein Stückchen mehr – wenn man es denn politisch will. ■

➔ Thilo Scholle ist Jurist und Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Lünen.

Zeitschrift polar zum Thema Fortschritt

Mit dem Thema „Fortschritt“ wendet sich die im Umfeld der Grünen angesiedelte Zeitschrift „polar“ einer für die Identität und die Ausgestaltung linker Politik zentraler Fragestellung zu. Der Zugriff auf das Thema erfolgt vor allem aus politisch-philosophischer Sicht, eine Anwendung des Fortschrittsbegriffs auf konkrete politische Projekte erfolgt nur vereinzelt. Eine wichtige Rolle spielt die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie und ökonomischem Wachstum: In den Beiträgen dominiert Skepsis gegenüber herkömmlichen Vorstellungen über die Notwendigkeit von Wachstum, ohne konkrete Alternativen zu benennen. Lesenswerte Beiträge zu einer wichtigen Debatte, die zu führen ist, wenn ein rot-grünes Regierungsprojekt inhaltliche Konturen bekommen soll.

[Thilo Scholle]

Zeitschrift polar Heft 9/ Herbst 2010
192 Seiten, 14 €

► **Download:** www.polar-zeitschrift.de

Thilo Scholle als Vorsitzender des IDA e. V bestätigt

Am 20. November 2010 tagte in Berlin die 21. Delegiertenversammlung des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V. Thilo Scholle, Mitglied der spw-Redaktion und des Juso-Bundesvorstandes, wurde als Vorsitzender in seinem Amt für weitere zwei Jahre bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Tim Ackermann (DGB-Jugend), Sabrina Broszeit (SJD-Die Falken), Benjamin Folkmann (Deutsche Sportjugend) und Yilmaz Kahraman (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland) gewählt. In den Beirat des IDA e. V. wurde Oliver Kaczmarek, MdB und Mitglied der spw-Redaktion, als Nachfolger von Dr. Lale Akgün berufen.

Die Delegiertenversammlung beschloss die Einrichtung des Kreises der FreundInnen und Fördernden von IDA e. V., kurz FRIDA genannt. Arbeitsschwerpunkte 2011 sind u.a. die Analyse des Web 2.0 in seiner Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit von IDA; das Web 2.0 als Medium rechtsextremistischer Propaganda; die Entwicklung von Angeboten in der Diversity-Pädagogik; eine Sichtung des aktuellen Stands der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus sowie die weitere Begleitung der interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit.

Die Chancen des demografischen Wandels nutzen

Reader der Parlamentarischen Linken

In der öffentlichen Debatte herrscht eine interessengeleitete Sichtweise vor, die das Altern der Gesellschaft einseitig als Bedrohungsszenario für die soziale Sicherung oder den Arbeitsmarkt auffasst sowie eine Zwangsläufigkeit schwindender Verteilungsspielräume betont.

Mit dem Reader *Die Chancen des demografischen Wandels nutzen* setzt die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion dieser Debatte eine differenzierte und kritische Diskussion entgegen, welche die Erneuerung von Solidarbeziehungen zum Ziel hat. Das Themenspektrum der Beiträge umfasst u.a. eine Diskussion der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme, die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung, Weiterbildung und Kompetenztransfer, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und altersgerechte Unternehmenskultur, Regional- und Stadtplanung sowie Wachstumsschancen und -risiken von Branchen wie der Gesundheitswirtschaft.

► **Download:** www.parlamentarische-linke.de

Fünf Fragen an... Horst Peter



➔ Horst Peter

Foto: privat

Horst Peter wurde 1937 in einer Arbeiterfamilie in Kassel geboren. Nach dem Gymnasialbesuch wollte er Bergingenieur werden, entschied sich jedoch für das Studium von Latein und alter Geschichte in Marburg. Zunächst prägten ihn Wolfgang Abendroth, später Peter von Oertzen und Ludwig von Friedeburg. Peter lehrte am Gymnasium und bildete ab 1976 am Studienseminar Referendare aus. 1980 wurde er in den Bundestag gewählt, dem er bis 1994 angehörte. Er war stellv. Juso-Bezirksvorsitzender und Mitglied des Juso-Bundesausschusses, von 1982 bis 1992 stellv. SPD-Vorsitzender im Unterbezirk Kassel sowie in den 70er Jahren stellv. Fraktionsvorsitzender im Kasseler Stadtrat. Von 1986 bis 1992 war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) und saß dadurch mit beratender Stimme im Parteirat. Landesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AFB) in Hessen war er von 1995 bis 2001. In den 80er Jahren koordinierte er den Frankfurter Kreis und die Parlamentarische Linke der SPD-Bundesfraktion. Seit 1992 ist er Mitherausgeber der spw.

spw: Welche Themen haben Dich in Deinem politischen Leben am meisten geprägt?

» **H.P.:** Ein SPD-Bundestagsabgeordneter aus Nordhessen, Karl Becher, ein Physiker, hielt 1966 in meinem Heimatortsverein Kas-

sel-Wehlheiden ein Referat über Vietnam. Darin verdeutlichte er den Zusammenhang zwischen Kriegsführung, Einsatz chemischer Waffen, wie z.B. Napalm und den Auswirkungen dieser Vergiftungen auf Natur und Menschen. Er war der einzige SPD-Bundestagsabgeordnete, der die in Godesberg beschlossene Nutzung der Kernenergie abgelehnt hatte sowie ein Exponent des Widerstandes gegen das heute abgeschaltete AKW Würgassen. Mein Engagement für friedenspolitische und ökologische Ziele hat sich bis heute ebenso erhalten wie für soziale Gerechtigkeit, vor allem für Bildungsgerechtigkeit.

spw: Du hast von Anfang an versucht, zwischen Arbeiterbewegung und Umweltbewegung Brücken zu schlagen. Wie hast Du Dich dieser Synthese programmatisch genähert?

» **H.P.:** Wenn man solche theoretischen Diskussionen nicht nur innerhalb von Parteigrenzen verortet, war schon in den 70er Jahren eine ökosozialistische Diskussion in der BRD vorhanden, eine Diskussion, die gerade an der Kasseler Universität – damals die Gesamthochschule Kassel – einen Schwerpunkt hatte. Dieser war praktisch identisch mit einem Schwerpunkt des philosophischen Marx. Stichworte hierfür finden sich zum einen in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: der Umsturz von Verhältnissen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist. Zum anderen in den Pariser Manuskripten: in der Marx'schen Definition von Arbeit als der Stoffwechsel des Menschen mit der ihm äußeren Natur bei gleichzeitiger Berücksichtigung, dass er selbst Teil dieser Natur ist.

spw: Was hieß das für Deine politische Praxis?

» **H.P.:** Zunächst war es nicht einfach, in einem Ort, der zu 70 Prozent durch die Metallindustrie geprägt war, v.a. Automobilindustrie, nominiert und gewählt zu werden. Es war jedoch erfolgreich. Im Bundestag ist es mir

gelingen, die ökologische Brücke zwischen Fragestellungen der Umweltpolitik und Fragestellungen, welche die SPD Regierung bewegten, zumindest in den Themenfeldern Gesundheit und Verkehrspolitik argumentativ durchzuhalten. Sehr frühzeitig habe ich mich für das Thema Schadstoffe und gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz engagiert und nutzte dafür auch meine Zuständigkeit für den Petitionsausschuss, insbesondere durch die Unterstützung von Massenpetitionen. Da ging es zum Beispiel um eine Sammelpetition der Betroffenen eines Dioxinunfalls der BASF in Ludwigshafen. Organisationspolitisch gelang es mir, aus der ASG eine wahrnehmbare politische Kraft zu machen. Übrigens war die Arbeit für die ASG und die AFB kein Zufall, es sind gewissermaßen die Reproduktionsarbeitsgemeinschaften.

spw: Welche Bedeutung hat für Dich das Berliner Programm der SPD?

» **H.P.:** In den Debatten um das Berliner Programm war es gelungen, die ökologische Linke (Eppler) und an sozialer Gerechtigkeit orientierte Linke (v. Oertzen) zum ökozielen Berliner Programm zusammenzuführen. Leider ist diese zukunftsbezogene Botschaft des Berliner Programms bis heute, zumindest bis zum Hamburger Programm, eine unerledigte politische Aufgabe geblieben. Für mich war es das Feld, in dem ich auch nach meinem Ausscheiden aus dem Bundestag gearbeitet habe – sowohl in der politischen Bildung als auch ehrenamtlich im Bund für Umwelt und Naturschutz. LeserInnen der spw erinnere ich in Artikeln daran, dass die ökologische und soziale Frage und deren demokratische Durchsetzung untrennbar zusammengehören.

spw: Wie gestaltete sich Dein politisches Verhältnis zu den Grünen?

» **H.P.:** Die Grünen repräsentierten für mich kein Feindbild. Vielmehr habe ich versucht, sozialdemokratische und grüne Politik miteinander kompatibel zu machen. Dies

war auf kommunalpolitischer Ebene möglich, weil Kassel die erste größere Stadt mit einer rot-grünen Zusammenarbeit war. Holger Börner war in den 80er Jahren den Weg einer Minderheitsregierung gegangen und brauchte Stimmen linker Sozialdemokraten. Dieser Weg wurde trotz der Streitpunkte wie die Produktion von Kernbrennstäben in Nukem und Alkem beschritten. ■

→ Das Interview führte Stefan Stache..

■ Nachhaltigkeit

Statt des langläufigen Verständnisses einer ausgewogenen Verfolgung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele – also der ökologischen und sozialen Regulierung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses – geht es bei sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit um eine dauerhafte und lebenswerte Welt, in der die Menschen anders und besser leben können. Will man wirtschaftliche Stabilität bei wesentlich reduziertem Ressourcenverbrauch erreichen, muss sich sowohl der Norden als auch der Süden ändern, um die zentralen Nachhaltigkeitsregeln einzuhalten. Diese beinhalten:

- ☐ Nutzung erneuerbarer Rohstoffe nur unter Beachtung der Nachwachsrate (Regenerativenregel)
- ☐ Sparsame Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe bzw. unter Berücksichtigung ihrer Substituierbarkeit (Sparsamkeitsregel)
- ☐ Beachtung der Assimilationsgrenzen des Naturhaushalts und präventive Vermeidung von Schädigungen des Klimas und der Biodiversität (Anpassungsregel)
- ☐ Weitgehende Vermeidung der Gefahren und Risiken des Einsatzes von Großtechniken (Vorsorgeregeln)
- ☐ elementare Existenzsicherung für alle einschließlich des Schutzes vor den großen Lebensrisiken und der Zugang zu elementarer Bildung (Reproduktionsregel)

[Horst Peter]

Ihr Postbote ist Ihr Experte für den *E-POSTBRIEF*.

Wir bringen die Post. Und alle Infos zum **E-POSTBRIEF**.



*„Ich wähle meinen
Postboten zum
E-POSTEXPERTEN 2011.“*



*Und zwar so: einfach auf
www.epost.de kostenlos
registrieren und Aktionscode
aus der Broschüre eingeben.*



Jetzt kostenlos registrieren unter:
www.epost.de

Ihr Postbote ist Ihr Experte für den *E-POSTBRIEF*®. Jetzt ist erstmals sichere und vertrauliche Kommunikation im Internet möglich. Ihr elektronischer Briefkasten ist die perfekte Ergänzung zu Ihrem Hausbriefkasten. Besitzt der Empfänger noch keine *E-POSTBRIEF* Adresse, drucken wir Ihre Mitteilung vertraulich aus und stellen sie wie gewohnt zu. Dabei ist der *E-POSTBRIEF* nicht nur genauso sicher wie ein Brief, sondern auch genauso günstig. Es entstehen keine Grundgebühren und die Registrierung sowie der Empfang von *E-POSTBRIEF*EN sind völlig kostenlos. **Sichern Sie sich jetzt ganz leicht den Zugang zum E-Postnetz auf www.epost.de. Noch Fragen? Antworten ab jetzt auch an Ihrer Haustür.**

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.